

**Leistung
Wettbewerb
Sieg**

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

18. Jahrgang

Sondernummer 2 Juni 1963

Einzelpreis 50 Pf

Festes Kampfbündnis SED/KPD

**Ansprache des Genossen Hermann Matern, Mitglied des Politbüros
des ZK der SED, an den Parteitag der KPD 1963**

Seit dem VI. Parteitag unserer Partei sind nur einige Monate vergangen. Doch wir können heute schon davon berichten, daß dieser Parteitag und das auf ihm angenommene Programm des Sozialismus großen Einfluß auf die schöpferische Tätigkeit der Massen, auf ihr Denken, Fühlen und Handeln ausübt.

Unsere Partei hat zielstrebig allen Werktätigen nicht nur die national und international bedeutsamen Beschlüsse des Parteitages erläutert, sondern hat damit in Verbindung ihre Initiative und Aktivität auf die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1963 durch die Überwindung der durch die lange Frostperiode hervorgerufenen volkswirtschaftlichen Schäden gelenkt und den sozialistischen Massenwettbewerb umfassender und konkreter organisiert. Zugleich haben wir von oben bis unten den Übergang zur Leitung der Parteilarbeit nach dem Produktionsprinzip vollzogen. Das schafft günstigere Voraussetzungen für die prinzipielle, sachkundige und wissenschaftliche Leitung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion durch die Parteiorgane.

Die Lösung der vom VI. Parteitag der SED gestellten Aufgaben wird aber nicht nur das materielle Leben aller Menschen in der DDR reicher und schöner gestalten, sondern die Verwirklichung des von 1964 bis 1970 laufenden Siebenjahresplanes der Entwicklung unserer nationalen Volkswirtschaft ist zugleich der Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf der beiden Weltssysteme, der die Geschichte unseres Erdballs — vor allem auch Westdeutschlands — wesentlich bestimmen wird.

Beim umfassenden Aufbau des Sozialismus auf dem Gebiet der Volkswirtschaft läßt sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands vom ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus leiten. Es bestimmt die Aufgabe der sozialistischen Produktion: Ständige Entwicklung und Vervollkommen der Produktion auf der Grundlage der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik und der Steigerung der Arbeitsproduktivität mit dem Ziel der immer besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen und der allseitigen Entwicklung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft.

Der Kampf um die Macht zugunsten der Arbeiterklasse entschieden

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir haben in unserem neuen vom VI. Parteitag der SED angenommenen Programm auch gesagt, daß in Westdeutschland eine Verschärfung der Klassengegensätze des westdeutschen Staates unvermeidlich immer offener zutage tritt. Der Streik der Metallarbeiter in Baden-Württemberg ist zweifellos ein sichtbarer Ausdruck dafür und zeigt den Übergang von Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse von der Neueinschätzung der Situation und dem Umdenken zur politischen Aktion, in deren Ergebnis sich auch das Klassenbewußtsein der westdeutschen Arbeiter rascher entwickeln wird. Damit zugleich werden die westdeutschen Arbeiter ihre nationale Führungsaufgabe verstehen lernen. Das wird die Durchsetzung einer ein-

Aus dem Inhalt:

**Begrüßungsreden und Adressen von Bruderparteien an den Parteitag der
KPD 1963 — Auszüge aus Diskussionsreden der Delegierten.**

heitlichen nationalen Politik der Arbeiterklasse in ganz Deutschland, wie wir sie in unserem Nationalen Dokument dargelegt haben, fördern.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde der Kampf um die Macht bereits endgültig und unwiderruflich zugunsten der Arbeiterklasse entschieden. Das ist das Grundlegende, das Wesentliche.

Daraus ergibt sich der unterschiedliche Inhalt der Arbeiterbewegung in beiden deutschen Staaten, wie wir das im „Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ ausführlich dargelegt haben: In der DDR wird er bestimmt von der weiteren Festigung und Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, durch die noch breitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie und des sozialistischen Rechts, durch den umfassenden Aufbau des Sozialismus sowie die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage der modernsten Wissenschaft und Technik.

In der Bundesrepublik besteht gegenwärtig der Hauptinhalt der Arbeiterbewegung in der Verteidigung der verfassungsmäßigen bürgerlich-demokratischen Rechte, im Kampf um die Wahrung der Lebensrechte und der sozialen Sicherheit der Werktätigen. Das erfordert die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, die Sammlung aller demokratischen und Friedenskräfte zur Zurückdrängung der imperialistisch-militaristischen Atomkriegstreiber. In Westdeutschland hat die Arbeiterklasse den Kampf um die Macht noch vor sich. Darauf muß sie sich im täglichen Kampf für ihre Interessen vorbereiten.

Die Erfahrungen unserer Partei, der SED, sowohl im Kampf um die politische Herrschaft der Arbeiterklasse als auch beim Aufbau des Sozialismus, ihre Erfahrungen bei der Erfüllung der nationalen Führungsaufgabe der Arbeiterklasse in der DDR unter den Bedingungen der Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sind daher für die Arbeiterklasse in Westdeutschland von großer prinzipieller Bedeutung.

Alle Errungenschaften der DDR beruhen auf der Einheit der Arbeiterbewegung

Das Studium der Erfahrungen der Verschmelzung der KPD und SPD, die Schaffung der SED ist für die westdeutschen Arbeiter auch aus dem Grunde wichtig, weil sie die Aktionseinheit erst schaffen, die Einheit der Arbeiterbewegung noch erkämpfen müssen.

Unsere Partei, die SED, hat das Recht und die Pflicht erfüllt, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auszuwerten und daraus Schlussfolgerungen für ganz Deutschland zu ziehen. Angefangen vom „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels hat sie alle programmatischen Forderungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung in der DDR verwirklicht oder ihre endgültige Verwirklichung in Angriff genommen.

Während rechte Führer der SPD und des DGB nach 1945 vom Sozialismus als Tagesaufgabe redeten, hat allein die Arbeiterbewegung in der DDR unter Führung der SED auch alle grundsätzlichen Reformvorschläge erfüllt, wie sie zum Beispiel vom Parteitag der SPD von 1946 in Hannover erhoben wurden. Dieser Parteitag forderte unter anderem: „Nicht nur die politischen Machtverhältnisse, sondern auch ihre ökonomischen Grundlagen müssen geändert werden.“ Genau das haben wir in der DDR getan, und zwar gründlich.

Mit der radikalen Ausrottung aller Wurzeln des Imperialismus und Militarismus in der DDR haben wir zugleich für unseren Teil die Ursachen der Kriegsgefahr für immer beseitigt; denn der Imperialismus ist — das wird auch in der Euch vorliegenden Programmatischen Erklärung der KPD gesagt — die einzige Quelle des Krieges. Damit waren die Bedingungen erfüllt, um in der Politik der DDR die Einheit von Sozialismus und Frieden voll zur Wirkung zu bringen. Im Ergebnis der Durchführung von Reformen bürgerlich-demokratischen Charakters und des Weiterstrebens zu sozialistischen Umgestaltungen von Wirtschaft und Staat haben wir „die größte Revolution der deutschen Geschichte eingeleitet und die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zum Sieg geführt“. Wir haben dazu in unserem neuen Programm festgestellt, daß dies das unsterbliche Verdienst der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist.

Eine geschichtliche Bilanz

Auf dem VI. Parteitag unserer Partei haben wir Bilanz gezogen, wie die Arbeiterklasse der DDR ihren geschichtlichen Auftrag erfüllt hat. In einem historisch kurzen Zeitabschnitt von 18 Jahren hat die Arbeiterklasse der DDR im Bündnis mit den Bauern, der Intelligenz und anderen werktätigen Schichten die ökonomi-

schen Verhältnisse von Grund auf umgestaltet und solide und dauerhafte Grundlagen für die neue sozialistische Gesellschaftsordnung geschaffen.

Dabei haben die Arbeiter und Bauern, Techniker und Wissenschaftler Leistungen vollbracht, wie sie nur möglich sind, wenn das Volk frei und ohne Ausbeutung für sich selbst arbeitet. Das war nicht leicht, weil die DDR gegenüber Westdeutschland ungünstigere Startbedingungen beim wirtschaftlichen Aufbau hatte. So besaß die DDR nur eine unzulängliche Rohstoffbasis und eine zu schmale Grundstoffindustrie. Die ungünstige Rohstofflage sowie das Fehlen einer Grundstoff- und Schwerindustrie erforderte hohe Investitionsaufwendungen, deren Ergebnis erst nach längeren Jahren spürbar wurde und nun immer sichtbarer wird. Dazu kam, daß die offene Grenze und die wütenden Angriffe des Klassengegners an die 30 Milliarden Verluste verursachten, die uns noch heute zu schaffen machen. Auf dem VI. Parteitag wurde ganz offen dargelegt, daß deshalb noch nicht alle Probleme gelöst werden konnten, wie es die Werktätigen der DDR und die Partei anstreben. **Aber dank der Leistungen unserer arbeitenden Menschen und der konsequenten Führung der SED sowie durch die Hilfe der Sowjetunion gehört heute die DDR mit zu den leistungsfähigen Industriestaaten der Welt, deren Erzeugnisse auf allen Kontinenten Anerkennung finden und deren Industrie sich im raschen Tempo weiterentwickelt.**

So betrug das durchschnittliche jährliche Wachstumstempo der Industrie in der DDR von 1956 bis 1962 8,5 Prozent. Es war somit wesentlich höher als in Westdeutschland, wo es im gleichen Zeitraum 6,2 Prozent betrug. Das schnellere Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR ist die Garantie für ihre künftigen noch größeren Erfolge und dafür, daß die DDR ihr Ziel, Westdeutschland im ökonomischen Wettbewerb zu schlagen, mit Sicherheit erreichen wird. Auf dem VI. Parteitag der SED wurde völlig zu Recht als Ergebnis der schöpferischen Tätigkeit von Millionen Werktätigen eingeschätzt, daß **das wahre Wirtschaftswunder in Deutschland sich in der DDR vollzogen hat.**

Mit der Sicherung der Staatsgrenzen am 13. August 1961 wurden den westdeutschen Imperialisten und Revanchepolitikern die Möglichkeit genommen, ihre Störaktionen gegenüber der DDR fortzusetzen. Damit wurde ein Prozeß der Stabilisierung unserer wirtschaftlichen Lage eingeleitet und wird die volle Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus schrittweise durchgesetzt. Das wird die ökonomischen Grundlagen der DDR festigen.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Erhöhung der Akkumulationskraft der DDR. Unsere Partei vermittelte dem ganzen Volk die Erkenntnis, daß die Erhöhung des Verbrauchs auf Kosten der Akkumulation bedeutet, auf Kosten der Zukunft zu leben. Die Erhöhung der Akkumulation und die schwerpunktmäßige Verwendung der hierfür bereitstehenden Mittel werden den gesamten Prozeß der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung beeinflussen. Gegenwärtig konzentrieren wir die Kräfte des ganzen Volkes auf die **zentrale Aufgabe**, ausgehend von den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus die nationale Wirtschaft der DDR auf der Grundlage des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik zu gestalten. Die Entwicklung der nationalen Wirtschaft der DDR bedeutet, sagte Genosse Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag, eine planmäßige, klug und zweckmäßig ausgebaute Wirtschaft eines modernen, hochentwickelten sozialistischen Industriestaates aufzubauen, der seinen festen Platz im sozialistischen Weltwirtschaftssystem inne hat. Ein entscheidender Beitrag dazu ist die erfolgreiche Durchführung des von 1964 bis 1970 laufenden Siebenjahresplanes. Danach wird die Industrieproduktion der DDR bis 1970 einen Umfang von 136 Milliarden DM erreichen und sechsmal so groß sein wie im Gründungsjahr der DDR. Auf dieser Grundlage wird das Volkseinkommen auf 135 Prozent im Vergleich zu 1963 anwachsen.

Die Basis für eine solche rasche Entwicklung der Produktion und des Volkseinkommens ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität bis 1970 auf 185 Prozent gegenüber 1963, die Orientierung auf die vorrangige Entwicklung der führenden Zweige der Volkswirtschaft, die Konzentration der Investitionen auf die entscheidenden Abschnitte der Volkswirtschaft, eine hohe Qualität hochveredelter Erzeugnisse bei niedrigen Selbstkosten. Das schafft die Voraussetzungen für die weitere Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung auf allen Gebieten. Ein bedeutender Faktor für die schnellere Entwicklung der nationalen Wirtschaft der DDR ist die **planmäßige Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.**

Der rasche Aufschwung der Produktivkräfte der DDR und die ständig wachsende Bereitschaft der werktätigen Bevölkerung zum Mitdenken, zur Mitarbeit bei der Lösung der gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme erfordern nunmehr eine höhere Qualität der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. **Deshalb hat der**

VI. Parteitag die Aufgabe gestellt, ein neues und noch wirksameres ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft nach dem Produktionsprinzip auszuarbeiten. Dieses ökonomische System der Planung und Leitung nach dem Produktionsprinzip ist zutiefst demokratisch, weil erreicht wird, daß die Masse der Werktätigen an der Planung und Leitung der wirtschaftlichen Geschicke des Staates noch umfassender als bisher teilnimmt und mitarbeitet. Es entspricht deshalb voll den Arbeiterinteressen.

Manche Leute sind geneigt, die großartigen Erfolge der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik zu ignorieren oder hinwegzureden. Sie halten sich lieber an die kritischen Worte, die von unserer Partei und in der ganzen Öffentlichkeit unseres Landes gesagt werden, um die großen Möglichkeiten der Vorzüge der sozialistischen Ordnung wirkungsvoller, vollkommener, also besser zu nutzen. Es ist indessen ein Wesensmerkmal der sozialistischen Ordnung, daß über das, was alle angeht, zu dem alle beitragen, auch mit allen und in aller Öffentlichkeit gesprochen wird. Wir halten das für sehr demokratisch.

Der Sieg des Sozialismus auf dem Lande

Die großartige Entwicklung in der DDR vollzog sich aber nicht nur im Bereich der sozialistischen Industrie, sondern auch auf dem Gebiet der sozialistischen Landwirtschaft. Hier hatte uns der Kapitalismus neben den ungeheuren Zerstörungen des Krieges vor allem mit der ökonomischen und kulturellen Zurückgebliebenheit in der Entwicklung des sogenannten Ostelbiens im besonderen ein schweres Erbe hinterlassen. Allein auf sich gestellt, konnten die Bauern damit nicht fertig werden. Der Weg ihrer Auslieferung an das Monopolkapital wie in Westdeutschland, der zur massenhaften Ruinierung der Bauern und zur Herausbildung kapitalistisch wirtschaftender landwirtschaftlicher Großbetriebe führte, was für uns nicht gangbar. Wir gingen einen anderen Weg, der im Gegensatz zu dem kapitalistischen Weg der Entwicklung der Landwirtschaft allein möglich war. An seinem Beginn stand die in Deutschland seit mindestens 150 Jahren überfällige Durchführung der Bodenreform, also einer Reform bürgerlich-demokratischen Charakters, die den Großgrundbesitz beseitigte und den Boden an die Bauern gab. Das schuf die Grundlage für das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft.

Doch wir konnten dabei nicht stehenbleiben, da die Übergabe des Bodens an die Bauern die Produktivkräfte der Landwirtschaft noch nicht wesentlich zu steigern vermochte. Erst der Zusammenschluß der Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ermöglichte den voll wirksamen Einsatz der modernen Wissenschaft und Technik auch auf dem Lande. Auf diesem Wege vollzog sich auch die Entwicklung der Bauernschaft zu einer neuen Klassen von Genossenschaftsbauern. Damit waren Arbeiter und Genossenschaftsbauern gleichermaßen mit dem sozialistischen und genossenschaftlich-gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln verbunden. Das leitete eine neue Etappe der Bündnisbeziehungen ein; denn die sich entwickelnde neue Klasse der Genossenschaftsbauern ist genauso wie die Arbeiterklasse am umfassenden Aufbau des Sozialismus interessiert. **Diese neue Etappe der Bündnisbeziehungen beruht auf der gemeinsamen Grundlage des sozialistischen Eigentums und überwindet den für den Sozialismus typischen Antagonismus zwischen Arbeitern und Bauern.**

Die Herausführung der Masse der Bauernschaft aus der vom Kapitalismus übernommenen vorherrschenden kleinen Warenproduktion und ihres Überganges zur sozialistischen genossenschaftlichen Großproduktion ist ein komplizierter und schwieriger Prozeß, in dem die Arbeiterklasse auch Opfer brachte, um ihren Bündnisverpflichtungen gerecht zu werden. Dieser Prozeß ist heute noch nicht abgeschlossen; denn mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auch auf dem Land beginnt erst die schwierigste Aufgabe, die Masse der Genossenschaftsbauern zu befähigen, sozialistische landwirtschaftliche Großbetriebe zu leiten und die Produktivität ihrer Arbeit zu erhöhen. Das erfordert nicht nur die Bereitschaft der Genossenschaftsbauerinnen und -bauern, sondern auch die Mechanisierung, Technisierung und Chemisierung der Produktion sowie die Anwendung der modernsten Agrarwissenschaft. Aber schon heute gibt es zahlreiche Beispiele der Überlegenheit der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetriebe über landwirtschaftliche Großbetriebe vergleichbarer Größenordnung in Westdeutschland. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die agrarische und tierische Produktion gleichermaßen entwickeln, im Gegensatz zu den kapitalistisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Großbetrieben in Westdeutschland, die immer mehr zu Monokulturen übergehen.

Der vollgenossenschaftliche Zusammenschluß der Bauern in der DDR ist von größter nationaler und internationaler Bedeutung, denn er zeigt einen konkreten Weg zur Überwindung des Widerspruchs zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und dem Zurückbleiben der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft zu einem bisher schon hochindustrialisierten Land.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der landwirtschaftlichen Produktion bestätigen die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Agrarpolitik unserer Partei. Sie hat zugleich die revisionistischen, parteifeindlichen Auffassungen widerlegt, daß die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande hätte langsamer vollzogen werden müssen. Je schneller sich die sozialistische Produktion der LPG entfaltet, umso schneller werden die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung auch hinsichtlich ihrer Versorgung mit den Produkten der Landwirtschaft befriedigt werden.

Die sozialistische Umwälzung der Landwirtschaft eröffnete den Bauern zugleich den Weg zu einem kulturvollen Leben, zum sozialen Fortschritt, zur Bildung und Kultur und brachte insbesondere den Bäuerinnen die Grundlage ihrer vollen Gleichberechtigung. Das schuf die entscheidenden Voraussetzungen dafür, daß die Genossenschaftsbauern die komplizierten neuen Probleme lösen konnten, die sich aus der Notwendigkeit ergaben, die genossenschaftliche landwirtschaftliche Großproduktion zu leiten. Es ergaben sich also völlig neue Anforderungen an die ehemaligen Landarbeiter und kleinen oder mittleren Bauern, die nunmehr die Produktion wissenschaftlich organisieren und leiten mußten. Heute können wir sagen, daß bereits eine neue Generation wissenschaftlich gebildeter Genossenschaftsbauern und -bäuerinnen heranwächst die fähig ist, große sozialistische Landwirtschaftsbetriebe erfolgreich zu leiten. Sie werden unterstützt durch sozialistische Arbeitsgemeinschaften von Agrarwissenschaftlern und Praktikern und lösen gemeinsam die Schwerpunktaufgaben der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Zeit des umfassenden Aufbau des Sozialismus wird auch das Gesicht unserer Dörfer verändern. Die kulturellen und sozialen Unterschiede zur Stadt beginnen zu verschwinden und nach und nach wird eine Annäherung des Lebens im Dorf an das Niveau des Lebens in der Stadt erfolgen. Mit der Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse im Dorf festigte sich auch die Arbeiter-und-Bauern-Macht, wurde die sozialistische Demokratie auch auf dem Lande breiter entfaltet, immer mehr Bauern und Bäuerinnen in die staatliche Leitung einbezogen. Fast Hunderttausend von ihnen arbeiten in den örtlichen Volksvertretungen und ihren Kommissionen. Sie stellen den Hauptanteil an der Gesamtheit der Volksvertreter der ländlichen Gemeinden. Die Entwicklung der genossenschaftlichen sozialistischen Landwirtschaft in der DDR zeigt, wie durch die Intensivierung und den allmählichen Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden sowie durch schrittweise Spezialisierung eine ständige Erhöhung der Produktion und der Arbeitsproduktivität gesichert werden kann. Deshalb müssen wir berechtigt von der überlegenen Perspektive der sozialistischen Landwirtschaft auf allen Gebieten über die der kapitalistischen Landwirtschaft Westdeutschlands sprechen.

Die großen Fortschritte der Kulturrevolution

Die Ergebnisse der sozialistischen Umgestaltungen in der DDR bestehen aber nicht nur im Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft, in der Errichtung und Festigung der sozialistischen Staatsmacht und in der Entfaltung der sozialistischen Demokratie. Sie bestehen auch in den großen Fortschritten der Kulturrevolution.

Die Überwindung des alten, rückschrittlichen egoistischen Denkens aus der kapitalistischen Zeit, sowie die Erziehung des neuen, sozialistischen Menschen ist die wichtigste Aufgabe der sozialistischen Kulturpolitik. Dementsprechend wird in unserem neuen Programm gesagt, daß der Mensch der sozialistischen Gesellschaft sich in einem konfliktreichen Prozeß der Auseinandersetzung mit den ideologischen Nachwirkungen der kapitalistischen Vergangenheit und mit den Einflüssen feindlicher Ideologien entwickelt, die vor allem aus Westdeutschland in die Deutsche Demokratische Republik getragen werden. Das Charakteristische in der ideologisch-kulturellen Tätigkeit unserer Partei zwischen dem IV. und dem VI. Parteitag bestand darin, die Perspektive der Entwicklung allen Bürgern unserer Republik bewußt zu machen, weil von der raschen Hebung des Bewußtseins die weitere ökonomische und politische Stärkung der DDR wesentlich abhing. Das war unter den Bedingungen der Existenz zweier deutscher Staaten und der ideologischen Störfaktoren der imperialistischen Ultras von Westdeutschland und Westberlin aus eine komplizierte und schwierige Aufgabe.

Eine nicht zu überschätzende Hilfe bei ihrer Lösung waren der XX. und der XXII. Parteitag der KPD/SED und die Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien in den Jahren 1957 und 1960. Unsere Partei hat in dieser Zeit bedeutende theoretische Leistungen vollbracht, die in grundlegenden Dokumenten unter anderem über den Charakter der Novemberrevolution, die Rolle und Bedeutung der DDR und der SED und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung formuliert wurden. Sie gipfeln in der Ausarbeitung des Nationalen Dokuments und unseres Programms des Sozialismus.

Eine bedeutende Entwicklung nahm das sozialistische Bildungswesen, das die neidvolle Bewunderung der Pädagogen in Westdeutschland erregt. 1962 besuchten bereits 77 Prozent aller Schüler des entsprechenden Jahrgangs die 9. Klassen der Oberschulen bzw. erweiterten Oberschulen und erhielten dort einen guten polytechnischen Unterricht, der die enge Verbindung von Bildung und Landwirtschaft sichert. Große Fortschritte haben wir in der Erwachsenenbildung aufzuweisen, in deren viestufigem System von Bildungsmöglichkeiten sich Hunderttausende Werktätige höhere fachliche und politische Bildung aneignen. Eine der bedeutendsten Leistungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht ist die umfassende Entwicklung der Wissenschaft und die Schaffung eines für ganz Deutschland vorbildlichen Hochschulwesens.

In Erfüllung der Beschlüsse des V. Parteitages hat die Entwicklung der Literatur und Kunst, des Theaters, des Films und Fernsehens schnelle Fortschritte gemacht, hat die kulturelle Selbstbetätigung der Werktätigen einen großen Aufschwung genommen. Von besonderer Bedeutung für diese Entwicklung zwischen dem V. und VI. Parteitag war und ist die Bitterfelder Konferenz vom April 1959. In gemeinsamer Beratung von Künstlern und Schriftstellern mit Brigaden der sozialistischen Arbeit erschlossen sie Wege, um die enge Verbindung zum Leben zu finden und die Kluft zu überwinden, die der Kapitalismus zwischen der Kunst und dem Volk aufgerissen hat. Im Mittelpunkt des VI. Parteitages und danach auf einer Beratung des Politbüros und des Präsidiums des Ministerrates der DDR mit Künstlern und Schriftstellern stand nicht nur die Wertung der seither erreichten Erfolge im künstlerischen und kulturellen Leben. Es erfolgte zugleich eine klare ideologische Auseinandersetzung mit einigen Künstlern und Schriftstellern, die mit ihren Auffassungen und zum Teil in ihren Werken zu Fürsprechern bürgerlicher Ideologie wurden.

Die Arbeiter und Bauern und mit ihnen die übergroße Mehrheit der Künstler unterstützten die Partei in diesem Kampf und wandten sich gegen jeden Versuch, die geistige Armut der Bourgeoisie, ihren Verfall und ihre Zersetzung in das Kultur- und Kunstleben unserer Republik einzuschleusen.

Die sozialistische Nationalkultur, die auf dem Boden der DDR als wahrhafte Volkskultur und als Beispiel für ganz Deutschland entsteht, kann nicht durch Vermischung von sozialistischer und bürgerlicher Ideologie geschaffen werden, sondern erfordert Parteilichkeit, tätige Mitwirkung an der weiteren Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und am Kampf gegen Imperialismus und Militarismus.

Die neuen Formen der Bündnispolitik beim umfassenden Aufbau des Sozialismus

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei in der DDR alle Schichten des Volkes und ihre Parteien zur Mitarbeit und Leitung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus heranzieht. Die befreundeten antifaschistisch-demokratischen Parteien entwickelten sich mit der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft zu Parteien, die den sozialistischen Weg auf ihre Fahnen schrieben. Mit ihnen zusammen bilden wir den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen und sind zusammengeschlossen in der Nationalen Front. Das ist eine Form der Bündnispolitik mit der die Arbeiterklasse in der DDR ihre führende Rolle verwirklicht. Dieses **Mehrparteiensystem ist ein schöpferischer Beitrag für die Parteien der westlichen kapitalistischen Länder.**

Um immer breitere Kreise des Volkes in die leitende Tätigkeit des Staates einzubeziehen, vervollkommen wir ständig und systematisch die Arbeit der gewählten Volksvertretungen. Dazu gehört, daß alle wichtigen Probleme des sozialistischen Aufbaus und entsprechender Gesetze und Beschlüsse in der Bevölkerung zur Diskussion gestellt und beraten und ihre vielfältigen guten Vorschläge berücksichtigt werden. Das war zum Beispiel in erfreulich großem Umfang und bei aktiver Teilnahme von Millionen Bürgern unserer Republik der Fall bei der Ausarbeitung unseres Arbeitsgesetzbuches, beim Gesetz über die Erweiterung der Rechte der örtlichen Volksvertretungen, beim Erlaß über die Rechtspflege, bei der Vorbereitung unserer Volkswirtschaftspläne, um nur einiges zu nennen. Die jetzt von der Volkskammer angenommenen neuen Gesetze, die auf der Grundlage des Erlasses über die grund-

sätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege ausgearbeitet wurden, sichern erstmals in der Geschichte Deutschlands die wahrhafte Gerechtigkeit und garantieren die tatsächliche Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.

Die Justiz dient nicht mehr in erster Linie der Bestrafung von Rechtsverletzern, sondern der Erziehung der betreffenden Bürger. Die Erziehung selbst nimmt dabei immer mehr unmittelbar gesellschaftlichen Charakter an, wird immer mehr zur Erziehung im Kollektiv gleichberechtigter sozialistischer Bürger. Darin kommt der tiefe humanistische Inhalt unserer sozialistischen Gesetzmäßigkeit, unseres sozialistischen Rechts und unser unerschütterliche Glaube an das Gute im Menschen zum Ausdruck. Es aus der Verkümmern zu befreien, in die es unter dem Kapitalismus geraten war, ist eine wesentliche Aufgabe des sozialistischen Rechts.

Wenn die aktive Mitwirkung der Bevölkerung an der bewußten Gestaltung des gesamten politisch-staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der DDR für uns ein grundlegendes Prinzip der Arbeiter-und-Bauern-Macht und unserer sozialistischen Demokratie ist, dann stellt sich natürlich vor allem die Frage, in welcher Weise die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften beim umfassenden Aufbau des Sozialismus wirken.

Die führende Rolle der SED und der Gewerkschaften beim umfassenden Aufbau des Sozialismus

Die Gewerkschaften lassen sich dabei von den Worten Lenins leiten, daß nach der Eroberung der Staatsmacht das wichtigste und grundlegendste Interesse des Proletariats in der Vergrößerung der Produktionsmenge und der gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte der Gesellschaft besteht. Es entspricht also unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht den Interessen der Arbeiterklasse, daß mehr und besser auf der Grundlage höchster Arbeitsproduktivität produziert wird. Wer deshalb gut arbeitet, wer die Fertigungstechnik und Arbeitsorganisation verbessert, wer hilft, zum wissenschaftlich-technischen Höchststand zu gelangen, der steht bei uns im Klassenkampf auf der richtigen Seite.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist im System der Arbeiter-und-Bauern-Macht ein wichtiger, die neue Gesellschaft gestaltender Faktor. Der FDGB steht nicht neben dem Staat, sondern ist als Klassenorganisation der Arbeiterklasse selbst eine aktive Kraft in dem Staat, in dem die Arbeiterklasse die Macht ausübt. Da die Arbeiterklasse die Macht ausübt, trägt sie, und das gilt auch für ihre größte Massenorganisation, die Gewerkschaften, mit die Verantwortung für die Organisation und Gestaltung der Produktion.

Wesentlicher Ausdruck dieser Verantwortung ist die Teilnahme der Gewerkschaften bei der Ausarbeitung der Arbeiterrechte. Deshalb ist auch der FDGB in der Volkskammer, dem höchsten Machtorgan unseres Staates, mit einer eigenen Fraktion vertreten. Er übt auch damit einen entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse seiner Mitglieder und damit der gesamten Arbeiterklasse aus. So verankert zum Beispiel das Gesetzbuch der Arbeit die Errungenschaften des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung und das Recht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes als Klassenorganisation der Arbeiterklasse, sich in den Betrieben gemäß seiner Satzung und seinen Beschlüssen frei und ungehindert zu betätigen. Wer die gewerkschaftliche Tätigkeit behindert, wird zur Verantwortung gezogen. Der vom Arbeiter-und-Bauern-Staat mit der Leitung des Betriebes beauftragte Betriebsdirektor ist nach dem Gesetzbuch der Arbeit verpflichtet mit der Betriebsgewerkschaftsorganisation und ihrer Leitung eng zusammenzuarbeiten sowie über seine Tätigkeit zu berichten.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik kommt also die Demokratie nicht zuletzt im Recht der Werktätigen auf schöpferische Mitarbeit an der Leitung des Betriebes zum Ausdruck. Das beginnt bereits bei der Aufstellung des Betriebsplanes. Jeder Werktätige hat die Möglichkeit, seine Auffassung zum Planentwurf darzulegen und Vorschläge zur Änderung oder Ergänzung zu unterbreiten. Die Gewerkschaften werden beim umfassenden Aufbau des Sozialismus immer mehr zu einem der wichtigsten Faktoren der sozialistischen Demokratie, der ständig wachsende gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat.

Es ist natürlich erforderlich, die exakte Durchführung der Beschlüsse unserer Partei, der Erlaß des Staatsrates sowie der Gesetze und Verordnungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht durch eine entsprechende Kontrolle zu sichern. Es gilt besonders auch dafür zu sorgen, daß das Recht aller Bürger, am Werk des Sozialismus mitzuarbeiten, mitzuplanen und mitzuregieren, voll und ganz gewährleistet wird. Daher schaffen wir jetzt eine zuverlässige Volkskontrolle in Gestalt der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, die dem ZK unserer Partei und dem Ministerrat untersteht

und in ihrer Kontrolltätigkeit selbständig und unabhängig ist von den Leitungen der Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane. Sie reicht bis hinunter in die Betriebe, in denen die Arbeiter- und Bauern-Inspektionen ausschließlich aus ehrenamtlichen Mitgliedern bestehen, während in den Städten, Wohngebieten und Gemeinden ehrenamtliche Volkskontrollausschüsse tätig sind.

Die Arbeiter- und Bauern-Inspektionen werden sich mit jeder Erscheinung von Mißwirtschaft und Verschwendung beschäftigen und dafür Sorge tragen, daß die Ursachen abgestellt werden. Sie werden unachtsam, ohne Ansehen der Person, gegen Fälle von bürokratischer Handlungsweise, gegen Verschleppung von Entscheidungen, gegen Verantwortungslosigkeit, gegen herzloses Verhalten zu Menschen, gegen Mißbrauch der Dienststellung, gegen Spekulation und Veruntreuung von Volkseigentum vorgehen. **In dieser Arbeiter- und Bauern-Inspektion besitzt das werktätige Volk in der DDR und seine Staatsmacht das demokratischste Kontrollsystem des Volkes, das es je in Deutschland gegeben hat und das natürlich unter den Verhältnissen der imperialistischen Herrschaft über das Volk gänzlich undenkbar ist.**

Die Kernfrage der deutschen Arbeiterbewegung

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte an dieser Stelle einen Gedanken äußern, der sich einem aufdrängt, wenn man weiß, daß westdeutsche Arbeiter manchmal sagen, die DDR erschwere durch ihre Mängel beim Aufbau des Sozialismus ihren Kampf in Westdeutschland. Ich habe von unseren Erfolgen und unseren Schwierigkeiten gesprochen. Aber davon unabhängig hat doch die Arbeiterklasse in Westdeutschland zum Beispiel gegenüber der Arbeiterklasse in Frankreich, Italien oder anderer kapitalistischer Länder einen unschätzbaren Vorteil voraus! **Sie kann sich in ihrem Kampf auf eine in Deutschland, im eigenen Lande bestehende Arbeiter-und-Bauern-Macht stützen, die über starke wirtschaftliche, politische und militärische Positionen verfügt.**

Manche westdeutsche Arbeiter meinen, die KPD solle sich nicht so sehr auf die DDR und die SED orientieren, weil wir, die SED, ja selbst vom verschiedenen Inhalt der Arbeiterbewegung in beiden deutschen Staaten sprechen. Sie sagen, der Inhalt der Arbeiterbewegung in Westdeutschland sei dem der Arbeiterbewegung in Frankreich oder Italien ähnlicher und deshalb könne die KPD daraus mehr lernen. Natürlich lernt eine marxistisch-leninistische Partei von jeder anderen Partei der kommunistischen Weltbewegung. Aber darum geht es erst in zweiter Linie. **Es geht doch darum, ob sich die Arbeiterklasse Westdeutschlands auf die Arbeiter-und-Bauern-Macht in Deutschland stützen soll, ob sie in der Front gegen Imperialismus und Militarismus auf der Seite der DDR steht oder nicht. Das ist die Kernfrage.**

Trotz des verschiedenen Inhalts der Arbeiterbewegung in beiden deutschen Staaten verfolgt die Arbeiterklasse in ganz Deutschland eine einheitliche nationale Arbeiterpolitik gegen den gemeinsamen Gegner, den westdeutschen Imperialismus und Militarismus. **Und in diesem Kampf wird sie die größten Erfolge haben, wenn sie mit der DDR in die Offensive geht, um den Frieden in Deutschland zu sichern.**

Der Friedenskampf, sagte Lenin, ist ein revolutionärer, demokratischer Kampf, der die hundertfältige Steigerung der propagandistischen Kraft der Revolution hervorbringt. Das trifft erst recht zu in unserer Zeit, da ein atomarer Krieg unverhältnismäßig größere und schwerere Opfer von der Menschheit fordern würde, als alle bisherigen Kriege in der Geschichte der Menschheit zusammengekommen. Es lohnt sich, rief Lenin den Zweiflern von damals zu, dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg sein Leben zu weihen und ihn unbeugsam, tapfer und mutig zu führen. Man kann also nicht Sozialist und den Friedenskampf geringschätzen; denn Sozialismus ist in erster Linie eine für den Kapitalismus undenkbare Steigerung der Arbeitsproduktivität und Entfaltung der Produktivkräfte, die jedoch in einem Atomkrieg massenhaft vernichtet würden; man kann nicht Sozialist sein und gleichzeitig fordern, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht im Kampf um die friedliche Koexistenz dem Imperialismus gegenüber Zugeständnisse macht; denn das erste Angriffsziel der westdeutschen Imperialisten und Militaristen ist die Deutsche Demokratische Republik, ist die Vernichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht des ersten Friedensstaates in Deutschland. **Darum muß jeder Sozialist bereit sein, alle Bemühungen der DDR um die Festigung des sozialistischen Staates zu unterstützen und die Arbeiter-und-Bauern-Macht aktiv zu verteidigen.** Damit dient er am besten der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten und den Interessen der friedliebenden Bevölkerung Westdeutschlands.

Kampf um die friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten erfordert die schrittweise Ausschaltung der imperialistischen Ultras aus der Politik in Westdeutschland und die Förderung und Zusammenarbeit mit den verständigungs-

bereiten Kräften aller Parteien. Die Hauptkraft im Kampf um die friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten ist die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Sie ist die einzige Klasse, die imstande ist, eine konstruktive Alternative gegenüber dem Imperialismus und Militarismus zu entwickeln, die zugleich der ganzen Nation dient. Diese konstruktive Alternative ist der Sozialismus, das gesetzmäßige Ergebnis der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Aber diese Gesetzmäßigkeit vollzieht sich nicht im Selbstlauf, sondern nur durch die geschichtliche Schöpferkraft der Arbeiterklasse, die sie entfaltet, indem sie den Klassenkampf konsequent und entschieden führt, für die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz kämpft. Doch auch die Bauernschaft, die Kaufleute und Handwerker und die Intelligenz bis zu Teilen der Bourgeoisie sind an der friedlichen Koexistenz interessiert, weil ihnen ein imperialistischer Krieg unter den heutigen Bedingungen keinerlei Vorteile, sondern nur ihren Untergang bringt.

Die Möglichkeit der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz ist auch in Westdeutschland gegeben. Diese Möglichkeiten erweitern sich in dem Maße, wie die Deutsche Demokratische Republik stärker wird. Also nicht Zugeständnisse der DDR, nicht eine Schwächung der Arbeiter-und-Bauern-Macht durch Zugeständnisse an den Imperialismus erleichtern die Politik der friedlichen Koexistenz, sondern die erfolgreiche Verwirklichung der auf dem VI. Parteitag der SED gefaßten Beschlüsse. Das wird dazu beitragen, daß auch den Menschen in Westdeutschland die Perspektive der Entwicklung in Deutschland klarer wird, daß sie entschiedener für eine Konföderation beider deutscher Staaten kämpfen, der geeignetsten Form für die friedliche Koexistenz beider deutscher Staaten.

In diesem heroischen Ringen der deutschen Arbeiterklasse und der ganzen Nation um eine glückliche Zukunft in Frieden und Sozialismus bekundet die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ihre brüderliche Verbundenheit mit der westdeutschen Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei Deutschlands, der marxistisch-leninistischen Partei in Westdeutschland. Diese Verbundenheit, so heißt es im neuen Programm unserer Partei, beruht auf der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Sie beruht auf der ruhmreichen Geschichte der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung und der Lehre des Marxismus-Leninismus, die auch den Werktätigen Westdeutschlands den Weg in eine glückliche Zukunft weist.

Erlaubt mir zum Schluß, Euch die Grußadresse des ZK der SED an den Parteitag zu verlesen.

Durch gemeinsamen Kampf verbunden

Grußschreiben des ZK der SED an den Parteitag 1963 der KPD

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entbietet Euch, den Delegierten des Parteitages der KPD, herzliche, brüderliche Kampfesgrüße.

Unsere Gedanken und Gefühle sind vor allem bei all den Genossinnen und Genossen der KPD, die das Bonner Unrechtregime wegen ihres unbeirrbaren Eintretens für Frieden, Recht und Wohl des Volkes hinter Kerkermauern verbannt, ihren Familien entrisen, ihrer Existenz beraubt hat; wir drücken ihnen fest die Hand und fühlen uns in unverbürlicher Solidarität mit ihnen verbunden.

Wir grüßen in Euch, den Delegierten des Parteitages, zugleich alle Mitstreiter für die gute und gerechte Sache des Volkes.

Euer Parteitag findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem sich eine Umgruppierung der politischen Kräfte in Westdeutschland abzeichnet und neue Bedingungen für den Kampf der Partei, der Arbeiterklasse und der Friedensbewegung heranreifen. Wie schon oftmals in der neuesten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung waren es auch diesmal die Metallarbeiter, die durch ihre Aktivität und ihren Kampf einen neuen Abschnitt in den Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital und den Beginn einer neuen politischen Entwicklung signalisiert haben.

In den vergangenen Jahren zweifelten manche Werktätigen an der Kraft der Arbeiterklasse und ließen sich vom Wirtschaftswunder einnebeln. Unter dem Einfluß der Propaganda der rechten sozialdemokratischen Führer nahmen sie, ohne

sich zu wehren, die Schläge des Monopolkapitals hin und setzten der Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO keinen entschiedenen Widerstand entgegen. Nur eine Vorhut kämpfte. Auch am Kampf gegen die atomare Aufrüstung, an den Ostermärschen beteiligte sich nur eine aktive Minderheit.

Der Streik der Metallarbeiter, aus dem viele Arbeiter die Schlußfolgerung zogen, sich auf die kommenden Kämpfe noch besser vorzubereiten, zeigt die Veränderung in der Lage. **Unsere gemeinsame Aufgabe, die Aufgabe der SED und der KPD sowie der fortschrittlichen Sozialdemokraten und Gewerkschafter, besteht darin, der Arbeiterklasse und der Bevölkerung das Neue in der Lage zu erklären und zum Bewußtsein zu bringen.**

In der Arbeiterklasse Westdeutschlands regt und entwickelt sich das Klassenbewußtsein. Die große Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten, fortschrittlichen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern sowie anderen progressiven Menschen auf der einen Seite, den Kräften des Monopolkapitals und der militaristischen Reaktion auf der anderen Seite bahnt sich an.

Die Aussperrung der Metallarbeiter hat die Illusionen von der Klassenharmonie und der Sozialpartnerschaft zerstört, die Diktatur der Monopole wurde weithin sichtbar. Auch die kleinen und mittleren Unternehmer bekommen zu spüren, daß die großen Monopole ihre Existenz bedrohen.

Bei den Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden stand der Bonner Staat offen auf der Seite der Monopole. Wenn die Metallarbeiter ihre berechtigten Forderungen nur zum Teil durchsetzen konnten, so haben sie das dem Druck der Bonner Regierung zuzuschreiben.

Die Aussperrung der Metallarbeiter, die Vorbereitung der Notstandsgesetze, die Abwälzung der Rüstungslasten auf die Schultern der Werktätigen, das Drängen der westdeutschen Militaristen nach Mitbestimmung in der Atomrüstung haben den dichten Nebel von Illusionen und Betrugsmanövern der herrschenden Klasse durchbrochen und lassen die Arbeiterklasse die aggressive Politik des Monopolkapitals und seiner Bonner Regierung mehr und mehr erkennen.

Breiteren Kreisen der westdeutschen Bevölkerung ist seit dem 13. August 1961, seit der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles gegen die militaristischen Ultras, klageworden, daß die Revanchepolitik der herrschenden Kreise in Bonn in die Sackgasse geführt hat, daß die NATO-Politik und die Atomrüstung die Vertiefung der Spaltung Deutschlands bedeuten.

Die Illusionen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sind durch das Scheitern der Brüsseler Konferenz inzwischen zerronnen. Statt der Gemeinschaft zeigt sich verschärfter Konkurrenzkampf, vor allem zwischen Westdeutschland und Frankreich auf der einen, den USA sowie England auf der anderen Seite. Das Monopolkapital beabsichtigt, auch die Lasten des Konkurrenzkampfes auf die Schultern der Werktätigen und der Bauern abzuwälzen und sich weiterhin hohe Profite zu sichern.

Das Wirtschaftswunder, von dem sich viele westdeutsche Werktätige beeinflussen ließen, hat ausgedient. Das Monopolkapital hat mit der Wirtschaftswunder-Propaganda sein nächstes Ziel erreicht, nämlich seine Herrschaft zu stärken und die Aufrüstung durchzuführen.

Tiefe Enttäuschung hat große Teile der westdeutschen Bevölkerung erfaßt, denn durch den Pakt Bonn-Paris und die atomare Kriegsrüstung wird ihnen nun klar, daß die Bonner Regierungsparteien die Vereinigung Deutschlands abgeschrieben haben.

Alle diese Maßnahmen der CDU/CSU, der Regierungspartei in Westdeutschland, gegen die Interessen des Volkes machen offenkundig, warum sie schon vor Jahren das Verbot der KPD durchgesetzt hat: Die Volksmassen sollten der führenden Kraft des Widerstandes gegen ihre antinationale, friedensgefährdende und reaktionäre Politik beraubt werden.

Die Ereignisse erfordern jedoch nunmehr, daß alle diejenigen, die aufrichtig für den Frieden und die Verteidigung der demokratischen Grundrechte sind, für die **Aufhebung des Verbots der KPD eintreten. Denn man kann mit voller Gewißheit sagen: Wenn die KPD als legale Partei ihre Tätigkeit im Rahmen des Grundgesetzes hätte fortsetzen können, dann wäre ein solches Maß lebensgefährlicher Kriegsvorbereitungen nicht möglich gewesen.**

In der gegenwärtigen Lage, in der sich in Westdeutschland neue Bedingungen des Kampfes für eine Änderung der Politik entwickeln, ist die Wiederherstellung der Legalität der KPD mehr denn je ein Erfordernis. Das um so mehr, als sich die

rechten sozialdemokratischen Führer der Politik der CDU/CSU angepaßt haben. Das ist ein großes Unglück für die Arbeiterklasse Westdeutschlands. Die älteren sozialdemokratischen Genossen wissen, daß es auch in der Weimarer Republik mit der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Bau des Panzerkreuzers A angelaufen — und dann folgte das ganze ABC bis zum Hitlerkrieg.

Hohe Verantwortung der Arbeiterklasse für die Sicherung des Friedens

In der gegenwärtigen Epoche, in der die Kräfte des Sozialismus die Richtung der Entwicklung in der Welt bestimmen, hat die deutsche Arbeiterklasse eine hohe Verantwortung für die Sicherung des Friedens und die Zukunft Deutschlands.

Die Arbeiterklasse, die die Hauptlast und Opfer der imperialistischen Kriegspolitik tragen muß, ist konsequent für die Sicherung des Friedens und für vollständige Abrüstung. Weil die Arbeiterklasse keine anderen als friedliebende und fortschrittliche Interessen haben kann, ist sie auch berufen und fähig, sich mit allen anderen friedliebenden Schichten der Bevölkerung zu verbinden und eine breite Volksbewegung für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt zu organisieren.

Ausgehend von ihrer großen nationalen Verantwortung hat die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik den ersten Teil ihrer geschichtlichen Aufgabe erfüllt, den Militarismus und die Macht der Monopole liquidiert. Sie hat auch die zweite Aufgabe gelöst: Sie hat nicht nur die Arbeiter-und-Bauern-Macht errichtet und gezeigt, daß sie Staat und Wirtschaft leiten kann, sie hat auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt. Damit hat die Arbeiterklasse der DDR im Bündnis mit den Bauern, der Intelligenz und anderen werktätigen Schichten den Beweis erbracht, daß auch in Deutschland die Epoche des Sozialismus begonnen hat und eine zielbewußte Politik des Friedens und der Zusammenarbeit mit allen Völkern möglich ist.

Auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde das Programm des Sozialismus begründet und beschlossen.

Dieses Programm ist von Bedeutung für die ganze geschichtliche Entwicklung in Deutschland. Nur durch die Stärkung der DDR und den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und der Friedenskräfte in Westdeutschland für Demokratie und sozialen Fortschritt, für Abrüstung und Verständigung kann eine Wende zur Herstellung der Einheit Deutschlands erfolgen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands begrüßt die Euren Parteitag vorliegenden Vorschläge für die Sicherung des Friedens und die friedliche Lösung der deutschen Frage. Wir sind gemeinsam der Auffassung, daß der Weg zur Einheit Deutschlands durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO und durch die revanchistische Kriegspolitik und die Atomrüstung verschüttet wurde. Das deutsche Volk kann auf dem Weg zur Einheit Deutschlands nur vorwärtskommen, wenn es diese Hindernisse beseitigt, das heißt, wenn die allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland durchgeführt, mit dem Revanchismus Schluß gemacht wird, wenn der westdeutsche Machtapparat von notorischen Nazis gesäubert ist und Westdeutschland die aggressive NATO verläßt. Die DDR hat bereits früher angeboten, in einem solchen Fall aus der Organisation des Warschauer Paktes auszutreten.

Die Bürger der beiden deutschen Staaten stellen mit Recht die Frage der Herbeiführung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. In unserem Siebenpunktprogramm haben wir auf dem VI. Parteitag Vorschläge für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten begründet.

Da die Führung der CDU/CSU noch immer an der Revanchepolitik festhält und die Hallstein-Doktrin vertritt, hängt die Herstellung normaler Beziehungen ausschließlich von einer Änderung der Politik in Westdeutschland ab. Wir Sozialisten sind der Meinung, daß Deutschland keine Atomwaffen braucht. Der Verzicht auf Atomrüstung, die allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland wären ein Glück für das deutsche Volk, denn dadurch würde die Einheit Deutschlands ermöglicht.

Der Streik der Metallarbeiter und die Aussperrung durch die Monopole haben sicherlich vielen Arbeitern und Werktätigen Westdeutschlands die Augen geöffnet. Die SED und der FDGB ebenso wie alle anderen gesellschaftlichen Organisationen der DDR standen vorbehaltlos auf der Seite der IG Metall, ihres Vorstandes und der Streikleitungen und unterstützten ihre Forderungen.

Die Unternehmerorganisationen, die gegen die berechtigten Forderungen der streikenden Arbeiter waren, empörten sich über diese Solidarität, die für uns eine Selbstverständlichkeit ist. Der Versuch, der Solidarität der deutschen Arbeiter-

klasse mit antikommunistischen Lösungen Abbruch zu tun, war jedoch ein glatter Fehlschlag. Die Metallarbeiter haben richtig erkannt und offen ausgesprochen: Durch Antikommunismus will man uns die Freiheit nehmen.

Es ist verständlich, daß die westdeutschen Konzernherren, Bankiers und Grundbesitzer die DDR, den ersten deutschen Staat des Friedens und des Sozialismus, nicht lieben, denn schließlich wurde hier ihre Sippschaft entmachtet.

Aber auch vom Standpunkt eines Kapitalisten ist es vernünftiger, die neue Lage, das zugunsten des Sozialismus und des Friedens veränderte Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland real einzuschätzen und einen Kurs der Verständigung zu betreiben, statt durch einen abenteuerlichen Kriegskurs die eigenen Positionen zu unterminieren und zu zerstören.

Viele Werktätige in Westdeutschland werden erkannt haben, daß der Antikommunismus, genauso wie während der Hitlerzeit, nur der Kriegsvorbereitung dient und die Arbeiterklasse spalten und zersplittern soll. Die Werktätigen Westdeutschlands haben dabei den größten Schaden; denn jeder Schlag, den die Militaristen gegen die KPD führen, richtet sich gegen den Frieden und die Lebensinteressen der Werktätigen.

Wir wissen, daß es für die Genossen der KPD nicht leicht ist, gegen den Strom des Chauvinismus und Revanchismus zu schwimmen. Aber es wird die Zeit kommen, da die Arbeiterklasse und das Volk der KPD dankbar sein werden, daß sie so mutig und konsequent gegen den Revanchismus, gegen die Atomrüstung, für die Sache des Friedens gekämpft hat. Schon jetzt gewinnt die Forderung nach Verzicht auf Atomrüstung und nach einer entsprechenden Vereinbarung beider deutscher Staaten immer mehr Anhänger, der Ruf nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung wird immer lauter.

Die Veränderungen der Lage in Westdeutschland schaffen die Bedingungen für neue Erfolge der Arbeiterklasse und der Friedenskräfte.

Auf der XVII. Deutschen Arbeiterkonferenz im März dieses Jahres wurden reale Vorstellungen für den Kampf um den Frieden, gegen Sozialpaket und Notstandsgesetze, für die berechtigten Forderungen der Bauern und für den Zusammenschluß aller friedliebenden demokratischen Kräfte erörtert.

Die westdeutschen Metallarbeiter haben diese Vorschläge von sich aus ergänzt und präzisiert. Sie haben mit Recht erklärt, daß es nicht nur um ein paar Prozent Lohnerhöhung geht, sondern um die Umverteilung des Volkseinkommens, um die Abwehr des Sozialpaketes und der Rüstungslasten, um die Verhinderung der Notstandsgesetze, um die Einschränkung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Monopole. Die Metallarbeiterfunktionäre haben richtig verstanden, daß die Arbeiterklasse die Krise in der CDU und in der Bonner Regierung nutzen muß, um mit vereinten Kräften schrittweise die berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Mit vollem Recht betonen die fortschrittlichen Kräfte in der Arbeiterbewegung Westdeutschlands, daß diese Krise genutzt werden muß, um durch die organisierte Kraft der Gewerkschaften, der Mitglieder der KPD und der Sozialdemokratie eine Politik der Entspannung und Abrüstung, der Verständigung und ein Mindestmaß normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten durchzusetzen. In diesem Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens, um den Triumph der Politik der friedlichen Koexistenz im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten stehen die Kommunisten in vorderster Front. Sie sind dessen eingedenk, daß es die Marxisten stets als die wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse betrachtet haben, die Werktätigen vor der Not und den Entbehrungen zu bewahren, die Kriege mit sich bringen. Sie lassen sich von dem Hinweis des großen Lenin leiten, daß es sich lohnt, dem Kampf gegen den Krieg sein Leben zu weihen.

Die Grundlage der brüderlichen Zusammenarbeit

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ aus dieser 120jährigen Geschichte, an deren Beginn die Namen der größten Wissenschaftler des 19. Jahrhunderts, Karl Marx und Friedrich Engels, stehen, die Lehren für die Gegenwart gezogen.

Aus den Vorschlägen der westdeutschen Metallarbeiter und ihrer Gewerkschaftsfunktionäre für eine entschiedene Veränderung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Westdeutschland zugunsten der arbeitenden Menschen, aus den Beschlüssen vieler Gewerkschaftskongresse für soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung, für Abrüstung und Völkerverständigung, gegen Atomrüstung und Notstandsdictatur der Monopole könnt Ihr ersehen, daß die Auffassungen unserer Partei mit denen der westdeutschen Arbeiter weitgehend

übereinstimmen. Es ist also eine reale Grundlage für eine brüderliche Zusammenarbeit vorhanden.

Wir wissen, daß viele westdeutsche Arbeiter infolge der ständigen Verleumdungskampagne der Presse des Monopolkapitals gegen die DDR manche Vorbehalte gegen uns haben. Damit sie sich aber wirklich ein eigenes Urteil bilden können, ist es angebracht, daß sie alles selbst in Augenschein nehmen und selbst feststellen, wie wir das Programm der SED unter den Bedingungen der ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Macht in die Tat umsetzen.

Wenn uns die Monopolherren und ihre Nachbeter die Auffassung unterschieben, in Westdeutschland solle das werktätige Volk alles genauso machen wie wir in der DDR, so ist das Unsinn. Unser demokratischer Weg zum Sozialismus wurde unter bestimmten geschichtlichen Umständen beschritten. Nachdem in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse bereits gesiegt haben und das sozialistische Weltssystem weiter gestärkt ist, sind die Bedingungen für den demokratischen Weg in Westdeutschland andere, als sie es in der DDR waren.

Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland im Bündnis mit den Bauern und anderen werktätigen Schichten auf Grund der eigenen Verhältnisse und Kampfbedingungen den Weg bestimmen muß der zum Ziel führt.

Wir als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und Ihr als Kommunistische Partei Deutschlands in Westdeutschland müssen selbstverständlich stets berücksichtigen, daß auch unter den Bedingungen des gespaltenen Deutschlands eine gegenseitige Einflußnahme erfolgt. Die konterrevolutionären militaristischen Kräfte aus Westdeutschland versuchen, in die DDR ihre feindliche Tätigkeit hineinzutragen. Dagegen treffen wir selbstverständlich die notwendigen Abwehrmaßnahmen. Andererseits wirken die Friedenspolitik der DDR und die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus auf Westdeutschland.

Die Liquidierung des Nazismus in der DDR ist für die Bevölkerung in Westdeutschland eine große Hilfe. Die humanistisch gesinnten Menschen in Westdeutschland werden doch durch unseren Kampf gegen die barbarische Ideologie des Nazismus und Militarismus ermutigt. Außerdem helfen wir ihnen noch, die staatlichen Ämter in Westdeutschland von überführten Naziverbrechern zu säubern.

Was die gewerkschaftlichen Rechte betrifft, so sind die Verhältnisse bei uns selbstverständlich grundsätzlich andere, weil die Monopolherren enteignet wurden und die Gewerkschaften als die Klassenorganisation der Arbeiter unmittelbar an der Staats- und Wirtschaftsführung teilnehmen.

Aber jeder westdeutsche Gewerkschafter wird aus dem Vergleich zwischen den gewerkschaftlichen Rechten in der DDR und dem Unrecht des Betriebsverfassungsgesetzes seine Schlußfolgerungen ziehen.

Unsere Steuerpolitik, unsere Sozialversicherung für die Bauern könnten beispielgebend für Westdeutschland sein. Wo haben die Bauern jemals in Deutschland so viele Rechte und eine solche soziale Sicherheit gehabt wie in der Deutschen Demokratischen Republik? Die Vorschläge der SPD für die Krankenversicherung der Bauern in Westdeutschland bauen zum großen Teil auf dem Beispiel der DDR auf.

Und wie ist es mit dem Schulwesen? Wir begrüßen den Erfahrungsaustausch zwischen Pädagogen Westdeutschlands und der DDR. Unsere Erfahrungen auf dem Gebiet der polytechnischen Erziehung und des Erziehungswesens überhaupt gaben doch den fortschrittlichen Lehrern in Westdeutschland nicht nur viele Anregungen, sondern bestärkten sie in ihrer Auffassung über die Notwendigkeit der Reform des Schulwesens in Westdeutschland.

Selbst unsere ärgsten Feinde in Westdeutschland können nicht bestreiten, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Pflege der klassischen Literatur und Kunst als nationale Aufgabe behandelt wird und einen hohen Stand erreicht hat. Wenn uns vorgeworfen wird, daß wir bestimmte Abfallprodukte des untergehenden Kapitalismus nicht finanzieren und unterstützen, sondern bekämpfen, so geschieht das gerade aus der Verantwortung für die deutsche Nationalkultur. Das wird der kulturellen Entwicklung in einem künftigen einigen Deutschland sehr zugute kommen.

Es ist eine unbestrittene Wahrheit, daß jeder Fortschritt in der Deutschen Demokratischen Republik, Euch, den Kommunisten, den Sozialdemokraten, den Gewerkschaftern, den Intellektuellen, den Bauern und Gewerbetreibenden Westdeutschlands hilft. Je stärker die Deutsche Demokratische Republik, um so stärker werden die Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus ausstrahlen. Wer in Westdeutschland gegen die Deutsche Demokratische Republik auftritt, der tritt gegen Frieden und Fortschritt auf und schneidet sich ins eigene Fleisch.

Die Feinde der Deutschen Demokratischen Republik, die westdeutschen Imperialisten und Militaristen und ihre Bündnispartner in den anderen imperialistischen Ländern, sind auch die Feinde der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte Westdeutschlands, sind die gemeinsamen Feinde der ganzen Nation. Wir fühlen uns mit Euch durch die Gemeinsamkeit des Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus fest verbunden.

Wir fordern die volle Wiederherstellung der Legalität für die KPD, die am konsequentesten die im Grundgesetz der Bundesrepublik festgelegten bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten verteidigt.

Es lebe die Aktionseinheit der westdeutschen Arbeiter und ihrer Organisationen gegen die imperialistischen Atomkriegsbrandstifter, gegen Militarismus und Neonazismus.

Es lebe das feste Bündnis der westdeutschen Arbeiterklasse mit der Bauernschaft.

Es lebe die Einheit aller Friedenskräfte in Westdeutschland im Kampf gegen die imperialistisch-militaristischen Verderber der Nation, für Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten, für Entspannung und Abrüstung.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands, die der westdeutschen Arbeiterklasse das Banner des Marxismus-Leninismus voranträgt in ihrem Kampf für den Sozialismus und Kommunismus.

Mit sozialistischem Gruß!

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
W. Ulbricht, Erster Sekretär

(Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen und spenden herzlichen, langandauernden Beifall. Hochrufe auf die SED und ihren 1. Sekretär, Genossen Walter Ulbricht)

Unsere Parteien sind durch wahrhaft brüderliche Beziehungen verbunden

Begrüßungsansprache des Genossen Otto Kuusinen, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU

Werte Genossen!

Gestattet mir vor allem dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands unseren Dank dafür auszusprechen, daß eine Delegation unserer Partei zu Eurem Parteitag eingeladen wurde. Gestattet mir, im Auftrage des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Euch, den Delegierten des Parteitages und in Eurer Person allen Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Arbeiterklasse und allen Werktätigen unseren herzlichen Brudergruß zu entbieten.

Gestattet mir, Eurem Parteitag größten Erfolg bei seiner Arbeit zu wünschen.

I.

Der Parteitag der Kommunisten Westdeutschlands tagt in einer bedeutungsvollen Zeit. Der Sozialismus trägt im friedlichen Wettbewerb der beiden sozialen Systeme immer neue Siege davon. Der Einfluß des sozialistischen Systems auf das Weltgeschehen wächst von Jahr zu Jahr. Der Kapitalismus versinkt immer tiefer im Sumpf seiner Widersprüche. Die Ideen des Marxismus-Leninismus setzen ihren historischen Vormarsch auf unserem Planeten fort, sie erringen neue Siege auch auf deutschem Boden.

Euer Parteitag findet kurz nach dem VI. Parteitag der SED statt, auf dem das Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR, dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat in der Geschichte Deutschlands angenommen wurde. Deutschland, Euer Heimatland bietet ein Beispiel, an dem man mit höchster Anschaulichkeit den Unterschied der beiden Wege der historischen Entwicklung sehen kann. Die Deutsche Demokratische Republik hat entschieden den Weg des sozialistischen Aufbaus beschritten und wurde zum Bestandteil des sozialistischen Weltsystems. Sie hat alle nationalen Reichtümer des Landes in die Hand der Arbeiter, Bauern und der werktätigen Intelligenz übergeführt und sie vom Joch der kapital-

stischen Ausbeutung befreit. Die DDR ist zum Bollwerk des Sozialismus und des Friedens im Zentrum Europas geworden und hat mit ihrer Friedenspolitik die Sympathien der fortschrittlichen Kräfte Deutschlands, der Werktätigen aller Länder erobert.

Ganz anders verläuft die Entwicklung in Westdeutschland. Die dort herrschenden Kräfte des Monopolkapitals drängen gemeinsam mit dem Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika, der als Weltgendarm auftritt und im Bündnis mit den Imperialisten der anderen NATO-Länder Westdeutschland immer weiter auf den gefährlichen Weg des Militarismus, des Revanchismus und der Beseitigung der demokratischen Rechte der Werktätigen. Dieser reaktionäre politische Kurs der Bonner Machthaber wirkt sich immer verderblicher auf die Lage im Lande aus. Nach einem Jahrzehnt der Hochkonjunktur gerät Westdeutschland in eine Periode wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die „Politik der Stärke“ gerät in eine Krise, es entstehen heftige soziale Konflikte.

Das Referat des Genossen Max Reimann enthält eine eingehende Analyse der Lage in Eurem Lande. Der Bericht des Zentralkomitees der KPD umreißt ein wahrheitsgetreues Bild von der Verschärfung der Klassengegensätze und zeigt das Anwachsen der Massenbewegung in der Bundesrepublik, deren Höhepunkt der Streik der Metallarbeiter von Baden-Württemberg war. Diese Bewegung spiegelt wider, wie die Unzufriedenheit des Volkes mit der Willkür der Monopole, der Politik, die die Lasten des Wetrüstens auf die Schultern der Werktätigen abwälzt, wächst. In der letzten Zeit hat sich auch die Unzufriedenheit der Bauernschaft mit der reaktionären Politik der Bonner Regierung sehr verstärkt. In einigen Fällen nimmt sie bereits die Form des offenen scharfen Protestes gegen die Ruinierung der Bauernwirtschaften an. **So entsteht eine günstigere Situation für die Arbeit der Kommunistischen Partei unter den werktätigen Massen, unter den Arbeitern und Bauern.**

Die zahlreichen Tatsachen, die im Bericht des ZK angeführt werden, zeigen, **daß die Kommunistische Partei Deutschlands lebt und mit aller revolutionärer Energie kämpft.** Die Partei löst die unter den Bedingungen der Illegalität äußerst komplizierten Aufgaben zur Festigung ihrer Verbindungen mit den Massen. Es ist angenehm und erfreulich, in diesem Saal Genossen, Funktionäre der Parteiorganisationen zu sehen, die inmitten der Volksmassen leben und arbeiten — unter den Bergleuten und Metallarbeitern, Eisenbahnern und Textilarbeitern, Hafenarbeitern und Werktätigen der Energiewirtschaft, unter den Bauern und den Geistes-schaffenden. In der letzten Zeit hat Eure Partei bedeutenden Zuwachs aus den Reihen der Jugend erhalten. Das ist ein guter Anfang einer sehr wichtigen Sache. **Wir wünschen Euch von ganzem Herzen weitere Erfolge unter der Jugend, von deren Kampf und Arbeit die Zukunft Deutschlands in erheblichem Maße abhängt.**

Wir, die Kommunisten der Sowjetunion und alle Sowjetmenschen verfolgen mit größter Aufmerksamkeit und Sympathie den tapferen Kampf, den die Kommunistische Partei Deutschlands in einer schwierigen Situation führt. Das Sowjetvolk hat mehrfach seine Stimme zum Schutz der in die Kerker geworfenen ruhmreichen Söhne der Kommunistischen Partei Deutschlands erhoben — der Nachkommen der großen deutschen Revolutionäre Marx, Engels, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann.

Die Kraft des Marxismus-Leninismus — die Achillesferse des Antikommunismus

Genossen! Unsere Kraft besteht in unserer Treue zum Marxismus-Leninismus, der einzigen Lehre, die die großen Perspektiven unserer Epoche aufdeckt. Die Bourgeoisie hat keinerlei Ideen, die die Völker zu großen Taten begeistern könnten und kann sie nicht haben. Statt erhabener Ideale versucht die imperialistische Bourgeoisie, den Massen den Antikommunismus, diese vergiftete Waffe der Reaktion, aufzuzwingen. Sie glaubt, daß sie durch boshafte Verleumdung des sozialistischen Lagers, der fortgeschrittenen wissenschaftlichen Theorie des gesellschaftlichen Lebens die Massen verblenden und den Gang der Geschichte aufhalten kann. Aber der Antikommunismus hat seine schwache Seite, seine Achillesferse. Er zerstiëbt und zersplittert bei der Berührung mit den Tatsachen, mit der Lebenswahrheit. Nehmen wir die Geschichte einer beliebigen marxistisch-leninistischen Partei, so werden wir darin nicht wenige Seiten finden, die von schweren Zeiten berichten. Doch im ganzen ist das eine Geschichte der unaufhaltsamen Vorwärtsbewegung des Kommunismus. Niemand von uns zweifelt daran, daß Ihr mit dem gegenwärtigen wahrhaft heroischen Kampf Eurer Partei einen großen Beitrag zum zukünftigen Sieg des Sozialismus und Kommunismus in ganz Deutschland leistet.

Die gegenwärtige Lage in Deutschland ist bereits ein lebendiges Zeugnis dafür, daß der Prozeß des Überganges der Menschheit zu einer neuen Gesellschaft unaufhaltsam ist. Statt des deutschen Vorkriegsreiches der Kanonenkönige und Junker

gibt es jetzt zwei deutsche Staaten. Niemand zweifelt daran, daß die Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik gehört, dem sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern. Als der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Genosse Chruschtschow, im Januar dieses Jahres auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war, sagte er den Delegierten:

„Innen wird das ganze deutsche Volk unter dem Banner von Marx, Engels und Lenin folgen, welche Kräfte in Westdeutschland sich dem auch entgegenstemmen mögen.“)

Die Sowjetmenschen begrüßen jeden Erfolg der Deutschen Demokratischen Republik. Ihre Sache ist die Sache der ganzen fortschrittlichen Menschheit, jede Errungenschaft der DDR ist eine Errungenschaft des ganzen sozialistischen Systems im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus.

II.

Genossen! Ihr wißt, daß die KPdSU vor eineinhalb Jahren auf ihrem XXII. Parteitag das neue Programm unserer Leninschen Partei, das Programm des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft in der UdSSR beschlossen hat. Der Wahlspruch dieses Programms ist **Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Glück** für alle Völker. Es wird mit Recht als Kommunistisches Manifest unserer Epoche bezeichnet. Das Sowjetvolk hat dieses Programm zu seiner ureigensten Sache gemacht und arbeitet tatkräftig an seiner Verwirklichung. Es freut uns, Euch mitteilen zu können, Genossen, daß die großartigen Pläne, die das Programm vorsieht, mit Erfolg verwirklicht werden. Die Sowjetunion ist zu einem mächtvollen sozialistischen Staat, zur zweiten Industrie-Großmacht der Welt geworden, zu einem Land der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik.

Ihr alle habt dieser Tage den hervorragenden Dokumentarfilm „Das Russische Wunder“ gesehen, den die begabten Regisseure aus der DDR, die Genossen Annelie und Andrew Thorndike geschaffen haben. Er bringt in vielen Foto- und Filmdokumenten die große, vom Leben bestätigte Wahrheit über den schweren und ruhmreichen Weg zum Ausdruck, den unser Land in den Jahren der Sowjetmacht unter der Führung der Leninschen Partei gegangen ist — den Weg der Überwindung jahrhundertelanger Rückständigkeit zu solchen Höhen, die die Menschheit noch niemals vorher erreicht hatte. Dieses Wunder hat das Volk geschaffen. „Das Russische Wunder“ — das ist der Marxismus-Leninismus in Aktion.

Das Wachstum und Tempo bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus

Ich glaube, Genossen, daß es für Euch nicht uninteressant sein wird, zu erfahren, wie die materiell-technische Basis der kommunistischen Gesellschaft in der UdSSR von Jahr zu Jahr erstarkt.

Hüttenindustrie und Maschinenbau, chemische Industrie und die Elektrifizierung des Landes entwickeln sich heute in einem Tempo, von dem Lenin in den ersten Tagen des sozialistischen Aufbaus nur träumen konnte. Innerhalb von zehn Jahren hat die Hüttenindustrie der Sowjetunion rund 400 Millionen Tonnen Roheisen und über 550 Millionen Tonnen Stahl erzeugt, d. h. wesentlich mehr als im ganzen vorangegangenen Jahrhundert. Große Bedeutung wird in unserem Land der Entwicklung der Erzeugung von Elektroenergie geschenkt, dieses Hauptbestandteils der materiell-technischen Basis des Sozialismus und des Kommunismus. Lenin nannte den Plan für die Elektrifizierung des Landes das zweite Parteiprogramm. Die Leistung unserer Kraftwerke ist von 25,2 Millionen Kilowatt im Jahre 1952 auf 82,6 Millionen Kilowatt im Jahre 1962, also auf mehr als das Dreifache gestiegen. Erfolgreich werden an den Strömen Sibiriens neue Kraftwerke, die größten der Welt, gebaut.

Zusammen mit der Industrie beschleunigt auch die Landwirtschaft ihr Entwicklungstempo. Das veranschaulichen die Ergebnisse des Jahres 1962, in dem die größte Ernte in der ganzen Geschichte unseres Landes eingebracht wurde. Die mächtige Entwicklung der Produktivkräfte wurde hervorragend dadurch gefördert, daß die Partei das gesamte System der Leitung der Volkswirtschaft vervollkommnete. Wir haben die Partei- und die Sowjetorgane von der Basis bis zur Spitze nach dem Produktionsprinzip umgestaltet und die Leitungstätigkeit näher an die Betriebe und Baustellen herangeführt, das zeitigt bereits seine positiven Ergebnisse.

1) Rede des Genossen N. S. Chruschtschow auf dem VI. Parteitag der SED, Berlin 1963, Dietz Verlag, S. 14

Die Aufgaben unseres grandiosen Siebenjahrplanes werden nicht nur erfüllt, sondern auch übererfüllt. Unser Land ist jetzt den Vereinigten Staaten von Amerika buchstäblich auf den Fersen. Wir nähern uns den USA bei der Erzeugung von Stahl und Roheisen, haben sie bei der Gesamtproduktion von Milch und der Pro-Kopf-Produktion von Wollstoffen, tierischen Fetten, Weizen, Zucker, Zement und einigen anderen Erzeugnissen überflügelt. In den letzten Jahren liegt in unserem Land die absolute Zuwachsrate bei einer Reihe wichtigster Erzeugnisse höher als in den USA; damit verringern wir mit sicherem Schritt den Abstand im Gesamtniveau der Produktion. **Machte im Jahre 1953 der Umfang der Industrieproduktion der UdSSR noch 33 Prozent der Industrieproduktion der USA aus, so waren es im vorigen Jahr bereits 63 Prozent.**

Der Anschaulichkeit halber will ich noch ein Beispiel anführen. Vor dem Krieg erzeugte die Sowjetunion weniger Stahl als Deutschland — wir hatten 18,3 Millionen Tonnen und Deutschland 23,7 Millionen Tonnen. Jetzt steht die Bilanz so: Wir erzeugten im vorigen Jahr 76,3 Millionen Tonnen Stahl und das kapitalistische Deutschland 32,6 Millionen Tonnen. **Wir bauen neue Werke und Kraftwerke, schmelzen mehr Stahl und erzeugen mehr Landwirtschaftsprodukte nicht, um Privatunternehmer zu bereichern, sondern um ständig das Lebensniveau des gesamten Volkes zu erhöhen, damit jeder Sowjetmensch besser lebt.**

Die Sowjetunion steht jetzt in bezug auf Tempo und Umfang des Wohnungsbaues an erster Stelle in der Welt. In den letzten zehn Jahren hat sich der Wohnungsfonds in den Städten und Arbeitersiedlungen fast verdoppelt, haben 103 Millionen Menschen, d. h. fast die Hälfte der Bevölkerung unseres Landes den Einzug in neue Wohnungen gefeiert oder ihre Wohnbedingungen verbessert. Wir bauen jetzt so viel Wohnhäuser, wie niemand in der Welt. Dabei muß bemerkt werden, daß in jedem kapitalistischen Land die Wohnungsmiete einen großen Teil des Lohns der Arbeiter verschlingt, während sie bei uns die niedrigste der Welt ist und nicht mehr als 4 bis 5 Prozent des Arbeitseinkommens ausmacht.

Hervorragende Beachtung schenken wir der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Erholung und der kulturellen Entwicklung unserer Menschen. Alle Arbeiter und Angestellten in der Sowjetunion sind jetzt zum 7- bzw. 6-Stundentag übergegangen. Unser Land hat das vollkommenste System staatlicher Renten, ein allumfassendes System der unentgeltlichen ärztlichen Betreuung und der Bildung einschließlich der Hochschulbildung, ein ausgedehntes Netz kultureller Einrichtungen usw. Es genügt der Hinweis, daß in der Sowjetunion 60 Millionen Menschen, mehr als ein Viertel der Bevölkerung, in der verschiedensten Weise lernt oder sich weiterbildet. **Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß in der UdSSR dreimal so viel Ingenieure ausgebildet werden wie in den USA, ganz zu schweigen von Westdeutschland.**

In unserem Land ist die durchschnittliche Lebensdauer die größte in der Welt und die Kindersterblichkeit die geringste. Das allein zeugt schon davon, welche Sorge wir um die Gesundheit der Sowjetmenschen an den Tag legen.

Die sozialistische Demokratie wird ununterbrochen entwickelt und vervollkommenet. Sie ermöglicht der ganzen Bevölkerung die aktive Teilnahme am staatlichen und gesellschaftlichen Leben des Landes, an der Verwaltung des Staates, an der Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus.

Ergebnis des konsequenten Leninischen Kurses

Alle Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft, der Wissenschaft und Kultur, bei der Festigung der Verteidigungsbereitschaft unseres Landes, das in die Periode des umfassenden Aufbaus des Kommunismus eingetreten ist, sind das Ergebnis der konsequenten und unbeugsamen Verwirklichung des Leninischen Kurses, den der XX. und XXII. Parteitag der KPdSU ausgearbeitet haben; sie sind das Ergebnis der gewaltigen politischen, theoretischen und organisatorischen Arbeit des Zentralkomitees unserer Partei, an dessen Spitze der treue Leninist und unermüdliche Kämpfer für den Kommunismus und den Frieden, Genosse Chruschtschow, steht. Das gesamte Sowjetvolk unterstützt begeistert die Linie des schöpferischen Marxismus-Leninismus, die die Partei durchführt. Gemeinsam mit uns gehen die Völker der anderen sozialistischen Länder den Weg des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts.

Als das sozialistische Weltsystem entstand, waren nur drei Staaten hoch entwickelte Industrieländer — die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und die Deutsche Demokratische Republik. Jetzt sind solche unlängst noch wirtschaftlich rückständigen Länder wie Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien u. a. zu entwickelten Industrie- und Agrarstaaten geworden. Die Chinesische Volksrepublik und die anderen sozialistischen Länder Asiens bauen eine moderne Industrie auf und entwickeln ihre

Produktivkräfte. Auf die sozialistischen Länder entfällt gegenwärtig bereits mehr als 37 Prozent der industriellen und 40 Prozent der landwirtschaftlichen Weltproduktion. Damit hat der Sozialismus festen Fuß auf der Erde gefaßt und es gibt keine Kraft, die ihm den Weg verlegen könnte. Die Erfolge der sozialistischen Länder sind ein markantes Zeugnis der Lebenskraft der neuen Gesellschaftsordnung, die dem Aufschwung der Produktivkräfte und der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Menschen noch nie dagewesene Perspektiven eröffnet.

III.

Genossen! Zur Verwirklichung der grandiosen Pläne des Sozialismus und Kommunismus ist ein langwährender Frieden erforderlich. Hauptziel der Außenpolitik der KPdSU ist die Gewährleistung friedlicher Bedingungen für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in der UdSSR und für die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems und die Bewahrung der Menschheit vor einem vernichtenden thermonuklearen Krieg. Millionen Menschen in allen Erdteilen überzeugen sich immer mehr davon, daß das Land Lenins, das eine Politik der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlichem sozialem System betreibt, ein leidenschaftlicher Verfechter des Friedens und sein Hauptbollwerk ist.

Die Marxisten-Leninisten lassen sich heute von der wissenschaftlich fundierten und uns alle begeisternden Folgerung leiten: Die Menschheit kann schon heutzutage durch die vereinten Bemühungen des sozialistischen Weltsystems, der internationalen Arbeiterklasse, der nationalen Befreiungsbewegung, durch die Bemühungen aller Staaten, die gegen den Krieg Front machen und aller Friedenskräfte vor dem Grauen eines thermonuklearen Krieges bewahrt werden, die Menschheit kann die imperialistischen Räuber isolieren und ihnen eine Zwangsjacke anlegen.

Die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung wurde erneut durch die kürzlichen Ereignisse im Raum des karibischen Meers bestätigt. Nur dank den konsequenten und entschlossenen Aktionen der Sowjetunion, dank dem Heroismus des Volkes von Kuba, das von der aktiven Solidaritätsbewegung der Friedenskräfte unterstützt wurde, wurde die Menschheit vor einer thermonuklearen Katastrophe bewahrt. Die Beilegung der Krise im Raum des Karibischen Meeres flößte den Menschen die Hoffnung ein, es könne in den internationalen Beziehungen eine Wende eintreten. Die Sowjetregierung verwirklicht konsequent ihre Friedenspolitik und erstrebt gemeinsam mit den Regierungen der anderen sozialistischen Länder die allgemeine und vollständige Abrüstung, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Lösung des Westberlinproblems auf dieser Grundlage. Sie unternimmt alle Anstrengungen, um überall die Herde der Kriegsgefahr zu beseitigen, die ständig drohen können, in einen Weltkrieg hinüberzuwachsen.

Wir sehen, daß die Imperialisten sich über die Hoffnungen der Völker hinwegsetzen, sie beschleunigen das Wettrüsten, entfachen die Kriegsspsychose, spitzen die internationale Lage einmal an dieser und einmal an jener Stelle des Erdballs zu. Bei weitem nicht die letzte Rolle spielt bei diesem gefährlichen Unternehmen der in Westdeutschland wiedererstandene Militarismus, dieser schlimmste Feind der Freiheit, der Demokratie und des Friedens.

Bändigung des westdeutschen Militarismus — dringendste Aufgabe der Gegenwart

Gegenwärtig ist die Gefahr für den Frieden in Europa infolge der militärisch-politischen Abmachungen Frankreichs und Westdeutschlands gestiegen. Diese Abmachungen sind gleichsam ein Rammbock, mit dem man gegen das Gebäude des europäischen Friedens ausholt, das ohnehin noch kein festes Fundament hat. Genauso hat die von den Rädelsführern der NATO vorbereitete Aufstellung „multinationaler“ oder „multilateraler“ Kernstreitkräfte das Ziel, den westdeutschen Militaristen Zutritt zu den Kernwaffen zu gewähren.

Das setzt Europa der Drohung aus, daß ein thermonuklearer Krieg entfesselt wird. Deshalb ist die **Bändigung des westdeutschen Militarismus und Revanchismus eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart.**

Es ist klar, daß das Kriegsgeschrei aus Bonn die Sowjetmenschen nicht schrecken kann und das umso mehr, da jetzt ganz andere Zeiten sind als damals, da Hitler seinen wortbrüchigen Feldzug gegen den Osten begann. Wir und Ihr, deutsche Genossen, sind aus einem anderen Grunde besorgt. Die gerade noch mit einem blauen Auge davongekommenen Hitlergenerale haben offensichtlich nichts dazu gelernt, dabei befähigen sie jedoch die Bundeswehr. Sie haben nicht nur ihre totale Niederlage im Krieg gegen die Sowjetunion vergessen. Sie sind anscheinend so stumpfsinnig, daß sie sich nicht vorstellen können, welch furchtbarer Schlag

Westdeutschland erwartet, wenn sie ihren „Drang nach Osten“ erneut ausprobieren sollten. Ganz gleich, mit welchen Verbündeten sie diesen Versuch machen würden, das Ergebnis kann nur eins sein: Eine absolute und alles zertrümmernde Niederlage durch einen momentanen Gegenschlag mit der Raketen- und Kernwaffe, aus der man sich nicht mehr aufrichten kann. Uns und Euch, Genossen, ist klar, wie wichtig es ist, es nicht so weit kommen zu lassen. **Dabei geht es nicht um die Sowjetunion — sie wird sich zu schützen wissen. Es geht in erster Linie um das Geschick des deutschen Volkes, darum, daß dieses Volk selbst die Gefahr einer Katastrophe von sich abwendet.**

In der Programmatischen Erklärung Eures Parteitagcs sind realistische Schritte auf dem Wege der Annäherung und der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands vorgesehen. Dabei werden die Leitsätze berücksichtigt, die die SED und die Regierung der DDR in den bekannten sieben Punkten des Genossen Walter Ulbricht über den Abschluß eines Abkommens der Vernunft und des guten Willens zwischen den beiden deutschen Staaten formuliert haben. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder setzen sich beharrlich für die Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages und die Verwandlung Westberlins in eine Freie Stadt auf dieser Grundlage ein. Bekanntlich ist es den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik gelungen, einige Schichten der Bevölkerung mit Stimmungen des Chauvinismus und Revanchismus zu infizieren. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß die Arbeiterklasse der Bundesrepublik, die Bauernschaft, die werktätige Intelligenz, die Vertreter anderer sozialer Gruppen über die verhängnisvolle Politik der Vorbereitung eines neuen Krieges beunruhigt sind. Das Unglück besteht darin, daß ein großer Teil dieser Bevölkerungsschichten der wachsenden Kriegsgefahr noch passiv gegenübersteht. **Daraus erwächst die unabdingbare Aufgabe, alle Bevölkerungsschichten zum Kampf gegen die Politik der militärischen Abenteuer zu erwecken, zu aktivieren, zu organisieren.**

Ihr wißt, Genossen, daß in der gegenwärtigen Etappe sich reale Möglichkeiten zur Lösung dieser Aufgabe entwickeln. Davon zeugen insbesondere die Beschlüsse des vorjährigen 6. Kongresses des DGB sowie die kürzlichen Ostermärsche der Kernwaffengegner. Mit der Entfaltung des Friedenskampfes schlägt die Vorhut der Arbeiterklasse der Bundesrepublik gleichzeitig die Offensive der Monopolisten auf die Rechte und Lebensinteressen der Werktätigen zurück. Der tapfere Kampf der Metallarbeiter von Baden-Württemberg hat bei der Arbeiterklasse der anderen Länder weitgehende Sympathie ausgelöst. Die Werktätigen der Sowjetunion verfolgen aufmerksam den Streik. Die Gewerkschaft der Maschinenbauer der UdSSR sprach ihre Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern aus.

Angesichts dieser Tatsachen ist die verräterische Rolle der Apostel des Antikommunismus und der Feinde der Arbeitereinheit, die sich in der Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands breit machen, besonders klar zu sehen. Sie tun alles, um die Arbeiterklasse mit den Militaristen und Revancheheutzern auszusöhnen. Die gegenwärtige Führung der SPD steht am äußersten rechten Flügel der europäischen Sozialdemokratie. **Zugleich müssen wir in den Reihen der SPD diejenigen klar erkennen, die sich der Abtrünnigkeit ihrer Führer schämen, diejenigen, die am Standpunkt der Verteidigung der Lebensinteressen und der Rechte der Arbeiterklasse festhalten und um dessentwillen zur Aktionseinheit aller Trupps der Werktätigen bereit sind. Wir müssen geduldig und beharrlich in den Reihen der Sozialdemokratie nach allen Leuten suchen, die einverstanden sind, sich zusammen mit den Kommunisten an der großen Schlacht für Frieden und Fortschritt zu beteiligen.**

Vormarsch des Kommunismus unaufhaltsam

Genossen! In der Vorhut des Kampfes der Menschheit gegen die imperialistische Reaktion, für Frieden, Demokratie und Sozialismus schreiten die kommunistischen und Arbeiterparteien. Die Soldschreiber des Imperialismus schreien mitunter, daß die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern sich angeblich im Zustand des Niederganges befinden. Jedoch — Lügen haben kurze Beine. Die Wirklichkeit bringt täglich Beweise für die Erfolge der internationalen kommunistischen Bewegung. Vor kurzem hat Genosse Chruschtschow in seinen Antworten auf die Fragen des Direktors der italienischen Zeitung „Giorno“ die verlogenen Erwägungen über den „Niedergang“ der kommunistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern entlarvt. Insbesondere sagte Genosse Chruschtschow:

„Hat das heutige Regime in der Bundesrepublik nach dem Beispiel Hitlers die Kommunistische Partei Deutschlands etwa deswegen verboten, weil diese Partei einen „Niedergang“ erlebt?“

Euer Parteitag ist ein eindringliches Zeugnis dafür, daß die Bonner Reaktion mit dem Verbot Eurer Partei, mit dem Terror und der Verfolgung Eurer Genossen nicht in der Lage war, die Kampfkampfschlossenheit der deutschen Kommunisten zu brechen.

Es ist nicht das erste Mal, daß unsere Feinde zu Repressalien gegen die Kommunisten greifen. Gegenwärtig müssen in der kapitalistischen Welt 37 kommunistische Parteien unter den Bedingungen der Illegalität arbeiten. Wie oft glaubten die Gegner des Kommunismus, diese oder jene Partei sei „vernichtet“, „aus dem politischen Leben gestrichen“. Als begraben wurden seiner Zeit auch solche kommunistischen Parteien erklärt, die jetzt Staaten regieren, die die größten und stärksten Parteien der kommunistischen Weltbewegung sind. Die historischen Erfahrungen haben endgültig bewiesen, daß man den Kommunismus nicht vernichten und nicht begraben kann. Anders kann es auch nicht sein, denn die Ideen des Kommunismus bahnen sich unweigerlich den Weg zu den Herzen und Hirnen der Menschen. Nur in Gestalt dieser Ideen finden die breitesten Volksmassen eine zuverlässige Waffe im Kampf für ihre Lebensinteressen.

Vor dem zweiten Weltkrieg gab es kommunistische Parteien in 43 Ländern, die etwas über 4 Millionen Kommunisten in ihren Reihen zählten. Heute gibt es in der Welt fast 90 kommunistische Parteien in den verschiedenen Ländern und die Gesamtzahl ihrer Mitglieder übersteigt 42 Millionen. Das ist die große Armee der Kämpfer für den Kommunismus.

Die Stärke der kommunistischen Weltbewegung besteht in ihrer Einheit, in ihrer Treue zum Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus. Bekanntlich sind die Hauptaufgaben der kommunistischen und Arbeiterparteien in der gegenwärtigen Etappe in den Dokumenten festgelegt, die auf den internationalen Beratungen in den Jahren 1957 und 1960 beschlossen wurden. In diesen Dokumenten wird die Notwendigkeit unterstrichen, die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu festigen. Unsere Partei hält sich in ihrer Tätigkeit unentwegt an diese Programm-Dokumente.

Die KPdSU führt zusammen mit allen Bruderparteien, ausgehend von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, nach wie vor einen konsequenten Kampf sowohl gegen den Revisionismus als auch gegen den Dogmatismus und das Sektierertum, für die Einheit und den kämpferischen Zusammenhalt der kommunistischen Weltbewegung. Es ist bekannt, daß die KPdSU in ihrer Fürsorge um die Festigung der Einheit der Reihen der kommunistischen Bewegung und des Zusammenhalts der sozialistischen Weltgemeinschaft eine Reihe von Schritten unternommen hat, die auf die Überwindung der in letzter Zeit entstandenen Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Bewegung gerichtet sind. Diese Schritte haben bei den marxistisch-leninistischen Bruderparteien großen Widerhall und weitgehende Unterstützung gefunden. Ihr wißt, daß auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem ZK der KPdSU und dem ZK der KP Chinas für den 5. Juli dieses Jahres eine Zusammenkunft von Delegationen unserer Parteien vorgesehen ist. Unsere Partei wird, ausgehend von den Interessen der Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung ihrerseits alles erforderliche tun, um alle Kräfte des Kommunismus im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus, zusammenzuschließen. **Wir sehen es als unsere Pflicht an, auch weiterhin die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung unter dem großen Banner des Marxismus-Leninismus zu stärken.**

Liebe Genossen! Es ist angenehm, feststellen zu können, daß zwischen unseren Parteien — der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Deutschlands — wahrhaft brüderliche Beziehungen bestehen und Übereinstimmung unserer Anschauungen zu allen grundsätzlichen Fragen vorhanden ist.

Die Sowjetmenschen bewundern die Tapferkeit der westdeutschen Kommunisten, die weder polizeiliche Verfolgungen noch Kerker fürchten. Wenn wir von Euren großen und kleinen Siegen lesen, denken wir an die unsterblichen Worte des großen Lenin, der sagte:

„Das deutsche Proletariat ist der treueste, zuverlässigste Verbündete der russischen und der internationalen proletarischen Revolution.“^{*)}

Liebe Genossen! Gestattet mir im Auftrag des Zentralkomitees der KPdSU das Grußschreiben an Euren Parteitag zu verlesen.

^{*)} Lenin, Werke, Band 23, S. 386

Grußadresse der KPdSU an den Parteitag der KPD

„An den Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion entbietet dem Parteitag der brüderlichen Kommunistischen Partei Deutschlands, allen westdeutschen Kommunisten herzliche Grüße und wünscht dem Parteitag erfolgreiche und fruchtbringende Tätigkeit.

Die sowjetischen Kommunisten, das Sowjetvolk, schätzen das edelmütige Wirken der Kommunistischen Partei Deutschlands hoch ein, die auf einem verantwortlichen Abschnitt des Kampfes für die Erhaltung des Friedens steht und die westdeutschen Werktätigen im Geiste des Friedens und der Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion, mit den Völkern aller Länder erzieht, Dank der Unterstützung durch die aggressiven Kreise des internationalen Imperialismus verwandelten die westdeutschen Militaristen die Bundesrepublik Deutschland in den Hauptherd, der den Frieden in Europa bedroht. Sie erheben offen Ansprüche auf fremde Territorien und streben nach der Atomwaffe, um diese Waffe für Revancheziele zu verwenden. Die Politik der Kriegsvorbereitungen ist mit der Beseitigung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, mit der Fälschung des gesellschaftlichen und politischen Lebens des Landes verbunden. Die Spitze dieser verbrecherischen Politik ist vor allem gegen Eure Partei gerichtet, die in die Illegalität versetzt wurde.

Die Kommunisten der Sowjetunion und aller anderen Länder stellen mit Freude fest, daß die grausamen Repressalien den kämpferischen Geist der Kommunisten Westdeutschlands nicht gebrochen haben. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor dem deutschen Volk und der Geschichte führt die Kommunistische Partei Deutschlands einen mutigen Kampf gegen Militarismus und Revanchismus, für Völkerfrieden. Die Kommunistische Partei Deutschlands setzt sich dafür ein, daß die Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschland die große Verantwortung tief versteht, die sie für das Schicksal Deutschlands und für die Vorbeugung der Gefahr eines Atomkrieges trägt. Sie tritt konsequent für den deutschen Friedensvertrag und für die Normalisierung der Lage in Westberlin auf seiner Grundlage, für die Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten ein. Die Kommunisten verteidigen selbstlos die wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen und leisten den Versuchen der Monopole Widerstand, das Joch des Wettrüstens dem Volk aufzuerlegen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hält das Banner von Marx, Engels, Lenin, das Banner des proletarischen Internationalismus hoch und tritt aktiv für die Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, auf Grundlage der Dokumente der Moskauer Beratungen der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien ein.

Wir wünschen Euch, liebe Genossen, und in Eurer Person allen Kommunisten Westdeutschlands weitere Erfolge in der edelmütigen Tätigkeit für das Wohl des deutschen Volkes, im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse und die Geschlossenheit aller nationalen demokratischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland für Frieden, Demokratie und die Verwirklichung der sozialistischen Ideale der Arbeiterklasse.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands — der Kampftrupp der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Bundesrepublik Deutschland!

Es lebe die Freundschaft zwischen den Völkern Deutschlands und der Sowjetunion!

Es lebe das siegreiche Banner des Marxismus-Leninismus! (Starker Beifall)

Das Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“

Lenin-Kampfbanner der KPD übergeben

Liebe Genossen!

Gestattet mir, im Auftrage des Zentralkomitees der KPdSU der Kommunistischen Partei Deutschlands als Zeichen der brüderlichen Freundschaft unserer beiden Parteien dieses rote Banner mit dem Bild Wladimir Iljitsch Lenins, des großen Führers und Lehrers aller Werktätigen, zu überreichen. (Stürmischer Beifall) Die Gestalt des unsterblichen Lenin, des großen Führers und Lehrers aller Arbeiter, begeistert Hunderte Millionen in der ganzen Welt, die unter Führung der kampfgestählten marxistisch-leninistischen Parteien für die lichte Zukunft der

Menschheit kämpfen. Wir freuen uns, daß wir dieses Banner im Namen der Kommunisten des Heimatlandes Lenins den Kommunisten des Heimatlandes von Marx und Engels überreichen können. (Starker Beifall)

Möge dieses rote Banner alle Kommunisten für neue Siege im Kampf um den Triumph der Ideen des Marxismus-Leninismus begeistern. (Lebhafter Beifall)

(Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen und singen die „Internationale“, Hochrufe auf die Kommunistische Partei der Sowjetunion werden ausgebracht.)

KPTsch und KPD verbunden durch alte Kampftraditionen und Solidarität

Genosse Bohuslav Lastowicka, Mitglied des ZK der KPTsch

Teure Genossen und Genossinnen!

Gestattet mir, daß ich im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei den Delegierten des Parteitages und der gesamten heldenhaften Kommunistischen Partei Deutschlands die herzlichsten Grüße des Zentralkomitees, der gesamten Partei und des tschechoslowakischen Volkes übermittle. Gleichzeitig übermittle ich den Wunsch für vollen Erfolg der Arbeit Eures Parteitages. Ich bin glücklich, daß mir die Ehre zuteil wurde, an diesem Parteitag teilzunehmen, der mit seinem Inhalt und Geiste in der Geschichte der KPD ohne Zweifel denkwürdig bleibt.

Die KPTsch verfolgt mit großen Sympathien jeden Erfolg der brüderlichen KPD, denn unsere beiden Parteien sind verknüpft durch alte Kampftraditionen und Solidarität. Sie bewährte sich im gemeinsamen Kampfe für die Niederrückung des Faschismus. Sie bleibt auch weiter ein lebendiges Gebot im Kampfe gegen die Nachfolger des Naziregimes, die die Revanche für die Niederlage zu einem ihrer Hauptziele gemacht haben. Gegen diese Tätigkeit arbeiten wir, unter anderem, Hand in Hand bei der Entlarvung der faschistischen Kriegsverbrecher, damit sie aus ihren Posten vertrieben werden, wo sie für die Wiedererrichtung des Faschismus tätig sind. Diese unsere Zusammenarbeit brachte schon einige Erfolge.

In seiner reaktionären Tätigkeit bemüht sich das Bonner Regime durch die sogenannte Hallstein-Doktrin, wo möglich gutnachbarliche Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu verhindern. Das entspricht ihrem Kurs auf die Störung der friedlichen Koexistenz und der Entfaltung des nationalen Chauvinismus und Revanchismus. Damit ist sie auch bestrebt, die Wahrheit über die sozialistischen Länder vor dem Volke zu verheimlichen. Mit dieser und mit seiner Rüstungspolitik stellt das Adenauer-Regime eine außerordentlich große Gefahr für den Frieden dar. Die KPTsch ist gemeinsam mit den Bruderparteien bestrebt, die friedliebenden Länder der Welt gegen die Gefahr des Bonner Revanchismus zu mobilisieren, die einen Atomkrieg zu entfesseln drohen. Die revanchistischen Pläne haben allerdings keine Aussicht auf Erfolg. Sie stoßen auf das mächtige sozialistische Lager.

Auf dem Boden Deutschlands entwickelt sich erfolgreich der Staat der Arbeiter und Bauern: die Deutsche Demokratische Republik, welche die Repräsentantin der besten Traditionen des deutschen Volkes ist. Sie ist eine gewaltige Kraft im Kampfe aller fortschrittlichen Menschen, gegen die Revanchepolitik und die Vorbereitung des Atomkrieges. Die revanchistischen Pläne stoßen auf den Widerstand der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik selbst. Bei der Zunichtemachung dieser Pläne spielt die KPD eine führende Rolle. In diesem Zusammenhang tritt besonders die Bedeutung der Tatsache hervor, daß bei den letzten großen Streikkämpfen die Autorität und der Einfluß der KPD bedeutend stiegen. Dies stellt einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Niederlage des Adenauer-Regimes dar.

Die letzten Streikkämpfe der deutschen Arbeiterklasse bewiesen auch beispielgebend die ganze Verlogenheit der bürgerlichen Propaganda vom Klassenfrieden und vom sogenannten Wohlfahrtsstaat. Das freche Verhalten der westdeutschen Monopolkapitalisten zeigte augenscheinlich den wahren Charakter der verlogenen Bonner bürgerlichen Demokratie. Das deutsche Volk erkennt allmählich, daß die Wahrheit auf der Seite der Kommunistischen Partei Deutschlands und nicht auf der Seite ihrer Gegner ist, die sich vergebens bemühen, sie totzuschweigen. Das stellt einen positiven Schritt auf dem Wege zum Sozialismus in Westdeutschland dar. Damit haben auch die Versuche des Feindes, die Kommunistische Partei Deutschlands zu vernichten, eine weitere Niederlage erlitten. In Eurem Kampfe und Euren Er-

folgen erblicken wir eine Hilfe in unserem Aufbaubestreben, durch das wir unsererseits mit unseren Aufbauarbeiten wiederum zu Eurem Kampf beitragen.

Teure Genossinnen und Genossen! Gestattet mir, daß ich den Parteitag kurz informiere, wie die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ihre Aufgaben in der gemeinsamen Front des Friedens und Fortschritts erfüllt.

Wir konzentrieren unser gesamtes Bestreben auf den ökonomischen Aufbau unseres Landes, für die Stärkung des sozialistischen Lagers und des Lagers des Friedens. In kurzer Zeit konnte das Volk der CSSR unter der Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, das Niveau der Industrieproduktion im Verhältnis zur Vorkriegszeit auf das Viereinhalbfache heben und damit auch das Lebensniveau bedeutend erhöhen. Gegenwärtig ist es unser Bestreben, gemeinsam mit den Bruderparteien der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe enger wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, um eine höhere Stufe der sozialistischen Arbeitsteilung zu erzielen, um besser alle Vorteile des sozialistischen Systems auszunützen, um das Tempo der Entwicklung des sozialistischen Lagers zu beschleunigen — um somit den Kapitalismus auch auf ökonomischem Gebiet rasch einzuholen und zu überholen.

In unserem Aufbaubestreben müssen wir auch verschiedene Hindernisse, wie zum Beispiel die Folgen des heurigen harten Winters, überwinden, der die Erfüllung der Wirtschaftspläne in den ersten Monaten dieses Jahres ungünstig beeinflußte. Durch das sozialistische Bewußtsein und den freiwilligen Arbeitsenthusiasmus unseres Volkes konnten wir schon einen bedeutenden Teil des Rückstandes aufholen. Die Überlegenheit des sozialistischen Systems hat sich in jeder Hinsicht von neuem bewiesen.

Teure Genossen! Wir versichern Euch, daß wir unermüdlich bestrebt sind, restlos alle unsere wirtschaftlichen, politischen, ideologischen Aufgaben und unsere internationalen Verpflichtungen gegenüber den Bruderparteien und der internationalen revolutionären Bewegung zu erfüllen. Die Treue gegenüber allen Leninschen Prinzipien, die in den Dokumenten der Moskauer Beratungen der kommunistischen und revolutionären Arbeiterparteien ausgedrückt sind, die Treue gegenüber den Ideen des XX. und des XXII. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat sich sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab als fruchtbar erwiesen. Wir werden deshalb alles tun, damit die Einheit der revolutionären Weltbewegung in diesem Geiste gestärkt und gefestigt werde. Wir unterstützen vollkommen die fruchtbare Initiative und die entsprechenden Schritte der KPdSU. Die Einheit der Bruderparteien ist eine Grundbedingung des Sieges des Sozialismus und des Friedens!

Es lebe die heldenhafte Kommunistische Partei Deutschlands! Möge sich ihr Kampf für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland erfolgreich entfalten!

Es lebe die ruhmreiche Kommunistische Partei der Sowjetunion, die als Avantgarde theoretisch und praktisch der gesamten revolutionären Weltbewegung den Weg nach vorwärts bahnt!

Es lebe die unverbrüchliche Solidarität und Einheit aller Bruderparteien!

(Starker herzlicher Beifall, zu dem sich die Delegierten von ihren Plätzen erheben)

Für feste Freundschaft zwischen dem polnischen Volk und den Werktätigen Westdeutschlands

Begrüßungsansprache des Genossen Roman Nowak, Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Werte Genossen!

Im Namen des Zentralkomitees der PVAP, im Namen der Werktätigen Volcpolens möchte ich Ihrem Parteitag herzlichste Grüße übermitteln und Ihnen fruchtbare Beratungen wünschen. Von diesem Rednerpult aus entbieten wir zugleich Grüße und Worte der Anerkennung der polnischen Kommunisten und Werktätigen für alle deutschen Antifaschisten, für die Kämpfer um Frieden, demokratische Rechte und sozialen Fortschritt in Westdeutschland.

Ihr Parteitag ist ein Beweis dafür, daß trotz des Polizeiterrors und der Verschärfung des antikommunistischen Kesseltreibens sowie der Militarisierung Westdeutsch-

lands die KPD standhaft ihre Tätigkeit für Demokratie, Frieden und Sozialismus weiterführt. Wir schätzen den Kampf der KPD gegen unseren gemeinsamen Feind, den westdeutschen Imperialismus und Revisionismus, hoch ein. Nichts ist dringlicher und edler als der weitere hartnäckige, unaufhörliche Kampf aller Werktätigen gegen die wiedererstehenden Kräfte des Militarismus und der Revanche. Uns freut jeder Erfolg Eurer Partei, den sie im Streben nach der Entwicklung und Festigung der gemeinsamen Front der westdeutschen werktätigen Massen gegen die Atompolitik der Bonner Regierung, die den Frieden in Europa und der Welt gefährdet, erzielt. Die Kommunistische Partei Deutschlands und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei sind einander nahe durch die gemeinsame marxistisch-leninistische Ideologie, die gemeinsamen Traditionen im Kampfe gegen Reaktion und Faschismus und auch dadurch, daß wir in Schlüsselfragen unserer Epoche den gleichen Standpunkt einnehmen.

Werte Genossen! Die Ereignisse in der Welt haben voll und ganz die Richtigkeit der Einschätzung der internationalen Lage bewiesen, die von den Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1957 und 1960, gestützt auf die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung und den überaus fruchtbaren Beitrag der letzten Parteitage der KPdSU vorgenommen wurden. In dieser neuen internationalen Lage wird die Hauptentwicklungsrichtung der Menschheit nicht vom Kapitalismus und Imperialismus bestimmt, sondern vom weltweiten sozialistischen System und allen Kräften, die um den Fortschritt in der Welt kämpfen. Gestützt auf ihr wachsendes Industrie- und Verteidigungspotential können die sozialistischen Länder im Bündnis mit allen antiimperialistischen Kräften die reale Aufgabe vor die Menschheit stellen, einem Weltkrieg vorzubeugen und ihn aus dem Leben der Völker noch vor dem vollständigen Sieg des Sozialismus auf der Welt zu verbannen. Das ist der tief humanistische und mit den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen im Einklang stehende Sinn der Politik der friedlichen Koexistenz.

Die Politik der friedlichen Koexistenz wurde von der ganzen Menschheit zu Recht als ein Beitrag der Kommunisten zur Verteidigung der Weltzivilisation, die durch die Atomrüstungen der NATO-Imperialisten gefährdet wird, angesehen. Sie brachte und bringt der kommunistischen Bewegung neue Millionen von Verbündeten und Freunden ein.

Werte Genossen! Ihr Parteitag findet in einem Augenblick statt, da in einer Reihe von Ländern Westeuropas ein neuer Umschwung der werktätigen Massen nach links erfolgt. Im Ergebnis der schöpferischen Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus haben unsere italienischen Freunde einen großen Wahlsieg davongetragen. Mit Siegen wurden die großen Streikkämpfe in Frankreich, Belgien, Italien und Westdeutschland gekrönt. Die arbeitenden Massen Polens begrüßen mit höchster Solidarität diese heldenhaften Kämpfe. Diese Kämpfe beweisen nochmals, daß die Grundlage der Siege nur eine Aktionseinheit aller Werktätigen sein kann. Sie stellen auch unter Beweis, daß der Gemeinsame Markt und andere monopolistische Gruppierungen den Hauptgegensatz des Kapitalismus, den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, verschärfen.

Unter den werktätigen Massen Westeuropas verbreitet sich ein gewaltiger Strom des Widerstandes gegen die Politik der Atomrüstungen. Es wachsen die Reihen derjenigen, die für die Einstellung jeglicher Kernwaffenversuche, für Abrüstung eintreten. Im Bewußtsein der arbeitenden Menschen reift immer mehr das Verständnis für die Wahrheit heran, daß die Welt, wenn sie sich von der Gefahr eines Atomkataklismus befreien soll, den Weg der allgemeinen und vollständigen Abrüstung einschlagen muß.

Um den Frieden in Europa und auf der Welt zu festigen, muß man endlich die entsprechenden Schlussfolgerungen aus der Tatsache ziehen, daß es zwei deutsche Staaten gibt. Das polnische Volk, dem in der Vergangenheit die Verbrechen der deutschen Militaristen und Faschisten so viel Leid zugefügt, ist lebendig an einer friedlichen und zugleich realistischen Lösung der deutschen Frage und des Westberlin-Problems im Sinne der bekannten Vorschläge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken interessiert. Eine solche Regelung der deutschen Frage wäre von großer Bedeutung für die Sicherheit aller Nachbarn Deutschlands, für den Frieden in ganz Europa, auch in Westeuropa, wo die aggressiven Kreise der Bonner Militaristen Vorrangstellung gewinnen wollen.

Auch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone wäre ein Faktor, der helfen würde, die Lage in Mitteleuropa zu normalisieren. Für die Bildung einer solchen Zone, die im Sinne des von der polnischen Regierung gemachten Vorschlags Polen, die Tschechoslowakei, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland umfassen würde, und der seitens der Regierungen der DDR und der Tschechoslowakei Unterstützung fand, sprechen sich immer breitere gesellschaftliche

Kreise vieler Staaten der Welt aus. Wir sind der Meinung, daß der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den NATO-Staaten und den Signatarländern des Warschauer Vertrages, die Anerkennung und Garantierung der nach Zerschlagung des Hitlerfaschismus im zweiten Weltkrieg festgelegten Grenzen beider deutschen Staaten, die volle Wahrung der Souveränität der DDR, der Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf anachronistische Doktrinen des kalten Krieges wie die Hallstein-Doktrin ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Festigung des Friedens sein würden. Im Interesse des Friedens ist eine realistische Einstellung der Bundesrepublik Deutschland zu den Veränderungen, die sich in Europa nach dem Krieg vollzogen haben, notwendig. Die Grenzen der sozialistischen Länder sind gut gesichert, und keine Machenschaften der Bonner Militaristen können hier etwas ändern.

Feste Freundschaft zwischen der DDR und Volkspolen

Die Beziehungen zwischen unserem Land und der Deutschen Demokratischen Republik sind voll normalisiert und entwickeln sich auf der Basis der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses. Unsere beiden Völker festigen ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des Rates der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe, entwickeln ihre Beziehungen. Die Bande der Freundschaft zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik sind ein Beweis dafür, daß unter den Bedingungen der Volksmacht beide Nachbarvölker brüderlich miteinander zusammenleben und ihre sozialistische Zukunft aufbauen können.

Die Grenze an der Oder und Neiße trennt unsere Völker nicht; sie verbindet sie im gemeinsamen Kampf um Frieden und Sozialismus!

Werte Genossen! Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei sieht ihre Pflicht darin, die allseitige Festigung der Einheit, Solidarität und Geschlossenheit aller Länder des sozialistischen Lagers zu fördern. In dieser Einheit erblicken wir das Unterpfand für neue Siege im wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus. Unsere Partei tritt auch konsequent für die Festigung der Geschlossenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ein. Die Einheit von über 42 Millionen Kommunisten der ganzen Welt auf der Basis der Ziele, die in der Programmatischen Erklärung der 81 Parteien enthalten sind, ist von grundlegender Bedeutung für die weiteren Erfolge des Kampfes um Frieden und Sozialismus. Für jeden Kommunisten, für jede Bruderpartei gibt es keine höhere Pflicht als die Festigung dieser Einheit.

Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei hat voll und ganz die Vorschläge der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Einstellung öffentlicher Polemiken zwischen Bruderparteien unterstützt. Unsere Partei hat mit Zufriedenheit die Bereitschaft der Zentralkomitees der KPdSU und der KP Chinas begrüßt, die bestehenden Probleme und Meinungsverschiedenheiten auf einem zweiseitigen Treffen von Vertretern beider Parteien im Juli dieses Jahres in Moskau zu erörtern.

In den Reihen der wirtschaftlich entwickelten Länder

Werte Genossen! Geleitet von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, hat das polnische Volk die grauenhaften Kriegszerstörungen beseitigt und seinen Volksstaat auf so einen Stand gebracht, daß er heute mit in den Reihen der wirtschaftlich entwickelten Länder steht. Die polnische Industrie erzeugt heute pro Kopf der Bevölkerung neunmal mehr als vor dem Krieg. Unser Land baute im Jahre 1962 Seeschiffe mit einer Tragfähigkeit von 290 000 Brutto-Register-Tonnen, förderte fast 120 Millionen Tonnen Steinkohle. Wir verfügen über eine bedeutende Hüttenindustrie, einen Maschinenbau und eine chemische Industrie.

Große Leistungen haben wir in den während des Krieges grauenhaft zerstörten West- und Nordgebieten vollbracht, in denen gegenwärtig 8 Millionen Polen leben, wovon 3,2 Millionen Kinder sind, die schon dort geboren wurden. Die Volksmacht investierte nach dem Krieg in diesen Gebieten über 280 Milliarden Zloty. Wir haben dort eine große Arbeit auf dem Gebiet der Entwicklung der Industrie, Landwirtschaft und Kultur vollbracht.

Das polnische Volk schreitet unter Leitung seiner Partei siegreich auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus. In unseren Beziehungen mit den sozialistischen Ländern lassen wir uns von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, der Freundschaft und gegenseitigen Hilfe leiten. Wir festigen die Freundschaftsbände mit unserem mächtigen sozialistischen Nachbarn, der Sowjetunion, mit der Tschechoslowakei und unserem westlichen Nachbarn, der Deutschen Demokratischen Republik und den anderen sozialistischen Staaten. Unsere Partei ist überzeugt, daß eine immer engere Zusammenarbeit im gut verstandenen Interesse des sozialistischen

Aufbaus aller Länder der sozialistischen Gemeinschaft liegt, daß sie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt erleichtert und beschleunigt.

Werte Genossen! Unsere Delegation verfolgt mit Interesse die Beratungen Eures Parteitages über das wichtige Programm-Dokument und über die gesamte Tätigkeit Eurer Partei. Wir werden aus diesem Saal die Überzeugung mit nach Polen nehmen und sie den Mitgliedern unserer Partei übermitteln, daß der Parteitag der KPD die Standhaftigkeit der heldenmütigen Partei, deren Symbol Ernst Thälmann und Tausende deutscher Kommunisten und Antifaschisten, die ihr Leben im Kampf gegen Faschismus und Reaktion ließen, sind, dokumentiert hat. Wir wünschen Euch, Werte Genossen und allen Mitgliedern der brüderlichen KPD nochmals große Siege und Erfolge auf dem Wege zur Aktionseinheit aller Werktätigen im Kampfe gegen die Reaktion und den Militarismus, um Frieden, demokratische Rechte und sozialen Fortschritt, im Kampfe um das Recht zur öffentlichen legalen Tätigkeit Eurer Partei.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem polnischen Volk und den werktätigen Massen Westdeutschlands!

Es lebe die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung!

Es lebe der Frieden und Sozialismus!

(Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen zu langanhaltendem Beifall)

KPF und KPD gemeinsam gegen das Kriegsbündnis — für deutsch-französische Freundschaft

**Begrüßungsansprache des Vertreters der KPF, Genosse Georges Marchais,
Mitglied des Politbüros des ZK**

Liebe Genossen!

Im Namen der Kommunistischen Partei Frankreichs und ihres Zentralkomitees übermittle ich Euch die wärmsten und brüderlichen Grüße für Euren Parteitag, für Euer Zentralkomitee und für den Genossen Max Reimann.

Die französischen Kommunisten verfolgen mit lebhafter Aufmerksamkeit den Kampf der Kräfte des Friedens und der Demokratie, die in der Bundesrepublik trotz aller Schwierigkeiten wachsen und stärker werden. Euer Parteitag zeugt von den Fortschritten der Arbeiterbewegung und der Volkskräfte in Westdeutschland. Die westdeutschen Werktätigen und ihre Gewerkschaften zeigen eine große Kampfbereitschaft und einen gesteigerten Willen zur Führung des Klassenkampfes. Initiativen wie die Ostermärsche der Atomwaffengeegner haben sich im Geist eines breiten Zusammenschlusses entwickelt. Mehrere Ereignisse in der jüngsten Zeit haben gezeigt, daß angesichts des irrealen Charakters der Adenauer-Politik in den verschiedensten Kreisen Unruhe einzieht, selbst in gewissen Kreisen der westdeutschen Bourgeoisie.

Eure Partei leistet einen wirksamen Beitrag zur Sammlung der Massen in den Kämpfen für ihre Forderungen, gegen die faschistischen Notstandsgesetze und für den Frieden. Wir freuen uns, sehen zu können, daß sie in diesem Kampf Fortschritte macht. Die Tausende von Neuaufnahmen, das Erscheinen zahlreicher neuer Betriebszeitungen, die Abhaltung dieses schönen Kongresses bezeugen das. Gestattet mir, hier noch einmal die volle Solidarität unserer Partei mit den deutschen Genossen zu bekräftigen, die heute ihr Eintreten für Frieden und Demokratie mit ihrer Freiheit bezahlen. Wir werden weiter für die Freilassung dieser noch eingekerkerten Männer und Frauen kämpfen. Die französischen Kommunisten betrachten den Kampf gegen das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschland als eine praktische Verwirklichung des proletarischen Internationalismus und als eine wichtige politische Aufgabe in ihrem allgemeinen Kampf.

Die Kommunistische Partei Deutschlands spielt eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der friedliebenden und demokratischen Kräfte in Deutschland, die einen Faktor des Friedens und der Sicherheit für die Völker darstellen. Um den gemeinsamen Kampf zu verstärken, sind kürzlich Delegationen unserer beiden Parteien zu einem Meinungsaustausch zusammengekommen, der von einem Geist der Brüderlichkeit und des Vertrauens geprägt war. Gestattet mir, hier noch einmal zu sagen, daß die französischen Kommunisten mit tiefer Genugtuung die völlige Übereinstimmung festgestellt haben, die sich bei dieser Begegnung herausgestellt hat. Die Konferenz der sechs Kommunistischen Parteien der EWG-Länder, die in

Brüssel stattgefunden hat, trägt zur Entwicklung des Kampfes für Frieden und Demokratie in Europa bei. Unsere Parteien werden weiter für den mächtigen Aufschwung dieses Kampfes arbeiten.

Werte Genossen! „Jede Epoche“, schrieb Heinrich Heine im Jahre 1828, „stellt ihre Aufgabe, und mit der Lösung dieser Aufgabe schreitet die Menschheit voran“. Der wesentliche Inhalt der gegenwärtigen Epoche ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Unsere Epoche ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Systeme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Sieges des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab. Auf dem Boden Deutschlands zeugen die bemerkenswerten Fortschritte der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands von den Erfolgen des Sozialismus. **Die DDR ist der erste Friedensstaat in der Geschichte Deutschlands. Sie verkörpert die Zukunft der deutschen Nation.**

Gemeinsame Aufgaben der französischen und deutschen Kommunisten

Die Hauptfrage unserer Tage ist die Frage von Krieg und Frieden. Die gegenwärtige Lage stellt die deutschen und französischen Kommunisten, die deutschen und französischen Werktätigen vor eine besondere Verantwortung hinsichtlich der Erhaltung des Friedens und der Festigung der friedlichen Koexistenz. In Frankreich betreibt das gaullistische Regime die Bildung einer eigenen Atomstreitmacht, der „force de frappe“. Es verschärft damit die internationalen Spannungen, es trägt zur Vergrößerung der Zahl der Länder die Massenvernichtungswaffen besitzen, bei, es fördert die Bestrebungen der Bonner Regierung, nicht nur taktische Atomwaffen zu erlangen und an einer multinationalen Atomstreitmacht beteiligt zu sein, sondern auch zur Produktion von Atomsprengkörpern Zugang zu erhalten. Es gefährdet auf diese Weise die Sicherheit Frankreichs und seiner Nachbarstaaten. In der Bundesrepublik wird die Bundeswehr ausgebaut. Eine Reihe ihrer Offiziere bekleiden hohe Posten in der Führung der NATO. Die Bonner Regierung vervielfacht ihre Manöver, um in der einen oder anderen Form zu einer starken atomaren Bewaffnung zu gelangen. Bereits heute befinden sich taktische Raketen in den Händen westdeutscher Bataillone, die in den USA ausgebildet worden sind.

Der Abschluß des Vertrages zwischen de Gaulle und Adenauer stellt eine ernste Gefahr für unsere beiden Völker, für den Frieden in Europa und in der Welt dar. Das ist ein Vertrag der Generalstäbe und Monopole, eine Koalition der reaktionärsten Kräfte im Herzen Europas. Er ist offen gegen den Sozialismus gerichtet und gibt den westdeutschen Militaristen die Möglichkeit, ihre militärische Macht zu vergrößern, leichter Kernwaffen zu erlangen und sich so die Mittel zu verschaffen, um in der Verfolgung ihrer revanchistischen Ziele ein katastrophales Abenteuer anzufangen.

Wir bekräftigen unsere entschlossene Gegnerschaft zu diesem Vertrag, zu seiner Ratifizierung, der im Gegensatz zu dem, was die offizielle Propaganda vorgibt, nicht das Geringste mit einer Aussöhnung des deutschen und französischen Volkes im Interesse des Friedens und im Interesse der beiden Völker zu tun hat.

Die deutschen und französischen Kommunisten führen, indem sie für eine wirkliche Aussöhnung unserer beiden Völker im gemeinsamen Kampf für Frieden und Demokratie eintreten, die Tradition der Solidarität fort, die die fortschrittlichen Kräfte Deutschlands und Frankreichs schon in der Vergangenheit verbunden hat. Im Jahre 1871 haben sich die deutschen Sozialisten Verfolgungen ausgesetzt, weil sie die Annexion Elsaß-Lothringens durch Bismarck verurteilten, während Bismarck den französischen Ministerpräsidenten Thiers gegen die Pariser Kommune unterstützte.

Die echte deutsch-französische Freundschaft

Die Geburt des Marxismus selbst bezeugt das Zusammenfließen der Errungenschaften des Denkens und der Massenkämpfe in verschiedenen Ländern, besonders der deutschen Philosophie und der revolutionären Erfahrung der französischen Arbeiter. Wir Kommunisten vertreten die Auffassung, daß die echte deutsch-französische Freundschaft, die im Kampf gegen die faschistische Gefahr zum Ausdruck gekommen ist, als Ernst Thälmann am 31. Oktober 1932 vor den Pariser Werktätigen gesprochen hat und Maurice Thorez im Januar 1933 in Berlin an den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sprach. Diese deutsch-französische Freundschaft hat sich während des Krieges gezeigt in der Beteiligung deutscher Antifaschisten am Widerstandskampf in Frankreich, in der internationalen Lagerorganisation von Buchenwald, oder in den letzten Worten des französischen Kommunisten Jean-Pierre Timbaud, die er seinen nazistischen Henkern entgegen-schleuderte: „Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!“

Seit 1946 hat Maurice Thorez den Willen unserer Partei zum Ausdruck gebracht, für eine deutsch-französische Annäherung zu kämpfen, die auf der Ausschaltung des verderblichen Einflusses der Konzerne und des Militarismus, auf der Unterstützung der demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes beruht. Unter den gegenwärtigen Bedingungen verwirklichen das französische und das deutsche Volk die von ihnen ersehnte Aussöhnung im gemeinsamen Kampf für die Anerkennung der beiden deutschen Staaten und die Entwicklung von Beziehungen sowohl mit der Deutschen Demokratischen Republik als auch mit der Bundesrepublik Deutschland. Im gemeinsamen Kampf für den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten, für die friedliche Lösung aller Probleme Deutschlands und besonders für die Umwandlung Westberlins in eine freie und entmilitarisierte Stadt. Im gemeinsamen Kampf für die Abrüstung, den sozialen Fortschritt und die Demokratie.

Wir stellen mit Freude fest, daß sich die brüderlichen Bande zwischen den Werktätigen, den Demokraten, den friedliebenden Menschen unserer beiden Völker verstärken. Wir begrüßen die Kontakte, den Austausch, die gemeinsamen Aktionen, die von den Gewerkschaften, von der Friedensbewegung, von den Jugendorganisationen entwickelt werden. Diese solidarischen Aktionen stellen die Keime der Zukunft dar. Unsere Partei wird gemeinsam mit Eurer Partei ihre Anstrengungen verstärken, um diese Keime wachsen zu lassen und auszubreiten.

Die große Einigung aller demokratischen Kräfte in Frankreich

Liebe Genossen! In Frankreich konnten wir beim Referendum und bei den Wahlen Ende 1962 ein Nachlassen des gaullistischen Masseneinflusses feststellen. Der Gaullismus hat ungefähr 5 Millionen Stimmen verloren. Wir stellen einen bedeutenden Fortschritt in der Einigung der Kräfte der Arbeiterbewegung, der demokratischen Kräfte, vor allem in der Einigung zwischen Sozialisten und Kommunisten fest. Die parlamentarische Vertretung der demokratischen Parteien wurde verstärkt. Die Werktätigen haben die auf die Einheit gerichtete Politik unserer Partei gebilligt, indem sie ihr eine erhöhte Zahl von Stimmen gaben und zu einer viermal größeren Zahl von Abgeordneten verhalfen. In der letzten Zeit haben sich diese Tendenzen verstärkt und noch deutlicher abgezeichnet. Die jüngsten Teilwahlen zeigen gleichzeitig einen klaren Fortschritt unserer Partei und einen bedeutenden Rückgang der gaullistischen Stimmen. Die Einheit zwischen Sozialisten, Kommunisten und anderen Republikanern hat sich im ganzen Land erweitert und gefestigt. Im Kampf für die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Werktätigen, für die Achtung des Streikrechts und für die gewerkschaftlichen Rechte verstärkt sich die Aktionseinheit zwischen den Gewerkschaften aller Richtungen. Der siegreiche Streik der Bergarbeiter, der in einer völligen Einheitsfront geführt worden ist, hat das Dekret über die Zwangsverpflichtung, das von de Gaulle persönlich unterzeichnet war, zu Fall gebracht. Dieser Streik hat zur Entwicklung und zum Erfolg der Kämpfe der anderen Arbeiter beigetragen. Organisationen der Kommunistischen Partei Frankreichs, der Sozialistischen Partei SFIO und anderer demokratischer Gruppierungen haben gemeinsam die Unterstützung und die Solidarität für die Bergarbeiter organisiert.

Auch auf anderen Gebieten macht die Einigung Fortschritte. Im Parlament stimmen die kommunistischen, sozialistischen und andere republikanische Abgeordnete gemeinsam gegen die reaktionären Gesetzesvorlagen des gaullistischen Regimes. Die Einheit, die zwischen den französischen Bürgermeistern zustande gekommen ist, hat es ermöglicht, den gaullistischen Angriffen auf die Gemeindefreiheit entgegenzutreten. Eine breite Protestbewegung wurde organisiert gegen die Ermordung von Julian Grimaud. Gewählte Vertreter, kommunistische und sozialistische Parteimitglieder, Radikale, andere politische Persönlichkeiten, Kulturschaffende und Wissenschaftler, Gläubige der verschiedenen Konfessionen beteiligten sich an der Vorbereitung der Generalstände für den Frieden, die auf Initiative der französischen Friedensbewegung organisiert worden sind und am 19. Mai 50 000 gewählte Delegierte aus ganz Frankreich vereinigt haben. Die Delegierten beschlossen, eine große Informations- und Aktionskampagne für die Abrüstung in den verschiedensten Formen zu organisieren.

Unsere Linie, sowohl für die unmittelbaren Probleme als auch für die Zukunft, ist orientiert auf eine Perspektive der Einigung aller Kräfte. Wir arbeiten an der Zusammenfassung der Kämpfe aller Kategorien und sozialen Schichten gegen die Monopole. Seit 1959 hat sich die Kommunistische Partei Frankreichs das Ziel gestellt, mit ihrer Politik alle im Kampf stehenden gesellschaftlichen Kräfte zu sammeln und alle ökonomischen, politischen und sozialen Bewegungen zusammenfließen zu lassen, in einen einheitlichen Strom gegen die Monopole und das Regime

der persönlichen Macht, für die Beseitigung dieser Macht, für die Beschränkung der Herrschaft des Finanzkapitals, für die Erweiterung der Demokratie. Das Programm, das wir auf dem 15. und 16. Parteitag unserer Partei angenommen haben, enthält nicht nur zahlreiche Forderungen, sondern bringt auch auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet unseren Willen zur Einigung der demokratischen Kräfte zum Ausdruck. Wir bemühen uns ständig um diese Einigung, in erster Linie um die Einheit mit den sozialistischen Werktätigen, mit der Sozialistischen Partei, und das nicht nur für heute, in den gemeinsamen Aktionen gegen das gaullistische Regime und für die Demokratie, sondern auch für morgen, für den Aufbau des Sozialismus, der in Frankreich das Werk mehrerer Parteien sein kann und sein muß.

Unsere Partei ist der Meinung, daß der Kampf für die Demokratie ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus ist, und daß es in unserer Epoche keinen langen Zwischenraum zwischen den beiden Etappen geben wird. Unter den neuen Bedingungen, die heute bestehen, eröffnet dieser Kampf günstigere Perspektiven für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus.

Die Kommunistische Partei Frankreichs spart keinerlei Anstrengungen, um eine solide Einheitsfront auf der Grundlage eines gemeinsam ausgearbeiteten und dann gemeinsam verwirklichten Programms herzustellen. Sie richtet ihre ganze Aufmerksamkeit auf das Problem der Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Parteien. Unter Berücksichtigung der neuen Möglichkeiten wird sie mit immer mehr Kühnheit auch ihre traditionelle Politik der Einheit mit den christlichen Kräften fortsetzen. So wird unsere Partei, deren Organisation durch die Mitgliederwerbung und das Eindringen in die großen Betriebe Fortschritte macht, mit Kühnheit und auf schöpferische Weise weiterhin ihre grundsätzliche Politik der Einheitsfront und der Einigung der Kräfte der Arbeiterbewegung und der demokratischen Kräfte verwirklichen.

Genossen! Unser Zentralkomitee hat auf seiner Tagung Anfang Mai erneut seinen Willen bekräftigt, seine Anstrengungen für die Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung weiterzuführen. Diese Einheit gründet sich auf unsere gemeinsame Lehre, den Marxismus-Leninismus, und auf die Einheit unserer Parteien im praktischen Kampf für die Ziele von gemeinsamem Interesse. Sie erfordert, sowohl in Worten wie in Taten, die Anerkennung der Richtigkeit der Analyse und der politischen Linie, die durch die Konferenzen der kommunistischen und Arbeiterparteien gemeinsam erarbeitet worden sind.

Unsere Partei hält fest an den Erklärungen der Konferenzen von 1957 und 1960, die auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus die Erfahrung der kommunistischen und Arbeiterparteien und vor allem den Beitrag des XX. und XXII. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion verallgemeinert haben. Diese Kongresse haben in einer Reihe wesentlicher Probleme unserer Zeit neue Thesen von weltweiter Bedeutung formuliert. Die von den Konferenzen von 1957 und 1960 erarbeiteten Dokumente behalten ihren vollen Wert. Das Leben hat in einer kurzen Periode die Analysen und die Schlußfolgerungen, die darin enthalten sind, vollauf bestätigt. Um nur auf die wesentliche Frage des Krieges und des Friedens einzugehen: die Kräfte des Friedens, mit dem sozialistischen Lager, mit der internationalen Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Vorhut, mit der nationalen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika, mit dem Beitrag der neutralen Staaten zur Sache des Friedens, mit der Friedensbewegung der ganzen Welt, sind so stark geworden, daß es möglich ist, dem Imperialismus die friedliche Koexistenz aufzuzwingen. Das wird bestätigt durch die Ereignisse in der Karibischen See. Die feste und kluge Politik der Sowjetunion, der Mut des kubanischen Volkes und die Unterstützung, die ihm durch die öffentliche Weltmeinung zuteil geworden ist, haben dazu beigetragen, daß die Gefahr zurückgedrängt wurde, der Weltfriede, die Unabhängigkeit und die sozialistischen Errungenschaften Kubas wurden gewahrt.

Was das deutsche Problem betrifft, werden sich immer zahlreichere Kreise der Notwendigkeit bewußt, die Situation zu normalisieren, indem man den bestehenden Zustand in realistischer Weise anerkennt. In diesen Stellungnahmen wieder spiegelt sich die wachsende Macht des sozialistischen Lagers, die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, besonders durch die Sicherheitsmaßnahmen vom 13. August 1961, sowie das Streben der Massen in Deutschland und in den anderen Ländern nach Frieden. Das internationale Colloquium für eine Lösung der deutschen Probleme durch Verhandlungen, das vom 10. bis 12. Mai dieses Jahres in Brüssel stattfand, hat ermöglicht, nach einem breiten Meinungsaustausch zwischen Persönlichkeiten aus den Ländern der NATO und des Warschauer Paktes, Ziele und praktische Wege zur Errichtung einer festen Koexistenz auf deutschem Boden, im Herzen Europas, ins Auge zu fassen. Die Stärke der Bewegung der Völker für den

Frieden und die Notwendigkeit für die Existenz der Menschheit den thermonuklearen Krieg zu vermeiden, widerspiegeln sich auch in der jüngsten Enzyklika von Papst Johann XXIII. Dieses Dokument erleichtert die Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Atheisten im Kampf für den Frieden.

Die Erklärungen von 1957 und 1960 unterstrichen mit Recht, daß es zur Erringung neuer Siege und zur Beschleunigung des Triumphes des Sozialismus in der ganzen Welt notwendig ist, an zwei Fronten zu kämpfen: gegen den Revisionismus und Opportunismus einerseits, gegen Dogmatismus und Sektierertum andererseits. Unsere Partei richtet das Hauptgewicht ihrer Kritik gegen den Dogmatismus und das Sektierertum, die zur Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen Bewegung geworden sind, ohne zu vergessen, daß der Revisionismus ständig dazu beitragen kann, den Dogmatismus zu nähren, wenn er nicht bekämpft wird.

Unsere Partei befindet sich in völliger Übereinstimmung mit dem Standpunkt der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der im Weltmaßstab anerkannten Vorhut der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, die die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Grundlage der gemeinsam erarbeiteten Politik verteidigt und ihre Bemühungen, eine Verschärfung der Situation zu vermeiden, vervielfacht. Wir hoffen, daß die demnächst stattfindende Begegnung zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Chinas einen Schritt vorwärts im Sinne der unerläßlichen Einheit unserer Bewegung ermöglichen wird.

Liebe Genossen!

Unter der Fahne des Marxismus-Leninismus schreiten unsere Parteien Seite an Seite vorwärts, kämpfen sie unter den jedem unserer beiden Länder eigenen Bedingungen für den Frieden, die Demokratie, den sozialen Fortschritt und den Sozialismus.

Festigen wir die Freundschaft zwischen unseren Völkern. Entwickeln wir sie in diesem gemeinsamen Kampf!

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die Freundschaft des deutschen und französischen Volkes!

Es lebe der Kommunismus!

(Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und spenden starken, anhaltenden Beifall)

Mit Euch die Sympathie der demokratischen Kräfte in Italien

Begrüßungsansprache des Genossen Abdon A l i n o r i, Mitglied des ZK der KPI

Teure Genossen Delegierte!

Ich habe die große Ehre, Euch die herzlichen brüderlichen Grüße der italienischen Kommunisten und persönlich des Genossen Palmiro Togliatti überbringen zu können. Es ist mir eine besondere Freude, Euch ebenfalls die Grüße von fast 8 Millionen Italienern, die am 28. April für unsere Partei gestimmt haben, übermitteln zu können.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen und Eurer Partei für das Glückwunschs schreiben anlässlich unseres Wahlerfolges danken und besonders für die brüderliche Hilfe, die Ihr uns in der politischen Arbeit mit den 350 000 nach Westdeutschland ausgewanderten italienischen Arbeitern gewährt habt. Über 100 000 dieser Arbeiter gelang es, den Druck und die Hindernisse der westdeutschen Kapitalisten zu überwinden und nach Italien zu fahren, um für unsere Partei zu stimmen. Sie haben eine große Begeisterung und ein starkes Klassenbewußtsein mitgebracht und unsere Parteioorganisationen in Süditalien verstärkt. Wir haben aber nicht nur in den rückständigsten und ärmsten Gebieten Italiens Stimmengewinne zu verzeichnen. Wir sind besonders in den Industriezentren Nord- und Mittelitaliens vorangekommen. In Turin stieg beispielsweise unser Stimmenanteil von 139 000 auf 200 000 und in Genua sind wir als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen. In den Gebieten, wo unsere Partei bereits stark war, haben sich unsere Positionen noch weiter gefestigt. In Bologna haben wir mehr als 40 Prozent der Stimmen erhalten, in Modena mehr als 45 Prozent. Auch unter den Mittelschichten und auf dem Lande waren unsere Erfolge im Vergleich zu vergangenen Wahlen größer. Das trifft auch auf Rom zu, wo unser Stimmenanteil von 256 000 auf 342 000 gestiegen ist. Bei diesen Wahlen schenkten uns neben den zahlreichen Jugendlichen

besonders die Einzelbauern und die Frauen ihr Vertrauen. Von den 1 300 000 Stimmen, die wir mehr erhielten, waren 60 Prozent von Bevölkerungskreisen, die in den vergangenen Jahren für die Christlich Demokratische Partei gestimmt hatten. Somit wird die Enttäuschung jener Kräfte verständlich, die behauptet hatten, daß unsere Partei in einer Krise stecke und veraltet sei. (Heiterkeit) Tatsächlich haben aber die Wahlerfolge der italienischen Kommunisten gezeigt, daß die politische Reife des italienischen Volkes eine neue Qualität erreicht hat. Das ist das Ergebnis einer jahrelangen Arbeit unserer Partei unter den Massen. Das Vertrauen, das unserer Partei entgegengebracht wurde, war nicht so sehr die Folge unserer Agitation und Propaganda, sondern vielmehr unserer gesamten Politik, unseres Programms und unserer Aktionen. Wir waren immer bestrebt, den Massen positive Kampfziele zu stellen.

Wir gehen von den einzelnen Forderungen der Arbeiter, Bauern und Mittelschichten aus und stellen uns an die Spitze des Kampfes zur Durchsetzung dieser Forderungen. Gleichzeitig zeigen wir die Notwendigkeit tiefgreifender antimonopolistischer Strukturreformen und die konkrete Möglichkeit, der italienischen Gesellschaft eine andere Entwicklungsrichtung zu geben, in der nicht mehr die Maximalprofite der Monopole, sondern die Interessen des werktätigen Volkes an vorderster Stelle stehen. Eng verbunden mit diesen Forderungen ist unser Kampf für die Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, für die Erweiterung der Rechte der gewählten örtlichen Organe, für die Erneuerung des Schulwesens, für die Freiheit der Kultur, gegen den Obskurantismus. Aber in erster Linie sind unsere Erfolge auf die Tatsache zurückzuführen, daß wir stets und mit ganzer Kraft den Charakter unserer Partei als einer Partei des Friedens und des proletarischen Internationalismus unterstreichen. Während der Krise im Karibischen Raum fanden im ganzen Lande große Massenaktionen statt. Im Verlaufe einer solchen Aktion wurde ein junger Genosse unserer Partei auf dem Domplatz in Mailand von Polizisten umgebracht. Die Massenproteste der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, ja der gesamten Bevölkerung gegen den feigen Mord an Julian Grimaud haben die Regierungsparteien und die katholische Kirche gezwungen, für den Kampf gegen den Faschismus und für die Freiheit des spanischen Volkes Stellung zu nehmen.

Auf dem X. Parteitag unserer Partei, der Ende vergangenen Jahres in Rom stattgefunden hat, haben die Probleme des Friedens und des proletarischen Internationalismus eine große Rolle gespielt. Die Tatsache, daß wir die friedliche Koexistenz nicht als Taktik, sondern als Strategie ansehen, die mit unserem Kampf für Demokratie und Sozialismus eng verbunden ist, war nicht nur für die Vorbereitung unserer Wahlen, sondern auch für die Erweiterung unserer Verbindungen mit den Volksmassen und breiten katholischen Schichten von Bedeutung. Wir möchten an dieser Stelle der kommunistischen Partei der Sowjetunion und Gen. Chruschtschow unsere Dankbarkeit für den großen Mut zum Ausdruck bringen, mit dem auf dem XX. und XXII. Parteitag die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz weiterentwickelt wurde. Diese Linie hat die Menschheit vor der atomaren Vernichtung gerettet und dem Imperialismus entscheidende Schläge zugefügt.

In den Mittelpunkt unserer Wahlkampagne haben wir die Beziehungen unserer Partei zur KPdSU, zu den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder, zu den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder und zur nationalen Befreiungsbewegung gestellt und davon ausgehend unsere unterschiedliche Haltung gegenüber der Sozialistischen Partei und den anderen Linksparteien Italiens hervorgehoben. Auch aus diesem Grunde ist unser Wahlerfolg ein Erfolg der gesamten kommunistischen Weltbewegung.

Durch Einheit zur demokratischen Erneuerung

Genossen! In Italien ist eine neue politische Lage entstanden. Wir werden diese neue Entwicklung entsprechend dem Ratschlag von Gramsci, dem Begründer unserer Partei, verfolgen, das heißt mit dem Pessimismus des Intellekts und dem Optimismus des Willens. Die Großbourgeoisie und die führenden Kreise der Christlich-Demokratischen Partei Italiens sind verzweifelt und stecken in einer Krise. Aber sie versuchen schon jetzt Zeit zu gewinnen, um das Wahlergebnis zu ignorieren, die Volkskräfte zu spalten und die Sozialistische Partei auf ihre Seite zu ziehen. Die Sozialistische Partei hat bei den Wahlen einen leichten Rückgang zu verzeichnen. Das ist zweifellos ein Mißerfolg Pietro Nennis und der rechten Parteiführung, die versucht hatten, die Verbindungen zur KPI völlig aufzugeben und den Klassencharakter ihrer Partei zu ändern. Jedoch geht gegenwärtig in der Führung der SPI eine bestimmte Differenzierung vor sich. Unsere Partei zeigt ihrerseits, daß unsere Wahlerfolge das Ergebnis einer einheitlichen Politik waren und daß diese Erfolge die gesamte politische Situation in Italien nach links verschieben.

Somit eröffnen sich neue Möglichkeiten für die sozialistischen und die katholischen Linkskräfte, die für eine demokratische Erneuerung des Landes eintreten.

Mit zwei Problemen müssen sich in diesen Tagen die politischen Kräfte Italiens beschäftigen: mit der Ausarbeitung des neuen Regierungsprogramms und der Frage der Stellung unserer Partei. Diese zwei Probleme sind eng miteinander verbunden. Nur wenn sich die demokratischen Kräfte für die Isolierung des Antikommunismus der führenden Kreise in der Christlich-Demokratischen Partei einsetzen werden, wird es möglich sein, ein demokratisches Programm aufzustellen. Unsere erste Forderung ist eine Wende in der Außenpolitik Italiens. Wir verlangen die Lossagung von der diskreditierten atlantischen Politik. Wir fordern die Schaffung atomwaffenfreier Zonen, einen Nichtangriffspakt zwischen den NATO-Ländern und den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages. Wir fordern insbesondere die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, dieser großen und lebendigen Kraft des Friedens und des Sozialismus in Deutschland und in Europa. Wir fordern die Anerkennung der Volksrepublik China und freundschaftliche Beziehungen zu allen jungen Nationalstaaten. Diese Ziele wie auch unsere innenpolitischen Forderungen stehen heute im Mittelpunkt des politischen Kampfes in Italien. Wenn wir uns das Ziel stellen, die uns folgenden Kräfte in das Regierungslager einzubeziehen, stellen wir die Perspektive einer starken Beschränkung der Vorrechte der monopolistischen Kräfte und der Bildung eines neuen Blocks fortschrittlicher Kräfte, die ohne jedwede Diskriminierung der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen eine entscheidende Rolle in der Gesellschaft sichert. Das ist die Perspektive eines Vorwärtsschreitens zum Sozialismus, die Perspektive einer allgemeinen Entwicklung der Demokratie.

Genossen! Wir stellen auf Eurem Parteitag mit Genugtuung fest, daß unsere Wahlerfolge ein Bestandteil der allgemeinen Entwicklung nach links ist, die gegenwärtig in Westeuropa, von London bis Paris und Rom, vor sich geht. Die Kämpfe der Arbeiterklasse haben in Frankreich, Belgien, Italien und in anderen EWG-Ländern größere Ausmaße angenommen. Der Streik der westdeutschen Metallarbeiter war für ganz Westeuropa von Bedeutung. Er hat dem Mythos vom Volkskapitalismus einen schweren Schlag versetzt. Wir wissen, daß Ihr bei der Organisation und Durchführung dieses Streiks trotz Eurer Illegalität eine entscheidende Rolle gespielt habt. Diese Kämpfe sind ein überzeugendes Dementi für jene Schematiker, die die Rolle der kommunistischen Parteien in den hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern unterschätzen. Die Arbeiterkämpfe in Westeuropa zeigen, daß selbst in den bedeutendsten kapitalistischen Ländern der Kampf für Demokratie und Sozialismus entscheidende Fortschritte machen kann. Wir werden alle unsere Kräfte einsetzen, um unseren Beitrag beim Wiederaufschwung der demokratischen Kräfte Westeuropas im Kampf gegen die Monopole zu leisten.

Wir sind voll und ganz mit der vom Genossen Max Reimann im Rechenschaftsbericht gegebenen politischen Analyse, in der die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Einheitsaktion der Arbeiterorganisationen Westeuropas für eine Erhöhung des Lebensstandards, für neue demokratische Rechte in den Betrieben, für die Beschränkung der Macht der Monopole, für eine neue Wirtschafts- und Außenpolitik hervorgehoben wird, einverstanden. Der Kampf gegen den Faschismus in Spanien und in Portugal und für die Wiedereroberung der demokratischen Freiheiten in Griechenland nehmen dabei einen besonderen Platz ein. Euer Kampf für eine neue Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik ist von entscheidender Bedeutung. Im Kampf gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus, gegen die Atombasen und die reaktionäre Allianz Bonn-Paris, für freundschaftliche Beziehungen mit der DDR ist Euch die ganze Sympathie der demokratischen Kräfte in Italien und Westeuropa gewiß. Die großangelegte Kampagne der westdeutschen Regierung und der CDU-Presse gegen Werke antisfaschistischer Kulturschaffender unseres Landes zeigt, welche große Gefahr nicht nur für den Frieden, sondern auch für die Demokratie in Westeuropa von der Bundesrepublik ausgeht.

Genosse Reimann hat mit Recht unterstrichen, daß die verhängnisvolle reaktionäre Politik der Bundesregierung in eine tiefe Krise geraten ist. Es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe aller demokratischen und sozialistischen Kräfte in Westeuropa, einen entscheidenden Schlag gegen die faschistischen und autoritären Regimes zu führen, um einen neuen politischen Kurs in Westeuropa durchzusetzen. Als einen wichtigen Bestandteil des Kampfes aller demokratischen Kräfte betrachten wir den Kampf für die Wiederherstellung der Legalität der Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns.

Genossen! Euer Parteitag ist für uns von großer Bedeutung. Wir sind hier Zeuge Eurer Anstrengungen, Euch nicht nur auf Propaganda und Agitation zu beschränken, wie das die Bonner Machthaber mit ihren antidemokratischen Maßnahmen

beabsichtigt hatten. Wir haben hier gesehen, wie die Partei, wie Ihr, junge und alte Genossen, eine Massenpolitik entwickelt, und neue Beziehungen mit den Arbeitern, den Sozialdemokraten und den fortschrittlichen Kräften herstellt. Diese politischen Erfolge und die noch bevorstehenden Erfolge erfordern einen opferreichen Kampf. Viele von Euch haben die Leiden der Verfolgung, der Willkür- und Unterdrückungsmaßnahmen, das Unrecht der Bonner Machthaber am eigenen Leib erfahren müssen. Euch allen gilt der solidarische Gruß der italienischen Kommunisten, der Wunsch für größere und entscheidendere Erfolge, der Dank für Euren aufopferungsvollen Kampf. Der große politische, ideelle und moralische Schatz, den Ihr in Eurem Kampf sammelt, wird für ganz Deutschland und für alle kommunistischen Kräfte in der Welt fruchtbringend sein.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe der Kampf der Arbeiterklasse in Westdeutschland für Frieden, Demokratie und Sozialismus!

(Starker, anhaltender Beifall; die Delegierten erheben sich von den Plätzen)

Wichtigste Frage: Herstellung der Aktionseinheit!

Diskussionsrede des Genossen Erich Glückauf, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD

Genossinnen und Genossen!

Dieser Parteitag steht im Zeichen der marxistisch-leninistischen Festigung unserer Partei und der Ausarbeitung der Strategie und Taktik im Kampf für den Sieg des Friedens und der Demokratie in der Bundesrepublik. Die wichtigste Frage dabei ist die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Schon jetzt steht fest: Unser Parteitag wird eine große Bedeutung in der Geschichte der Arbeiterbewegung haben, weil von ihm aus neue starke Impulse für den einheitlichen Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse und für die Aktionseinheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse ausgehen werden.

In der kommunistischen Weltbewegung ist die Bedeutung der Arbeitereinheit, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten neu begründet und auf eine höhere Stufe gestellt worden. Das kommt vor allem zum Ausdruck in dem auf dem XXII. Parteitag der KPdSU angenommenen Programm des kommunistischen Aufbaus, im neuen Programm der SED zum vollendeten Aufbau des Sozialismus in der DDR und in der vom Zentralkomitee der SED unter Leitung des Genossen Walter Ulbricht ausgearbeiteten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. **Alle kommunistischen Parteien machen große Anstrengungen auf dem Gebiete der Herstellung der Arbeitereinheit und man kann davon sprechen, daß diese bereits von bedeutsamen Erfolgen gekrönt sind.**

Nachdem das mächtige Weltlager des Sozialismus und des Friedens entstanden ist, nachdem auch durch die Existenz der DDR der Sozialismus auf deutschem Boden festen Fuß gefaßt hat, ist das Kräfteverhältnis in der Welt und auch in Deutschland grundlegend verändert worden. Es ist unausbleiblich, daß sich dies in zunehmendem Maße auch auf das Verhältnis der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung, in der Bundesrepublik auswirken muß. In der gegenwärtigen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus werden neue politische Faktoren wirksam, die im Zusammenhang stehen mit dem lebensnotwendigen Kampf aller Völker für eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung, mit dem Wettstreit der beiden Weltssysteme, woraus sich neue Möglichkeiten für ein einheitliches Handeln der Arbeiterklasse und für entsprechende Formen der Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten entwickeln können.

Das Neue in den Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten

Auch führende westdeutsche Sozialdemokraten sehen sich zu der Feststellung gezwungen, daß ein Atomkrieg der Tod für die Bundesrepublik wäre. Daraus ergeben sich völlig neue Konsequenzen auch für die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Der Zwang zum Frieden, zur Verhinderung des atomaren Selbstmordes, wird so stark, daß sich Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam darum bemühen müssen, einen Weg zu finden, um das Unheil eines Atomkrieges zu verhindern. Bekanntlich erfolgte die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit dem ersten imperialistischen Weltkrieg, als die rechte Mehrheit in der Führung der SPD beschloß, der kaiserlichen Regierung

die Kriegskredite zu bewilligen. So hartnäckig die Auseinandersetzung in der damaligen SPD zwischen den Marxisten, den Zentristen und Revisionisten auch waren, die Spaltung der Partei wurde erst dann unabwendbar, als die Mehrheit der Führung auf die Position der Unterstützung des imperialistischen Krieges überging. Die schlimmen Folgen sind bekannt. Wir möchten auf unserem Parteitag folgendes zum Ausdruck bringen: **Wenn die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit dem ersten imperialistischen Weltkrieg erfolgte, so muß die Überwindung dieser Spaltung jetzt erfolgen im Kampf zur Verhinderung eines atomaren Vernichtungskrieges.**

Nicht nur für die Kommunisten, sondern auch für die Sozialdemokraten besteht das Neue in der Lage darin, daß Dank des veränderten Kräfteverhältnisses die Imperialisten daran gehindert werden können, neue Kriegskatastrophen auszulösen.

Sozialdemokratische Genossen stellen oft an uns die Frage: Wollt ihr denn, daß die Bundesrepublik sich nicht verteidigen kann, seid ihr gegen die Sicherheit unserer Bevölkerung? — Ich möchte diesen Genossen antworten: Die deutschen Imperialisten haben ihre Aufrüstung und ihre Angriffskriege stets vorbereitet mit der Lüge von der Verteidigung und der Sicherheit. Daran hat sich nichts geändert. Ich stelle aber die Frage an die sozialdemokratischen Genossen: Lebte die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik nicht sicherer zu einer Zeit, da es noch keine Remilitarisierung gab, und kommt die ganze Unsicherheit von heute nicht daher, daß inzwischen die alten Hitlergenerale wieder maßgebenden Einfluß ausüben, die Verfügungsgewalt über die Atomwaffen erstreben, das Wettrüsten forcieren und allein in diesem Jahr an die 20 Milliarden Mark in eine sinnlose Aufrüstung vergeuden? Aus dieser Erkenntnis heraus entwickelt sich schon an vielen Stellen und bei vielen Gelegenheiten, in der Ostermarschbewegung, in den gewerkschaftlichen Kampfkationen, ein besseres Verstehen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, aus dem sich eine kameradschaftliche Zusammenarbeit entwickelt. Aus den jüngsten Erfahrungen im Streik-kampf heraus haben z. B. die Genossen von Daimler Benz uns folgendes mitgeteilt: „Die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen entwickelt sich jetzt gut. Die Diffamierungen gegen uns hören auf und die Hetze gegen die DDR läßt nach. Die größte Gefahr für uns ist jetzt das Sektierertum in unseren eigenen Reihen.“

Es hat sich doch jetzt folgende Lage entwickelt: Die Gewerkschaften haben richtige Beschlüsse gefaßt gegen die Atomrüstung, für Abrüstung, für eine Politik des Verhandels und der Verständigung, also Beschlüsse, die nicht nur den gemeinsamen Interessen von Kommunisten und Sozialdemokraten entsprechen, sondern für die wir auch gemeinsam kämpfen können. In diesen richtigen Fragen gibt es also keine Differenzen zwischen der Masse der Sozialdemokraten und uns. Es ist doch aber unausbleiblich, daß sich die Differenzen und die Auseinandersetzungen der Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder mit der Führungsgruppe — Brandt, Wehner und Erler — für die es, wie sie selbst sagen, keine obere Grenze der Aufrüstung gibt, entwickeln müssen. Wehner und Erler haben zum Beweis ihrer Zuverlässigkeit den amerikanischen Imperialisten und der CDU/CSU die Zusage gegeben, auch im Fall einer Regierungsbeteiligung keine Abstriche an den Rüstungslasten vorzunehmen. Das führt nicht nur zu einer weiteren Entwicklung der Opposition innerhalb der Partei und den sozialdemokratischen Jugend- und Studentenorganisationen, sondern auch zu einer Differenzierung unter den rechten SPD-Führern selbst. Auf dem VI. Parteitag der SED sagte hierzu der Genosse Hermann Matern: „Die Veränderung des Kräfteverhältnisses und die Auswirkung der politischen Krise der Adenauer-Regierung haben bewirkt, daß sich ein Differenzierungsprozeß auch in der rechten Führung der Sozialdemokratie vollzieht. Er vollzieht sich in der rechten Führung wie in der gesamten Sozialdemokratie.“ Alle Genossen müssen verstehen, daß sich hieraus neue Schlussfolgerungen in der Strategie und Taktik, um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, in der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, in der Gestaltung neuer Beziehungen zwischen KPD und SPD ergeben, Schlussfolgerungen, wie sie in der Programatischen Erklärung, die dem Parteitag zur Beschlußfassung vorliegt, enthalten sind.

Einheit des Handelns im Kampf um die Demokratie

Die kommunistische Weltbewegung entwickelt die Einheit des Handelns aller Formationen der Arbeiterbewegung auch vom Standpunkt des Kampfes um die Demokratie. Bekanntlich begründeten die Revisionisten ihre Spalterpolitik auch damit, daß sie erklärten, sie könnten die Marxsche These von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats nicht akzeptieren, obgleich die proletarische Diktatur, also die Macht der Arbeiterklasse, eine hochentwickelte Form der Demokratie ist, wie sie unter den Bedingungen der kapitalistischen Klassenherrschaft unerreichbar ist.

Ogbleich die proletarische Diktatur immer neue und weitere Formen der sozialistischen Demokratie entwickelt und schließlich zur klassenlosen Gesellschaft führt, hört man nicht auf, die Kommunisten als Antidemokraten zu verleumden. Aber inzwischen hat die Geschichte bewiesen, daß auf dem Wege der „Demokratie für alle“ stets die bürgerliche Klassenherrschaft restauriert und am Ende der Weimarer Periode die offene faschistische Diktatur herausgekommen ist und heute hat sich auf dem gleichen Wege in der Bundesrepublik wieder die Restauration der alten Reaktionäre und militaristischen Kräfte vollzogen. Es waren bekanntlich sozialdemokratische Arbeiter, die in den letzten Streikämpfen diesen Sachverhalt klargestellt haben mit den Worten: Die Millionäre herrschen über die Millionen.

Prinzipiell sei gesagt: Der marxistisch-leninistische Grundsatz hat sich bestätigt, daß es keinen Weg zum Sozialismus gibt, der nicht über die Herrschaft der Arbeiterklasse, im Bündnis mit den Bauern führt. Aber es gibt auch keinen Weg zu demokratischen Rechten und Volksfreiheiten im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie ohne die Einschränkung der Macht der großen Monopole, die Brechung des Einflusses der reaktionären Bürokratie im Staatsapparat, ohne daß die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften einen bedeutsamen und stets wachsenden Einfluß in Staat und Wirtschaft besitzen. Auch diese Erkenntnis kommt neuerdings immer mehr zum Ausdruck in zahlreichen Beschlüssen der Gewerkschaften wie auch in sozialdemokratischen Parteieinheiten.

Dennoch gibt es viele Unklarheiten über den Charakter des Bonner Staates und eine ernste Unterschätzung des sich vollziehenden Faschisierungsprozesses. Die Zertrümmerung der verfassungsmäßigen demokratischen Grundrechte und die Aufrichtung einer neuen militaristischen Diktatur vollzieht sich im Unterschied zu den Jahren 1932/33 nicht in einem einzigen Akt der Gewalt, sondern in einer Kette antidemokratischer Maßnahmen, die alle gleichfalls im Zusammenhang stehen mit dem Kurs auf Aufrüstung und Aggression. Vom Verbot der Volksbefragung gegen Remilitarisierung an über das Verbot der KPD, die Einkerkierung tausender Friedenskämpfer, die Nacht- und Nebelaktion gegen den „Spiegel“, das Vorgehen gegen die Fernseh-Journalisten, die Hetzkampagne gegen linke Sozialdemokraten, die Schmähungen von Carl von Ossietzky und Bertolt Brecht, die Drohungen gegen ausländische Journalisten, den Verhaftungen von DDR-Journalisten bis zu den Forderungen nach einem Taft-Hartley-Gesetz gegen die Gewerkschaften — das alles ist eine Kette von Maßnahmen zur Einschüchterung aller Demokraten und Friedensanhänger, zur Vorbereitung einer Notstandsgesetzgebung, die ein Ermächtigungsgesetz für weitere und umfassendere Schritte zu einer neuen militaristischen Diktatur wäre.

Es gibt auch rechtssozialdemokratische Führer, die verstehen, daß der Antikommunismus für sie kein Schutzschild ist, um Verleumdungen und sogar neuen Drangsalierungen seitens der Bonner Ultras zu entgehen. Vor den Kommunisten und den Sozialdemokraten, vor den Gewerkschaften, vor der gesamten Arbeiterklasse, vor allen demokratischen Bürgern steht also die Frage: Sollen wir warten, bis sich das letzte Glied der Kette der antidemokratischen Maßnahmen schließt und die demokratischen Rechte des Volkes endgültig in Fesseln liegen? Zum nächsten besonders gefährlichen Glied in der Kette, das den Namen „Notstandsgesetz“ trägt, darf es nicht kommen. Es gibt also einen Prüfstein für demokratische Zuverlässigkeit. Die Waage der Geschichte prüft jeden einzelnen, die Kommunisten wie die Sozialdemokraten, an ihrem Einsatz im Kampf für die Verhinderung der Notstandsgesetze.

Wir hegen die Hoffnung, daß auch diejenigen sozialdemokratischen Führer und Bundestagsabgeordneten, die in der Frage der Notstandsgesetze noch schwankend sind, auf Grund der Erfahrungen der letzten Wochen und Monate leichter eine Entscheidung gegen diese Gesetze treffen. Manch einer dieser Führer versteht gut, daß es sehr gefährlich ist, zwischen der ständig wachsenden Bedrohung durch die Reaktion und den Massen der Gewerkschafter zu stehen. Aus einer ähnlichen Situation heraus haben jedenfalls rechte sozialdemokratische Führer in anderen kapitalistischen Ländern bereits einige Schlußfolgerungen gezogen. Sie treten, wenn auch zunächst nur zögernd, so wie in Frankreich und Italien, für gelegentliche Abmachungen mit der Kommunistischen Partei ein. Es ist also so, daß jetzt nicht nur die Friedenspolitik der Sowjetunion und der DDR, die Erfolge des Sozialismus und Kommunismus auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland ausstrahlen, sondern auch aus den westlichen kapitalistischen Ländern kommen neue Impulse, so daß auch von dieser Seite her die Möglichkeiten für eine Neugestaltung des Verhältnisses zwischen der KPD und der SPD in der Bundesrepublik wachsen. Vor kurzem sagte mir ein sozialdemokratischer Funktionär: Wohin man auch die Fühler ausstreckt, ob nach dem Osten oder nach dem Westen, nach Süden oder Nor-

den — überall kommt man jetzt mit den Kommunisten in Berührung. Das ist eine durchaus richtige Einschätzung. Aus den Erfahrungen des großen französischen Streikkampfes heraus prägten viele sozialdemokratische Metallarbeiter in Württemberg die Worte: Jetzt werden wir einmal französisch sprechen!

Einheit der Arbeiterklasse stärkt die Kraft der Gewerkschaften

Bei der Verteidigung der demokratischen und sozialen Interessen, im zugespitzten Klassenkampf für höhere Löhne, tritt das gemeinsame Klasseninteresse der sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Arbeiter am unmittelbarsten in Erscheinung. Das Neue besteht auch darin, daß jetzt auch bewiesen wurde, daß es in diesen Kämpfen und erst recht in den kommenden Klassenausinandersetzungen möglich ist, daß Kommunisten auch mit leitenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären sich über eine gemeinsame Kampftaktik, die den Gegebenheiten der Klassenausinandersetzungen entspricht, verständigen können.

Wie lächerlich nimmt sich da die Erklärung von Herbert Wehner aus, — ausgerechnet von Wehner! — daß es sich beim Metallarbeiterstreik überhaupt nicht um einen Klassenkampf gehandelt habe. Worum ging es denn, als auf den gerechten Streik die Unternehmer mit einer brutalen Aussperrung antworteten? Was war denn das? Ich glaube, die sozialdemokratischen Arbeiter haben gemerkt, daß das ein ganz guter 8-Tage-Lehrgang in „Sozialpartnerschaft“ und „Klassenharmonie“ war, den die Arbeiter in der Bundesrepublik ihr Leben lang nicht vergessen werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben jedenfalls eine große Erfahrung gemacht, nämlich daß es Wege zur Verständigung und zu Übereinkünften mit den Kommunisten gibt und daß in der Einheit der ganzen Arbeiterklasse auch die große Stärke der Gewerkschaften liegt.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte noch etwas über das Sektierertum sagen. Alle Genossen müssen doch folgendes verstehen: Es ist doch normal, daß die Sozialdemokraten in vielen Fragen andere Auffassungen haben als wir. Aber sie haben diese doch nicht, weil sie uns damit ärgern wollen. Wir haben auch viele andere Auffassungen wie sie, und es ist verständlich, wenn sie das auch zum Ausdruck bringen. Natürlich, wir werden unsere prinzipiellen Auffassungen als Kommunisten, als Marxist-Leninisten niemals verleugnen und insbesondere in unserer Stellung zur DDR und zur SED einen festen Klassenstandpunkt beziehen. Es gibt aber Fragen, in denen uns die sozialdemokratischen Genossen schwieriger verstehen und möglicherweise auch erst in längeren Fristen. Aber es gibt auch Fragen, in denen wir uns schnell näherkommen und dementsprechend auch zum gemeinsamen Handeln gelangen. Darauf müssen wir eine feste Orientierung nehmen.

Auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED hat Genosse Walter Ulbricht begründet, warum es notwendig ist, daß die Beziehungen zwischen der SED und der SPD verschärfte werden. Für uns in der Bundesrepublik geht es darum im täglichen Kampf um die gemeinsamen Interessen, ein festes Vertrauensverhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten herbeizuführen. Das wird das Ansehen unserer Partei steigern. Das wird dazu führen, daß immer mehr Sozialdemokraten die große Rolle einer marxistisch-leninistischen Partei verstehen und uns im Kampf um die Legalität unserer Partei unterstützen.

Offt ist der erste Schritt der Verständigung und der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, zwischen Funktionären und Organisationseinheiten beider Parteien der schwierigste, aber er ist auch der wichtigste. Erst aus diesen Anfängen heraus entwickelt sich ein neues Verhältnis der Solidarität und der Zusammenarbeit. **Kommunisten und Sozialdemokraten müssen davon ausgehen: So, wie wir uns heute verständigen, so wie wir heute gemeinsam kämpfen, so werden wir morgen gemeinsam leben!** (Beifall)

Für ein Grundsatzprogramm des DGB, das den Erfahrungen und Aufgaben des Klassenkampfes entspricht

Diskussionsrede des Genossen Josef Ledwohn, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD

Genossinnen und Genossen!

Bei unserer Gewerkschaftsarbeit wird oft die Frage gestellt, wie müssen wir uns zu den Sozialdemokraten verhalten, die in den Gewerkschaften einen reformi-

stischen Standpunkt vertreten, das heißt, von der Meinung ausgehen, durch Reformen sei der Kapitalismus so zu verändern, daß eine Gesellschaftsordnung entsteht, die der Würde des Menschen entspricht — wie sich Gewerkschaftsführer oft ausdrücken.

Im Programm der KPdSU heißt es zu dieser Frage:

„Unter den neuen historischen Verhältnissen kann die Arbeiterklasse vieler Länder bereits vor dem Sturz des Kapitalismus die Bourgeoisie zu Maßnahmen zwingen, die über den Rahmen der üblichen Reformen hinausgehen und sowohl für die Arbeiterklasse und die Entfaltung ihres weiteren Kampfes für den Sieg der Revolution, für den Sozialismus als auch für die Mehrheit der Nation lebenswichtig sind.“¹⁾

Im Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ heißt es zu diesem Thema unter anderem:

„Und je umfassender die Aktionseinheit und Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung sein wird, um so leichter wird es gelingen, den Monopolen und ihrem Staat Zugeständnisse abzurufen, die die Kampfkraft der Arbeiterklasse stärken.“²⁾

Das sind wichtige, grundsätzliche Positionen, von denen aus wir unser Verhältnis zu den Sozialdemokraten, die für demokratische Reformen eintreten, bestimmen.

Werfen wir von diesem Gesichtspunkt aus einen Blick auf den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms, den der Bundesvorstand des DGB in den letzten Tagen veröffentlicht hat.

Allgemein möchte ich sagen, daß es den rechten Kräften im DGB nicht gelungen ist, im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm die Politik der SPD von Godesberg generell durchzusetzen. Aber gleichzeitig gibt es Formulierungen oder Forderungen, die unbedingt als Kompromisse oder Zugeständnisse an die Godesberger Linie und die Leber-Politik angesehen werden müssen. Für diesen Inhalt des Entwurfs ein paar Beispiele aus dem Text. In der Präambel heißt es u. a.:

„Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort.“

„... die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Marktgeschehen und von privater Wirtschaftsmacht sind noch nicht überwunden.“

Zu diesen Fragen hatte der 6. DGB-Kongreß bereits festgestellt:

„Die wachsende Konzentration der wirtschaftlichen Macht gefährdet im Innern die Demokratie und nach außen den Frieden. Ihr unheilvoller Einfluß auf die Sozial-, Innen- und Außenpolitik macht sich immer stärker bemerkbar. Um diesen Bestrebungen entgegenzutreten, ist der Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel erforderlich.“

Damit wurde deutlich gesagt, daß das Monopolkapital seine Macht festigen konnte und heute die Klassengegensätze stärker denn je vorhanden sind. Otto Brenner hat das in Salzgitter so eingeschätzt:

„Die Abhängigkeiten des modernen Menschen haben sich nicht verringert, sondern eher vermehrt. Sie bestehen nicht nur im Arbeitsleben weiter, sondern auch in allen anderen Bereichen.“

Deshalb muß in der Präambel des Grundsatzprogramms des DGB deutlich gemacht werden, was Köpping in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ 9/62 richtig formulierte,

„... daß wir nach wie vor in einer Klassengesellschaft leben, und der Einfluß der Arbeiterklasse, die 75 Prozent der Bevölkerung ausmacht, auf die Politik in der Bundesrepublik gering ist.“

Für klare antimonopolistische Aufgaben

Daß diese Einschätzungen nicht veraltete Vorstellungen sind, wie es die Monopressen hinzustellen versucht, sondern der harten Wirklichkeit der Bundesrepublik entsprechen, ist insbesondere durch den Streik der Metallarbeiter in Baden-Württemberg und die provokatorischen Aussperrungen der Industriellen für jedermann

¹⁾ Programm der KPdSU, Dietz Verlag Berlin 1961, Seite 34/35

²⁾ Seite 437, Dietz Verlag Berlin 1960

sichtbar geworden. Es wurde offenbar, daß die Konzernherren ihre wirtschaftliche Macht im Interesse ihrer Profite gegen die elementaren Lebensrechte der arbeitenden Menschen mißbrauchen. Willi Bleicher schrieb dazu mit Recht in „Streiknachrichten“ Nr. 9 vom 10. Mai:

„Der rauhe Wind, der in diesem Kampf offenbar gewordenen Unternehmerwillkür, hat die Schleier der Arbeitsgemeinschaft den im Kampf Gestandenen von den Augen gerissen und Klarheit geschaffen über das Wesen und Wirken der Gewerkschaften.“

Der Hinweis darauf, daß alte Besitz- und Machtverhältnisse wieder hergestellt und die Konzentration des Kapitals ständig voranschreitet, zeigt eine antimonopolistische Tendenz des neuen Entwurfs und gibt die Möglichkeit, die prinzipielle klassenmäßige Kritik an der Herrschaft des Monopolkapitals durch die Gewerkschaften weiter zu entfalten.

Man kann der Formulierung im Entwurf nur zustimmen, wo es heißt:

„Die Arbeitnehmer, d. h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“

Das ist eine fast richtige Einschätzung der sozialen Position der Arbeiterklasse. Damit ist auch der Klassencharakter der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik grundsätzlich angesprochen.

Die einzelnen Teile des Grundsatzprogramms enthalten eine Reihe von Forderungen, um die die Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten den Kampf führen. Es findet sicher den Beifall der Mitglieder und aller Arbeiter, wenn im Grundsatzprogramm für die Vollbeschäftigung, gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, für eine bessere Einkommensverteilung durch eine aktive Lohnpolitik, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Zehnklassenschule usw. eingetreten wird. Zur Rolle der Gewerkschaften heißt es in der Präambel des neuen Entwurfs:

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sind und bleiben unabhängig von Regierungen, Parteien, Konfessionen und Unternehmern. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit zur weitanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz.“

Das sind natürlich richtige Feststellungen und Ansatzpunkte, um die Diskussion über die selbständige Rolle der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter zu vertiefen.

Aber es gibt im Entwurf viele Illusionen und falsche Auffassungen. Es heißt z. B. dort:

„Strukturelle Veränderungen der modernen Industriegesellschaft, die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie und die Sozialpolitik haben die Erscheinungsformen des sozialen Konflikts gewandelt.“

Das ist zumindest mißverständlich oder ungenügend. Die Streiks in der Bundesrepublik zeigen, daß die klassischen Kampfformen der Arbeiterbewegung bis auf den heutigen Tag nicht nur absolut notwendig, sondern auch heute scharfe Waffen sind und erfolgreich angewandt werden. Von welchem Geist diese sozialen Konflikte geprägt sind, zeigte ein Transparent der streikenden Metallarbeiter in Baden-Württemberg, auf dem es hieß: „Dem Armen wenig — dem Reichen viel, das ist der alte und der neue Stil.“

Den Auffassungen Lebers kommt folgende Stelle im Entwurf nahe:

„Damit (es ist die Forderung zum stetigen Ausbau des sozialen Rechtsstaates gemeint) werden die Gewerkschaften zum entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie und wichtigen Partner der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Willensbildung.“

Ganz abgesehen davon, daß solche Begriffe wie „Integrationsfaktor“ der Gewerkschaftsbewegung fremd sind und die Mitglieder nicht wissen, was damit gemeint ist, hat es den Anschein, daß hier durch eine verwaschene Formulierung, die von den Unternehmern, ihrem Staat und von Leber unterstützte Umwandlung der Gewerkschaften in einen Ordnungsfaktor des gegenwärtigen Systems, in das Programm eingeschmuggelt werden soll.

Schon diese wenigen Hinweise zeigen, daß es notwendig ist, den Entwurf allseitig in den Gewerkschaften zu diskutieren und Abänderungsvorschläge zu machen, die vor allem die Erfahrungen der Streikkämpfe und der diesjährigen Mai-Demonstrationen berücksichtigen.

Gewerkschaftliche Grundsätze für Frieden und Demokratie

Genosse Max Reimann hat in seinen Ausführungen auf die großen Aufgaben hingewiesen, die die Gewerkschaften im Kampf für die Erhaltung des Friedens und die demokratischen Rechte des Volkes haben. Es ist deshalb von großer Bedeutung, daß in der Präambel der Kampf um den Frieden ausdrücklich zum festen Bestandteil der Gewerkschaftspolitik erklärt wird. Es heißt dort:

„Grundlage für den sozialen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt ist die Erhaltung des Friedens. Die Gewerkschaften fördern die Achtung aller Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernichtungsmittel sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Die Beseitigung von Hunger, Armut und Unterdrückung in allen Teilen der Welt ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung.“

So richtig diese Feststellungen sind, muß doch auf den Mangel hingewiesen werden, daß die Beschlüsse von Hannover gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen, für eine eigene westdeutsche Abrüstungsinitiative darin nicht aufgenommen wurden.

Der Kampf für das Mitbestimmungsrecht ist sowohl in der Präambel wie auch in den wirtschaftspolitischen Grundsätzen ausdrücklich und ausführlich behandelt. In der Präambel heißt es:

„Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, durch Ausweitung der Mitbestimmung eine gesellschaftliche Umgestaltung einzuleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen.“

Und weiter heißt es zu Grundlagen einer Wirtschaftspolitik, wie sie der DGB anstrebt:

„Die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist eine der Grundlagen einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung. Sie entspricht dem Wesen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates.

Die von den Gewerkschaften erstrebte Ordnung unserer Wirtschaft soll jedem Arbeitnehmer ein Höchstmaß an Freiheit und Selbstverantwortung gewährleisten, ihn an der Gestaltung der Wirtschaft gleichberechtigt beteiligen, ihm eine seiner Persönlichkeit entsprechende dauerhafte Tätigkeit sichern, eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung herbeiführen, ein optimales Wachstum der Wirtschaft ermöglichen, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindern...“

In diesen Formulierungen kommt sehr deutlich die reformistische Grundtendenz zum Ausdruck. Eine Gesellschaftsordnung, die diesen Zielen entspräche, wäre natürlich immer noch eine kapitalistische. Aber dennoch sind solche Forderungen wie Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht geeignet, die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Monopole zu mobilisieren. Auch die Forderung nach einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung bietet große Möglichkeiten für den Kampf der Arbeiterklasse zur Verbesserung ihrer Lebenslage und gegen die Ausplünderung des Volkes durch Monopolprofite.

Für echte Mitbestimmung und Entmachtung der Monopole

In der bisherigen Diskussion in den Gewerkschaften wurde immer wieder gefordert, daß die grundlegenden Ziele des Münchener Programms (Planung, Mitbestimmung, Überführung in Gemeineigentum) auch im neuen Grundsatzprogramm enthalten sein müssen. Eine solche Klarheit vermissen wir im Entwurf der Präambel und der Grundsätze. Die Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum ist im jetzigen Entwurf als eines unter zahlreichen Mitteln der „wirtschaftlichen Kontrolle“ enthalten, aber nicht wie im Münchener Grundsatzprogramm wegen der besonderen Bedeutung als eine Hauptfrage des Grundsatzprogramms dargelegt. Also hier ist eine deutliche Abschwächung und Verwässerung festzustellen, die von vielen Gewerkschaften abgelehnt wird.

Alois Wöhrle von der IG Metall sagte dazu kürzlich in Bochum:

„Die IG Metall betrachte die Forderung nach einer Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unverändert aktuell... gerade der letzte Tarifkampf habe die Richtigkeit dieser Forderung bewiesen... Der Verzicht auf Sozialisierung als wesentlicher Bestandteil der Geburtsurkunde des DGB würde den Verzicht auf die Anprangerung der Mißstände in der herrschenden Wirtschafts- und Sozialordnung bedeuten.“

Auch die IG Chemie, Papier, Keramik stellt an das Grundsatzprogramm die Forderung, an der Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum festzuhalten.

Gerade jetzt, wo für den Bergbau, die Chemie, die Elektroindustrie und das Bankwesen die Nationalisierung als Kampfforderung der Arbeiterklasse aktuell wird, sind klare Festlegungen solcher Ziele im Grundsatzprogramm unbedingt notwendig.

Der Entwurf für das neue Grundsatzprogramm ist gegenüber den ursprünglichen Plänen der damaligen Richter-Gruppe im DGB, eindeutig auf den Boden des Godesberger Programms zu gehen und die bestehende monopolkapitalistische Ordnung in der Bundesrepublik anzuerkennen, ein Fortschritt. Es enthält zum Staat nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, ein Bekenntnis im Sinne Lebers. Der „soziale, demokratische Rechtsstaat“, wie sich die Gewerkschaftsführer ausdrücken, wird als Aufgabe und Ziel bezeichnet.

Die aktive Lohnpolitik wird bekräftigt, der Kampf um Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft zu einer Grundsatzaufgabe erklärt, Frieden und Demokratie werden zu unabdingbaren Grundsätzen der Gewerkschaft erhoben.

Der Entwurf enthält keine direkte antikomunistischen Formulierungen. Sicher ist es deshalb richtig, wenn wir hier feststellen, daß der vorliegende Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm geeignet ist, eine sachliche Diskussion in den Gewerkschaften durchzuführen. Diesen Entwurf gilt es zu verbessern. Wie schon gesagt — ist dabei die Hauptsache, die letzten Erfahrungen der Klassenkämpfe im Entwurf deutlich zu verankern. Das wird gelingen, wenn alle Kommunisten in den Gewerkschaften mit ihren sozialdemokratischen Kollegen eine wirkliche Massendiskussion organisieren. Es sollte uns gemeinsam mit den Sozialdemokraten gelingen, ähnlich wie zu unserer Programmatischen Erklärung, tausende Stellungnahmen und Änderungsansätze zum Entwurf an den Außerordentlichen DGB-Kongreß einzubringen. Dann wird es den Gewerkschaftern möglich sein, den Entwurf dort, wo er gegenüber dem Münchener Grundsatzprogramm verwässert wurde, zu verbessern. (Beifall)

Die Partei ideologisch festigen

Diskussionsrede des Genossen Max Schäfer, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD

Genossinnen und Genossen! Genosse Max Reimann hat in seinem richtungsweisenden Referat u. a. darauf hingewiesen, daß die Verwirklichung der im Entwurf der Programmatischen Erklärung enthaltenen Politik eine hohe Kampffähigkeit unserer Partei erfordert. Im engsten Zusammenhang damit steht die Aufgabe, die Partei ideologisch-politisch und organisatorisch zu festigen und ihr Selbstbewußtsein zu heben.

Wir können von unserem Parteitag auf die Lehren aus einigen bedeutsamen Bewegungen in allen Schichten der Bevölkerung zurückblicken. Sowohl beim Streik der Metallarbeiter in Baden-Württemberg, wie auch beim Ostermarsch, der in diesem Jahr eine bedeutende Steigerung erfuhr, standen die Kommunisten mitten in der Bewegung und haben eine große Arbeit geleistet. Ihre Tätigkeit hat erheblich dazu beigetragen, daß die Metallarbeiter über die Lohnforderungen hinaus richtige und zutreffende politische Lösungen aufstellten. Neben diesen Bewegungen entwickelt sich eine starke Bauernbewegung, die mit Kundgebungen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein einen neuen Höhepunkt erreichte. Und schließlich gibt es eine Bewegung zur Verteidigung der Demokratie, die von den Protesten in den Gewerkschaften und in der SPD gegen die Notstandsgesetze bis zur Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit für den „Spiegel“ und der Ablehnung der politischen Gesinnungsjustiz in immer breiteren Kreisen der Intelligenz reicht. So fordert die Liga für Menschenrechte der Bundesrepublik die politische Amnestie. Der Rechtslehrer Prof. Meilicke wendet sich gegen die Erklärung, die politische Justiz richte sich nur gegen Kommunisten, mit den Worten: Auch Hitler habe die Unterdrückung der Freiheit mit der Verfolgung der Kommunisten begonnen. Jedoch müssen wir sagen, die Schwäche besteht noch darin, daß gilt besonders bei der Bewegung unter den Bauern und in einem bestimmten Maße auch bei der Bewegung für Demokratie im Bürgertum, daß die Kommunisten noch nicht in dem notwendigen Maße in der Bewegung stehen und damit nicht Ziel und Richtung dieser Bewegungen so beeinflussen, wie es notwendig wäre. Die Folge ist, daß solche Massenaktionen, wie der Lohnkampf der Metallarbeiter und die Bauerndemonstrationen in Norddeutschland, zwar zeitlich zusammenfallen; aber dennoch keine richtigen Beziehungen zueinander haben, die Arbeiter und Bauern heute noch isoliert

voneinander und ohne gegenseitige Unterstützung kämpfen. Unsere Partei ist die einzige Kraft in der Bundesrepublik, die in der Lage ist, den Aktionen der Volksmassen Ziel und Richtung zu geben und die verschiedenen Bewegungen des Protests zu einem mächtigen Strom zu vereinen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist es notwendig, daß unsere Partei organisatorisch gestärkt und ideologisch-politisch gefestigt wird. Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe entscheidet darüber, daß die Kampffähigkeit der Partei so gefestigt wird, damit sie die objektiven Möglichkeiten voll nutzen kann.

Mit der Politik der DDR offensiv werden

Genosse Max Reimann und Genosse Willi Mohn haben in ihren Referaten über die Schwächen in der ideologischen Arbeit unserer Partei und über die Notwendigkeit und den Weg zu ihrer Verbesserung gesprochen. Darum ist es unerläßlich, in der ganzen Partei und bei jedem Kommunisten und in der Arbeiterklasse das Vertrauen zur DDR, zur SED und zu ihrer Führung mit dem Genossen Walter Ulbricht an der Spitze so zu festigen, daß jeder Kommunist die Politik der DDR offensiv in der Arbeiterklasse und in der ganzen Bevölkerung vertritt und den entfalteten Aufbau des Sozialismus in der DDR und ihre Friedenspolitik nutzt, um damit offensiv für die Veränderung der Politik in Westdeutschland zu wirken. So führen wir den Kampf gegen den Antikommunismus, der den deutschen Imperialisten und Militaristen als Hauptmittel zur Spaltung der Arbeiterklasse, zur Rechtfertigung des Abbaus der demokratischen Rechte und zur psychologischen Kriegsvorbereitung dient.

Wir haben als Kommunisten im Kampf gegen den Antikommunismus eine doppelte Aufgabe:

1. die Wahrheit über die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder zu verbreiten,
2. den westdeutschen Massen zu zeigen, daß die antikommunistische Hetze vor allem den Menschen in der Bundesrepublik selbst schadet.

Der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, der auf der 2. Tagung des ZK der SED beschlossen wurde, ist gerade für die ideologisch-politische Festigung unserer Partei von größter Bedeutung. Er lehrt uns, wie unsere Partei, wie die Arbeiterklasse kämpfen muß, um die Krise der „Politik der Stärke“ heute für das Volk zu nützen. Darum sollten wir nach dem Parteitag unsere Parteischulungsarbeit mit Hilfe des Grundrisses verbessern und beginnen, und seine Grundideen in der Arbeiterklasse zu verbreiten. In seinem Referat auf der 2. Tagung des ZK der SED hat Genosse Walter Ulbricht u. a. ausgeführt, welche Strategie und Taktik die deutschen Imperialisten entwickeln, um aus ihren politischen Krisen herauszukommen.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung enthüllt auch das schädliche Wirken des Antikommunismus.

Als die deutschen Imperialisten 1918 ihre Herrschaft bedroht sahen, diente ihnen die antibolschewistische Hetze dazu, große Teile des Volkes irrezuführen und so ihre Herrschaft wieder zu festigen. Antikommunistische Hetze und das Schüren nationalistischer und revanchistischer Gefühle waren die Mittel der Hitlerfaschisten, um das Volk vor den Karren der Aufrüstung und der Kriegspolitik zu spannen. Im Grunde ist die Taktik der deutschen Imperialisten heute dieselbe wie während der Weimarer Republik und in der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, wenn sich auch einige Methoden verändert haben. Damals richtete sich die antikommunistische Hetze gegen den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat, gegen die Sowjetunion und gegen die Lehre des Marxismus-Leninismus. Für jeden Kommunisten stand es damals außer Frage, jede Lüge, jeden Angriff auf die Sowjetunion ohne Zögern entschieden zurückzuweisen. Heute richtet sich die antikommunistische Propaganda vor allem gegen die DDR, wobei die deutschen Imperialisten auch weiterhin die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Länder und die Lehre des Marxismus-Leninismus verleumden. Wir müssen erreichen, daß jeder Kommunist heute erkennt: Die Zurückweisung jeder Hetze gegen die DDR und die SED ist seine erste Pflicht. Die Stellung zur DDR ist der Prüfstein eines jeden Kommunisten.

Dabei helfen uns die Erfahrungen, die die Werktätigen in ihrem Kampfe selber sammeln. Ein gutes Beispiel dafür ist die Bauernkundgebung in Itzehoe, an der über tausend Bauern teilnahmen. Einer der aktivsten Organisatoren dieser Kundgebung war ein Bauer, der einen Hof von 40 ha bewirtschaftet und als Kommunist bei den Landtagswahlen 1954 kandidierte. Um die Bewegung der Bauern in diesem Gebiet zu torpedieren, begann die monopolkapitalistische Presse eine wüste Antikommunistenhetze. Auf der Kundgebung gab der Redner, der parteilose Bauer Hönk, den antikommunistischen Hetzern darauf die Antwort:

„Wir lassen uns doch nicht das Maul verbieten. Ob ehemaliger Kommunist oder nicht: Bauer Holländer habe wenigstens den Mut gehabt, das auszusprechen, was eigentlich Aufgabe des Bauernverbandes gewesen wäre. Die Existenz unserer Familien und Höfe steht auf dem Spiel. Was hat das mit Kommunismus zu tun?!“

Die Genossen aus Baden-Württemberg berichteten darüber, daß in der Lohnbewegung und im Streik der Antikommunismus fast ohne Wirkung war. Die Arbeiter wollten nichts davon hören. Sie empfanden, daß das ihnen nichts helfen kann. Ebenso haben wir die Erfahrung, daß keinerlei antikommunistische Hetze gegen Genossen, die sich als gute Vertreter der Arbeiterinteressen erweisen, verhindern konnten, daß die Arbeiter diesen Genossen bei den Betriebsrätewahlen ihre Stimme gaben. Wir sollten der Bevölkerung zeigen, wie jeder Anschlag auf ihre Interessen mit der antikommunistischen Hetze begründet wird, ob es sich um das atomare Wettrüsten, um den Abbau der demokratischen Rechte und die Notstandsgesetze oder die „Maßhalte“-Politik, des Abbaus der Sozialversicherung und des Angriffs auf den Lebensstandard handelt.

Es ist erfreulich, daß auch in den Gewerkschaften und in bürgerlichen Kreisen Ansätze für ein richtiges Erkennen der Rolle und der Schädlichkeit des Antikommunismus vorhanden sind. Es mehrten sich die Stimmen in bürgerlichen Kreisen, die sich gegen den politischen Rufmord wenden, der sich des Mittels des Antikommunismus bedient, um damit jede Kritik gegen die Bonner Politik des Revanchismus und der Vorbereitung eines atomaren Krieges zu unterdrücken.

Auch in den Gewerkschaften mehrten sich Stimmen der Erkenntnis über die schädliche Rolle des Antikommunismus. So schreibt z. B. Lindemann in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“:

„Vergessen wir doch nicht, daß auch der Nationalsozialismus unter dem antikommunistischen Banner großgeworden ist, und daß noch heute viele Leute Hitler weitgehend damit zu rechtfertigen versuchen, daß sie ihm nachsagen, er habe wenigstens die Gefährlichkeit des Kommunismus erkannt und dementsprechend gehandelt. Vergessen wir aber auch nicht, daß ein Mann wie Franz Josef Strauß, fraglos einer der prominentesten und militantesten Antikommunisten in Westdeutschland, zu einer Zeit, da er bereits Bundesminister war, in einer öffentlichen Rede von der Möglichkeit gesprochen hat, das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen.“

Weiter schreibt er:

„Ideologische Verkrampfung und zumal der stupide Antikommunismus können verhängnisvolle Folgen haben, wenn man ihnen nicht rechtzeitig begegnet. Rechtzeitig begegnen heißt aber vor allem, die jungen Menschen mit dem Problem des Revanchismus konfrontieren, seinen Anachronismus aufdecken und seine moralische Unhaltbarkeit sichtbar machen.“)

Mit solchen Stimmen müssen wir stärker arbeiten, um anhand dieser Äußerungen den Kampf gegen Antikommunismus in den Gewerkschaften zu führen. Wir sprechen sehr viel von den positiven Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses. Das ist richtig und notwendig, da sie Ausgangspunkt des gemeinsamen Handelns sind. Aber darüber dürfen wir nicht vergessen, daß in Hannover auch Beschlüsse gefaßt wurden, die vom Geist des Antikommunismus geprägt sind. Diese sind ein Hindernis auch für die Durchführung der richtigen und guten gewerkschaftlichen Beschlüsse. Sie schädigen die Kampfkraft der Gewerkschaften. Vom Boden der Interessen der Arbeiterklasse aus müssen wir den Kampf gegen den Antikommunismus in den Gewerkschaften führen. Vom Boden des ureigensten Interesses — der täglichen und der weitergehenden — der Arbeiter aus, können und müssen wir nachweisen, daß die DDR für die Arbeiterklasse Westdeutschlands die größte Hilfe ist und die westdeutsche Arbeiterklasse an der Stärkung der DDR das größte Interesse hat. Dazu muß die Arbeiterklasse Westdeutschlands selbst ihren Beitrag leisten durch ihren Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus. Das ist zugleich die Erfüllung ihrer nationalen Pflicht, die Öffnung des Weges zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Genossinnen und Genossen! Die Reden der Delegierten hier auf dem Parteitag zeigen, daß wir einen ersten Erfolg bei der Zurückdrängung des Antikommunismus in den Volksbewegungen erreicht haben. Wir müssen den offensiven Kampf gegen den Antikommunismus weiter verstärken. Dann werden wir auch weitere Erfolge in der Hebung des Masseneinflusses unserer Partei haben. (Beifall)

) Nr. 7, 1961

Den Massen das Licht des Marxismus-Leninismus bringen

Genossinnen und Genossen! Ich möchte zu einem ideologischen Problem sprechen. Der gesamte Geist unserer Programmatischen Erklärung ist von der Leninschen Idee durchdrungen, daß der Kampf um Frieden und Demokratie eine unabdingbare Voraussetzung, ein notwendiger Bestandteil des erfolgreichen Kampfes um den Sozialismus ist. Heute, da ein von den Imperialisten entfesselter Atomkrieg zur Vernichtung der ganzen westdeutschen Bevölkerung führen würde, muß jede sozialistische, wirkliche revolutionäre Politik in der Bundesrepublik beginnen mit dem entschlossenen, breiten Kampf für eine Politik der friedlichen Koexistenz, für den Schutz der demokratischen Volksrechte. Die Hauptkraft dieses Kampfes ist die Arbeiterklasse. Sie wird umso klarer und zielbewußter handeln, je höher ihr Klassenbewußtsein entwickelt ist, je weiter und tiefer in ihr die Ideen des Marxismus-Leninismus verwurzelt sind. Die Klassenerziehung der Arbeiterklasse, die Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus und der sozialistischen Perspektive der Entwicklung in ganz Deutschland steht nicht nur nicht im Widerspruch zu den gegenwärtigen politischen Aufgaben, sie ist vielmehr ihre notwendige Ergänzung. Je besser wir diese Aufgabe lösen, umso überzeugtere, standhaftere Kämpfer werden wir für die in der Programmatischen Erklärung entwickelte Politik gewinnen.

Wir sind alle stolz auf die Feststellung der Programmatischen Erklärung, daß unsere Partei gemeinsam mit der SED auf deutschem Boden die Erbin der Ideen und des Wirkens von Marx, Engels und Lenin, von Wilhelm Liebknecht und August Bebel, von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann ist, Erbin und Trägerin der Ideen, von deren weltverändernder Kraft hier Genosse Kuusinen so begeistert gesprochen hat. Das erlegt uns aber auch eine hohe Verpflichtung auf, die zu erfüllen jeder Genosse als seine ehrenvolle Aufgabe ansehen muß.

Die herrschenden monopolkapitalistischen Kreise führen einen wütenden Feldzug gegen den Marxismus-Leninismus und scheuen vor keiner Lüge, vor keiner Fälschung und Täuschung zurück. Dabei haben sie die aktive Unterstützung der Gefolgsleute ihrer Herrschaft und ihrer Politik in der SPD-Führung. Der Haß gegen den Marxismus-Leninismus ist die Reaktion auf den beispiellosen Siegeszug unserer Ideen in der Welt. Er ist von der Furcht diktiert, daß die Arbeiter die Wahrheit über die Klassen- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik, über die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse und den Entwicklungsweg der Arbeiterbewegung, über die Grundlagen und Errungenschaften der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR erfahren können.

So haben rechte Führer der SPD die Hundertjahrfeier der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zum Anlaß genommen, durch eine grobe Verfälschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ihre Gemeinsamkeitspolitik mit dem Monopolkapital, mit der CDU/CSU zu rechtfertigen. Sowohl in der von Willi Eichler verfaßten Broschüre „Hundert Jahre Sozialdemokratie“ als auch in der von Carlo Schmid gehaltenen Hannoverischen Festrede wird versucht, die Gründung der deutschen Arbeiterpartei auf Lassalle zurückzuführen, den von Marx und Engels geschaffenen „Bund der Kommunisten“ und seine revolutionäre Tätigkeit während und nach der Revolution von 1848/49 zu verschweigen oder herabzumindern. Das ist ein aussichtsloses Beginnen.

Heute wacht die herrschende Arbeiterklasse in der DDR und ihre führende Kraft, die SED, nicht nur darüber, daß die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wahrheitsgetreu geschrieben wird, sondern sie gestaltet aktiv Geschichte im Geist von Marx und Engels, im Geiste der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse.

Was ist der Sinn der Entstellung der geschichtlichen Tatsachen durch Carlo Schmid und andere? Der Weg Lassalles — sein kleinbürgerlicher Reformismus, seine idealistische Vorstellung von einem über den Klassen stehenden Staat, seine Illusion vom allgemeinen Wahlrecht als Allheilmittel, seine prinzipienlose Mogelei mit Bismarck — das alles soll als der geschichtliche Weg der deutschen Arbeiterbewegung schlechthin dargestellt werden, den angeblich auch die alte deutsche Sozialdemokratie unter Führung Bebels und Wilhelm Liebknechts gegangen sei.

Aber diese Legende ist sehr schlecht erfunden. Die alte deutsche Sozialdemokratie, mit der Marx und Engels als unermüdlische Ratgeber und Helfer verbunden waren, war eine marxistische, eine sozialistische Partei der Arbeiterklasse und ihre Erben sind die SED und wir in der Bundesrepublik. Bis zur Jahrhundertwende, solange sie an den Prinzipien und am Geist des Marxismus festhielt, stand sie in der Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung. Noch 1920 sagte Lenin, als er auf

den schmachvollen Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie und der Zweiten Internationale während des ersten Weltkrieges zurückblickte, daß „die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie der Partei am nächsten kam, wie sie das revolutionäre Proletariat braucht, um siegen zu können“.

Wenn Carlo Schmid, Willi Eichler und andere sich abmühen, aus August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Paul Singer, aus den Führern der alten Sozialdemokratie Kronzeugen für ihre Gemeinsamkeitspolitik mit dem Monopolkapital und dem Militarismus zu machen, dann kann man ihnen nur zurufen: Das ist ein untauglicher Versuch, mit untauglichen Mitteln an einem für solche Zwecke untauglichen Objekt! August Bebel, dessen 50. Todestag wir in diesem Jahr begehen, ist durch sein ganzes Leben und Wirken in die Geschichte eingegangen als der Todfeind der kapitalistischen Gesellschafts- und Staatsordnung, als der leidenschaftliche Kämpfer gegen den wilhelminischen Militarismus, als Marxist, der das 20. Jahrhundert als das Jahrhundert der sozialen Revolution heranbrechen sah. Um der historischen Gerechtigkeit willen muß man auch sagen, daß die rechten SPD-Führer sich selbst auf Lassalle zu Unrecht berufen. Lassalles geschichtliches Verdienst war es immerhin, die deutsche Arbeiterbewegung von der Bourgeoisie loszulösen, eine organisatorisch selbstständige Arbeiterpartei zu schaffen. Als Lassalle starb, schrieb Engels in einem Brief an Marx — ich zitiere singemäß — jetzt werde die Bourgeoisie jubeln, denn der Mann in Deutschland — Marx und Engels lebten in der Emigration —, den sie am meisten gehaßt habe, sei nun gestorben. Wer heute behaupten wollte, das Monopolkapital habe Ursache, Führer wie Wehner, Eriker, Deist zu hassen, Führer — die alles daran setzen, die SPD völlig an das Großkapital zu ketten — der würde sicherlich einen stürmischen Lacherfolg ernten. Mit vollem Recht sagte Genosse Walter Ulbricht auf der 2. Tagung des ZK der SED, daß die rechten SPD-Führer, wenn sie unbedingt nach Vorfahren suchen, sich den Vater des Revisionismus, Eduard Bernstein, ausersuchen sollten.

Natürlich geht es bei den Versuchen, die Geschichte der Arbeiterbewegung zu fälschen, nicht so sehr um die Vergangenheit als um die Verwirrung der Werktätigen in der Gegenwart. Die Geschichte aber ist eine strenge, unerbittliche Richterin. Wer sie anruft, muß damit rechnen, daß seine Theorie und seine Praxis an ihren Resultaten gemessen wird. Denn über die Richtigkeit und Lebenskraft eines politischen Weges entscheiden letztlich Endes die praktischen geschichtlichen Ergebnisse. Ist es nicht entlarvend, daß Carlo Schmid in seiner Festrede, wenn er auf die großen Krisen der neueren deutschen Geschichte zu sprechen kommt, nichts anderes einfällt als ein ohnmächtiges: „Es kam der erste Weltkrieg“; „Es kam das Jahr 1933“. Wie es dazu kam, warum es dazu kam, wie es möglich war, daß trotz sozialdemokratischer Regierungen und Koalitionsregierungen nach 1918, trotz der langen Zeit, in der die SPD in der Weimarer Republik eine starke, große Partei war, die Barbarei des Faschismus in Deutschland zur Macht gelangte, ihren verbrecherischen Krieg entfesselte und unser Volk in die tiefste Katastrophe stürzte — darüber bewahren Carlo Schmid und Eichler ein vielsagendes Schweigen. Lassen wir für sie den Mann antworten, der damals Parteivorsitzender der SPD war, nämlich Otto Wels. Im August 1933 erklärte Wels vor dem Pariser Kongreß der sozialdemokratischen Internationale, als er Rechenschaft ablegen sollte über die tragische Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung: „Wir waren getrieben durch den Zwang der Verhältnisse, in einem stärkeren Maße als die Parteien — er meinte die Sozialdemokraten — irgend eines anderen Landes. Wir waren wirklich nur Objekt der Entwicklung.“ Hier ist im Kern der ganze historische Bankrott des Opportunismus in der Arbeiterbewegung formuliert. Darum ging und geht es auch heute in der Auseinandersetzung zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Opportunismus aller Spielarten.

Soll die Arbeiterbewegung Objekt oder Subjekt, Amboss oder Hammer sein? Der Weg des Opportunismus verurteilt die Arbeiterklasse stets dazu, Objekt und Anhängsel der Bourgeoisie zu sein. Der Weg des Marxismus-Leninismus macht sie zum Subjekt, zum aktiven, revolutionären Gestalter der Geschichte. Nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus konnte die Große Oktoberrevolution siegen, konnten die Völker der Sowjetunion eine neue Epoche in der Menschheitsgeschichte einleiten, konnte der Sozialismus auf einem Drittel des Erdballs triumphieren. Weil KPD und SPD sich im Osten Deutschlands auf der Grundlage des Marxismus zusammenschlossen, weil sie in der SED die geeinte marxistisch-leninistische Führungskraft schufen, konnten die Werktätigen der DDR die von Marx und Engels wissenschaftlich begründeten, von der alten Sozialdemokratie unter Führung Bebels, von Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam erstrebten Ziele verwirklichen.

Wenn führende Gewerkschaftsfunktionäre während des Metallarbeiterstreiks erklärten, die Bundesrepublik sei ein Staat, in dem nicht der arbeitende Mensch im Mittelpunkt stehe, sondern der Profit, so ist das im Grunde ein hartes Verdam-

mungsurteil über den von den rechten SPD-Führern nach 1945 erneut eingeschlagenen Weg der Spaltung der Arbeiterbewegung und des Antikommunismus. Der Streik der Metallarbeiter hat gezeigt, daß das Leben selbst, die Erfahrungen der Arbeiter im Kampf ihre Klassenerziehung vorantreiben. In dem vom ZK der SED geschaffenen Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung besitzen wir eine hervorragende Grundlage, um unseren Genossen, aber auch Sozialdemokraten und Gewerkschaftskollegen die wichtigsten Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zu vermitteln. Zur Propagierung der marxistischen Ideen in der Arbeiterschaft gibt es viele legale Möglichkeiten, die wir bisher keineswegs genügend nützen. In den Gewerkschaftsschulungen, in den Jugendorganisationen, in den Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen, überall gibt es die Möglichkeit, marxistische Auffassungen zu verbreiten. Unsere Parteiteilungen und die Betriebsgruppen sollten sich ständig damit beschäftigen, wie wir diese Arbeit verbessern können. Es ist bestimmt kein Zufall, daß wir gerade dort, wo in den Parteiorganisationen eine systematische Schulungsarbeit geleistet wird, wo die Genossen marxistische Zirkel mit sozialdemokratischen und parteilosen Gewerkschaftern, mit jungen Arbeitern und Studenten durchführen, besonders gute Erfolge im Parteaufgebot, in der Stärkung der Parteigruppen und in der Aktivierung der Genossen erzielt haben.

Das Streben nach den sozialistischen Ideen ist unter den Werktätigen, vor allem in der Arbeiterjugend, stark. An uns liegt es, den Werktätigen das Licht der Ideen des Marxismus-Leninismus zu bringen. Das wird dem Kampf der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte für Frieden und Demokratie, für soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Fortschritt machtvolle neue Energien zuführen. (Beifall)

Genosse Erich:

Für eine offensive Agitation

Genossinnen und Genossen!

Im Entwurf der Programatischen Erklärung und in den Referaten wird gefordert, daß wir mehr eine Partei der Aktion werden müssen. Daraus ergeben sich Schlußfolgerungen auch für unsere Agitation.

In der Vorbereitung und Durchführung des Kampfes der Metallarbeiter wurden auf dem Gebiet der Agitation eine Reihe wichtiger Erfahrungen gemacht. Die wichtigste ist, daß noch in keinem Streik vorher populäre Kampflosungen eine so große Rolle in der Arbeiterklasse und bei den Werktätigen gespielt haben.

Man kann feststellen, daß die meisten unserer Betriebszeitungen der metallverarbeitenden Industrie seit Wochen mitgeholfen haben, den Kampf um die Durchsetzung der gerechten Forderungen der Metallarbeiter vorzubereiten. Dabei haben die Beschlüsse der 19. und 20. Tagung unseres Zentralkomitees — die Arbeiterklasse verstärkt zum Klassenbewußtsein zu erziehen — eine große Rolle gespielt.

Ein Grundsatz der Agitation ist, daß sie konkret sein muß, um zu zünden. Sie muß immer zeigen wer der Feind ist. Dieser Grundsatz wird in unseren Betriebszeitungen jetzt besser verwirklicht, vor allen Dingen in der Vorbereitung des Lohnkampfes in Württemberg-Baden und Nordrhein-Westfalen. Das geschieht — um nur einige unter vielen zu nennen — in den Betriebszeitungen „Der Traktor“ von Klöckner-Deutz-AG, im „Daimler-Arbeiter“ und „Kanthaken“ von Phönix.

Ein weiterer Grundsatz der Agitation ist, daß sie angreift, daß sie offensiv ist. Das ist mit der Hebel, um zur Aktion zu kommen. Eine Reihe Betriebszeitungen handeln danach, vor allem in der Vorbereitung des Kampfes der Metallarbeiter; aber es gibt auch nicht wenige Zeitungen, die noch zu sehr aus der Verteidigung heraus schreiben.

Genossinnen und Genossen! Eine Sache ist interessant im Zusammenhang mit dem Metallarbeiterkampf. In unseren Betriebszeitungen, aber auch in Flugblättern und anderen Materialien werden gute Argumente, Vergleiche, Gegenüberstellungen und Reden von fortschrittlichen Gewerkschaftsfunktionären, zum Teil aus Reden am 1. Mai verwendet. Hervorheben muß man, daß die Gewerkschaftskollegen und Wissenschaftler aus der DDR den westdeutschen Metallarbeitern eine gute Unterstützung in ihrem Kampf geleistet haben. Einmal durch die Solidarität, zum anderen, indem sie zahlreiches Tatsachenmaterial aus der westdeutschen Wirklichkeit veröffentlichten.

Daraus ergibt sich eine wichtige Lehre: Man muß das beste, überzeugendste, massenwirksamste Material in der Agitation verwenden und man braucht keine Angst vor Wiederholungen zu haben. Viele der besten Losungen kamen von den Arbeitern selbst. Sie wurden im Kampf geboren! Ich denke dabei an solche Losungen, wie:

„Mit 185 000 Eier braucht man keine 8 Prozent, Herr Schleyer“
 „Heute Maßhalten — morgen Maulhalten“
 „Die Gewinne der Konzerne teilen wir uns gerne“
 „Lohnkampf stoppt Notstand“
 „Dem Armen wenig — dem Reichen viel — das ist der alte und neue Stil“
 „Mitarbeit beim Aufbau, Klassenkampf beim Teilen“
 „Mit dem Kommunistschreck nimmt man uns die Freiheit weg“.

Die meisten dieser Losungen reißen unmißverständlich die Klassenfronten auf und beziehen die Position der Arbeiterklasse. Bei den meisten Losungen bedarf es keiner weiteren Erläuterung.

Aber machen wir uns nichts vor, Genossen: Gegenüber der Riesenpropaganda-Offensive der Metallbosse, der Unternehmerverbände und der Bonner Regierung war die Aufklärungsarbeit durch die Betriebszeitungen, Gewerkschaftszeitungen, gewerkschaftliche Streiknachrichten und Flugblätter doch gering. Überprüfen wir doch einmal kritisch: Sind überall und sofort Betriebszeitungen bzw. Flugblätter herausgegeben worden? Auch in anderen Industriezweigen? Sind Genossen, die einen Namen in der Arbeiterklasse haben, mit Flugblättern, Briefen usw. hervorgetreten und haben ihre Meinung zum Metallarbeiterstreik gesagt und die Metallarbeiter unterstützt? Leider nur viel zu wenig!

In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung zur „Bild“-Zeitung unbedingt notwendig. Bekanntlich wird dieses Hetzblatt von vielen Arbeitern gelesen. Kaum eine Zeitung ist den streikenden Arbeitern so in den Rücken gefallen wie dieses infame Einpeitscher-, Antistreik- und Antigewerkschaftsblatt. Darum hätte man sich besonders in den Streikgebieten mit dieser Zeitung auseinandersetzen müssen.

Es gibt auch weitere Möglichkeiten gegen die Propagandaflut der Konzerne anzukämpfen. Ich las z. B. eine längere Leserzurschrift an eine große Zeitung. Der Verfasser setzte sich darin mit den Lügen der Unternehmer auseinander. Er führte die Profite von mehreren Großbetrieben im Einzelnen an, half die Unternehmerlügen zu entlarven und gab so den Arbeitern Argumente. Die Leserzurschrift ist ungekürzt erschienen. So kommen die guten Argumente schnell in Tausende Hände.

Dieser Leserbrief hatte eine solche Wirkung, daß die Informationsstelle des Bayrischen Unternehmerverbandes sich gezwungen sah, zwei Tage später an der gleichen Stelle eine Antwort darauf zu geben. Dabei wird zugegeben, daß es eine Klassenkampfstimmung gibt, daß die Dividenden der Unternehmer wirklich so hoch sind, und dann werden die Arbeiter gebeten, doch zu bedenken, daß auch im Hinblick auf die Dividenden wieder schlechtere Zeiten kommen könnten. Durch den Leserbrief wurden die Unternehmer gestellt und in die Defensive gedrängt.

Genossinnen und Genossen! Unsere Agitation, die auf die Aktion ausgerichtet ist, muß immer mehr überzeugend dahin wirken, daß die Arbeiter, insbesondere die jungen Arbeiter, daran interessiert werden, Mitglied unserer Partei zu werden. Insbesondere im Zusammenhang mit Bewegungen, sei es bei Streiks, Kundgebungen, müssen wir das Augenmerk auf die aktivsten, kämpferischsten, vor allem junge Menschen richten und uns laufend darum bemühen, gerade diese mit unseren Argumenten zu versehen und sie systematisch für unsere Partei zu gewinnen. (Lebhafter Beifall)

Genosse Paul:

Betriebsrätewahlen im Zeichen des Kampfes für Einheit

Genossinnen und Genossen! Die Diskussionen über die Dokumente unseres Parteitages fielen in die Zeit der Vorbereitung und Durchführung unserer Betriebsratswahlen. Gestattet mir, dem Parteitag zu berichten, wie unsere Betriebsgruppe an diese Aufgabe herangegangen ist und wie uns die Diskussionen über die Dokumente unseres Parteitages geholfen haben, richtige Entscheidungen zu treffen für die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten im Betrieb und mit den Funktionären der Bezirksleitungen und der Ortsverwaltungen der Gewerkschaften, die — wie es in dem Entwurf heißt — mit der Arbeiterklasse verbunden sind und soziale und demokratische Reformen anstreben.

Bei unseren gemeinsamen Beratungen in der Betriebsgruppe und in den Aussprachen unserer Genossen Betriebsräte gab es von Anfang an keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß es notwendig und richtig ist, alles zu unternehmen, um eine Listenwahl zu verhindern und die gewerkschaftliche Einheitsliste zu erreichen und durchzusetzen. Die Betriebsgruppe stellte sich die Aufgabe, die Belegschaft über die Bedeutung gerade der diesjährigen Betriebsratswahlen zu informieren und darzulegen, was an Angriffen von seiten des Konzerns auf die Belegschaft zukommt

im Hinblick auf die Beschneidung der sozialen und demokratischen Rechte, daß zur Abwehr dieser Angriffe der Konzernleitung unbedingt die Einheit der Belegschaft notwendig ist. In den letzten zwei Jahren hat die Konzernleitung in diesem Betrieb viele innerbetriebliche Vereinbarungen gekündigt und sogenannte Sparmaßnahmen eingeführt, die über die Verteuerung des Kantinenessens bis zum Entzug einer Milchzulage für besonders gesundheitsgefährdete Abteilungen Erschwerungs-, Schmutz- und sonstigen Zulagen gingen.

Unsere Betriebszeitung, die seit dem Verbot unserer Partei trotz aller Maßnahmen des Gegners ununterbrochen und regelmäßig in die Belegschaft hineingetragen worden ist, legte schon sehr frühzeitig die Auffassung der KPD zu den diesjährigen Betriebsratswahlen dar. Es erschienen zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen mehrere Ausgaben unserer Betriebszeitung. Der Aufruf unseres Zentralkomitees zu den Betriebsratswahlen erschien in besonders hoher Auflage unserer Betriebszeitung. Zweifellos hat diese politische Aufklärungsarbeit unserer Betriebszeitung wesentlich dazu beigetragen, Klarheit darüber zu schaffen, daß es notwendig ist, den Angriffen der Konzernleitung das einheitliche Handeln der Belegschaft entgegenzustellen und jede Zersplitterung der Belegschaft zu vermeiden.

Aber wesentlich stärker als diese Agitationsarbeit durch unsere illegale Betriebszeitung wirkte sich das offene und mutige Auftreten unserer Genossen als Kommunisten in den Vertrauensmännersitzungen und auch in den Abteilungsversammlungen aus. Sie entwickelten dort betriebliche Forderungen und gaben der Belegschaft die richtige Orientierung auf die Betriebsratswahlen. Dabei beschränkten sie sich bei ihrem Auftreten in den Vertrauensmännersitzungen und auch in den Belegschaftsversammlungen nicht nur auf soziale Forderungen, sondern traten sie stets mutig und prinzipienfest auf. Diese prinzipienfeste Haltung zeigten sie in der Zurückweisung des Antikommunismus, in der offensiven Verteidigung der Politik der DDR und der Sowjetunion. Damit haben sie sich eine große politische Autorität geschaffen, und ihre Auffassungen haben heute in der Belegschaft großes Gewicht.

Das kameradschaftliche Gespräch

In der Folgezeit gab es mehrere Gespräche zwischen den Sozialdemokraten, unseren Genossen und den christlichen Kollegen, vor allem mit Funktionären der Gewerkschaftsleitung und auch der Ortsverwaltung. Unsere Genossen übergaben auch einer ganzen Reihe sozialdemokratischer Funktionäre unsere Programmatische Erklärung und diskutierten mit ihnen über unser Dokument. Natürlich gibt es noch sehr viele Meinungsverschiedenheiten, aber der Beginn der politischen Diskussion ist gemacht. Unsere Genossen haben gerade bei der Diskussion über die Programmatische Erklärung festgestellt, daß die Basis der Zusammenarbeit mit vielen Sozialdemokraten breiter und besser geworden ist und daß sich viele sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre sehr deutlich der Gefahren bewußt sind, die es für die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiter gibt. Es zeigte sich aber auch, daß viele örtliche sozialdemokratische Funktionäre den Verfechtern der Spaltungspolitik und des wütenden Antikommunismus das Wort reden und versuchen die Linie durchzusetzen: Kommunisten raus aus dem Betriebsrat! — Gerade bei der Diskussion über die Programmatische Erklärung in der Betriebsgruppe und mit unseren Genossen Betriebsräten zeigte sich auch hier wieder, wenn solche sozialdemokratischen Funktionäre mit ihrem Antikommunismus und ihren Hetztiraden kommen, daß unsere Genossen dann oft nicht mehr in der Lage sind, richtig zu differenzieren. Wenn unsere Genossen von der Gesamtheit der SPD sprechen, dann meinen sie damit in erster Linie Brandt, Wehner, Erler und deren Politik, und sie sehen nicht mehr die Masse der sozialdemokratischen Mitglieder. Im Ort, Betrieb oder Kreis sehen sie in erster Linie solche Funktionäre, die versuchen, die Wehner-Politik durchzusetzen, und sie sehen nicht mehr die großen Möglichkeiten, die in der Masse der sozialdemokratischen Mitgliedschaft im Betrieb, im Ort und im Kreis vorhanden sind. Unsere jahrelange systematische Aufklärungsarbeit mit der Betriebszeitung und das Auftreten unserer Genossen in den Vertrauensmännersitzungen und Belegschaftsversammlungen haben wesentlich dazu beigetragen, daß diese örtlichen Funktionäre, die dem Antikommunismus das Wort reden, sowohl in der Betriebsgruppe der SPD als auch in der Ortsverwaltung der Gewerkschaft in der Isolierung waren und ihre Linie „Kommunisten raus aus dem Betriebsrat“ keinen Anklang gefunden hat. Das heißt, die Betriebsvertrauensmännersitzung, die die betriebliche Einheitsliste befürwortete und sie dann auch endgültig beschlossen hat mit einer dreifachen Zahl von Kandidaten, war zweifellos ein großer Erfolg der beginnenden Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der Genosse schilderte dann in allen Einzelheiten die richtige Arbeit der Betriebsgruppe bei den Betriebsratswahlen und ihren erfolgreichen Kampf für das einheitliche Handeln der Belegschaft dieses Großbetriebes. (Beifall.)

Die Betriebsgruppe — Organisator der betrieblichen Kämpfe

Genossinnen und Genossen! Unsere Programmatische Erklärung und das Referat legten ganz klar die Politik und die Aufgabenstellung der Partei für die nächste Periode dar. Es kommt nun darauf an, diese Politik und diese Aufgabenstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu verwirklichen, in erster Linie aber in der Arbeiterklasse, in den Betrieben und unter den Bauern.

Die im letzten Jahr bei verschiedenen Aktionen unserer Betriebsgruppe gesammelten Erfahrungen haben uns bewiesen, daß die Möglichkeiten dazu, diese Politik und diese Aufgabenstellung zu verwirklichen, vorhanden sind. Diese Möglichkeiten werden umso größer sein, je besser es uns gelingt, in den Betriebsgruppen Klarheit über den Zusammenhang der politischen und betrieblichen Probleme auf Grund des Militarisierungsprozesses der Wirtschaft, über die Politik unserer Partei zu schaffen, und darüber, wie wir unsere Politik innerhalb und außerhalb des Betriebes auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Beschlüsse durch einheitliches Handeln der Belegschaft zum Tragen bringen können.

Als es uns gelang, in den vorhin genannten Fragen zu einer gewissen Klarheit zu kommen, da konnten wir auch in unserem Betrieb eine Reihe von Erfolgen erzielen. So gelang es der Betriebsgruppe, die für das Parteaufgebot gesteckten Ziele um 50 Prozent zu überbieten. Es waren 10 Neuaufnahmen vorgesehen. Es wurden aber 15 junge Mitglieder in die Betriebsgruppe aufgenommen.

In den Kämpfen der Belegschaft gegen den sozialen Abbau, gegen die bargeldlose Lohnzahlung, gegen die Verteuerung des Kantineessens, gegen die Erhöhung der Preise und Mieten und dagegen, daß der Unternehmer ganz brutal zum Lohnraub ansetzte und die Akkordlöhne um 10 bis 20 Prozent kürzen wollte, gelang es, die Belegschaft zu Aktionen zu bringen. Die Akkordarbeiter wehrten sich durch Streik gegen die Lohnkürzung.

Das alles ist natürlich nicht so einfach gegangen, wie sich das jetzt anhört. Wir waren uns darüber klar, daß die sozialen Bewegungen das Hauptkettenglied in unserem Betrieb sind. Diese Frage war ein dreiviertel Jahr lang in Diskussionen, in den regelmäßigen Vertrauensmännerversammlungen mit sozialdemokratischen Genossen und in jeder Nummer der Betriebszeitung zur Sprache gekommen. Jetzt war es so, daß wir diesen oder jenen Genossen am Ärmel ziehen und sagen mußten: Es ist jetzt noch nicht soweit! — Nachdem uns diese Frage aber klar war, gelang es uns auch, zu Aktionen zu kommen.

Kampf gegen Notstandspraxis erfolgreich

Das Wichtigste war natürlich, daß uns diese Aktion die Erkenntnis vermittelte, daß wir aus Aktionen um ökonomische Tagesinteressen zu politischen Aktionen, zu Aktionen gegen die Notstandsgesetze kommen können.

Das war praktisch der erste Streik in dem Betrieb, bei dem der Unternehmer Polizei einsetzte. Plötzlich tauchten drei Mannschaftswagen der Polizei im Betrieb auf. Die Leitung der Betriebsgruppe reagierte sehr gut darauf. Sie kam sofort mit einem Flugblatt heraus, das den Arbeitern die weitere Orientierung gab: Polizei ist im Betrieb. Das sind die Notstandsgesetze! — Die Arbeiter sahen, daß sie hier streiken und daß die Polizei da ist. Sie erkannten, daß die Kommunisten recht haben.

Auf diese Art gelang es uns auch, zusammen mit Delegationen aus den Betrieben, daß Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam beim DGB vorstellig wurden und eine öffentliche Protestkundgebung gegen die Notstandsgesetze forderten.

Ich möchte noch ein anderes Beispiel bringen. Als die CDU ihre Hetze gegen den Generalstaatsanwalt Bauer entfachte, da gab es die Initiative, eine Resolution zu verfassen und an den Justizminister zu schicken mit der Aufforderung, sich schützend vor diesen Generalstaatsanwalt zu stellen. Das war eine schöne Sache. Das war eine politische Initiative. Aber was war das Wichtigste dabei? Diese Resolution wurde mit 45 Unterschriften abgeschickt. Darunter waren 35 sozialdemokratische Genossen, die die Resolution unterschrieben hatten. Bei dieser Aktion erkannten die sozialdemokratischen Genossen: Die Kommunisten meinen es ehrlich. Es ist nicht so, wie man uns erzählt, daß sie nur ihr eigenes Süppchen kochen wollen. Sie stellen sich sogar, wenn es darauf ankommt, vor den sozialdemokratischen Generalstaatsanwalt! — Auf diese Weise gelang es, sehr gute Voraussetzungen für die weitere Arbeit und für die Aktionseinheit zu schaffen.

Diese ganzen Aktionen haben sich natürlich auch auf die Betriebsratswahl ausgewirkt. Angefangen vom Streik bis zum Verhalten nach dem Streik haben alle immer wieder gesehen: Die Kommunisten sind für uns. Sie vertreten unsere Interessen. Das alles haben wir aus diesem Streik gegen den Akkord heraus entwickelt.

Um aber zu diesen Erfolgen zu kommen, ist es notwendig gewesen, daß die Betriebsgruppe sowie die Leitung regelmäßig zusammenkommen. Bei diesen Zusammenkünften wurde in den kollektiven Diskussionen Klarheit über das Wie geschaffen. Dadurch waren die Genossen in der Lage, offensiv aufzutreten und eine Politik auf breiter Basis und in weiter Sicht zu machen.

Durch dieses offensive Auftreten der Genossen und durch die Einbeziehung großer Teile der Betriebsgruppe ist es heute so, daß die Betriebsgruppe aus dem Leben des Betriebes nicht mehr wegzudenken ist. Die Betriebsgruppe der KPD gehört heute mit zum betrieblichen Leben.

Weiterhin war es notwendig, auch unsere Beziehungen zu den sozialdemokratischen Genossen zu ändern. Da muß noch sehr viel geändert werden. Die Vertrauensmännerversammlungen müssen einen gemeinsamen Charakter haben. Es dürfte nicht mehr so sein, daß hier die Sozialdemokraten und dort die Kommunisten diskutieren, sondern wir müssen in den Vertrauensmännerversammlungen anstreben, daß geduldig und kameradschaftlich die Probleme diskutiert werden. Dabei geht es vor allem um die Frage: Wie können wir das, was im Betrieb auf uns zukommt und sich gegen die Interessen der Arbeiter richtet, gemeinsam verhindern?

Politische und ideologische Erziehung Unterpfand der Erfolge

Das alles hört sich ganz schön und gut an. Aber das durchzuführen ist meistens etwas schwerer. Das war ein langer und harter Erziehungsprozeß, in dem Meinung gegen Meinung stand, in dem jeder Beschluß solange diskutiert wurde, bis es Klarheit gab.

Trotz der Verbesserung unserer Beziehungen zur SPD ist es noch nicht so, daß die Genossen immer eine gemeinsame Plattform finden. Man sieht auch noch zuviel das Trennende. Das zeigte sich speziell in den ganzen Vorbereitungen zum 1. Mai. Als in den Vertrauensmännerversammlungen über die Vorbereitungen zum 1. Mai gesprochen wurde, sagte ein Vertrauensmann: Wenn ich das schon höre, Vorbereitungen zum 1. Mai, dann kocht die SPD ihre eigene Suppe. So konnte man natürlich keine Aktionseinheit machen. Ein sozialdemokratischer Vertrauensmann stand natürlich sofort auf und sagte: Nun hör mal zu, wieso eigene Suppe kochen? Soweit ist es noch nicht bei uns, daß die Armee bei uns vorneweg marschliert. Der Kollege machte dann einen zweiten Fehler. Er wich zurück, und es ist nicht gelungen, in dieser Abteilung den 1. Mai gemeinsam vorzubereiten.

Untergegangen in unserem Betrieb ist auch die Frage der Rüstung. Ich meine, wir können nicht allgemeine kontrollierte Abrüstung fordern, wenn wir im Betrieb vergessen, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Rüstungen aus dem Betrieb herauskommen. Wir hatten vor zwei Jahren einen sehr guten Anfang, aber die Sache ist dann zu kurz gekommen, weil wir sie nicht mit dieser Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit verfolgt haben, mit der wir an die Lösung der sozialen Bewegungen herangegangen sind. Wir haben vielleicht auch in dieser Beziehung ein bißchen zu viel nach Genf geschickt und gedacht, der große Bruder wird das schon machen.

Eine große Bedeutung dafür, in unserem Betrieb solche Möglichkeiten zu schaffen, hat unsere Betriebszeitung. Sie erscheint regelmäßig und wird im ganzen Betrieb verteilt. Nebenbei bemerkt, die Bestätigung, daß wir da richtig gehandelt hatten, bekamen wir vom Klassengegner. In dem Moment, wo die Zeitung überall im Betrieb auftauchte, schrieben die bürgerlichen Zeitungen darüber, beschäftigte sich die CDU das erste Mal mit der Arbeit unserer Betriebsgruppe. Die Zeitung nimmt zu den betrieblichen und politischen Problemen Stellung, bemüht sich, den Ausweg zu zeigen und weist anhand von Beispielen aus dem Kampf der Arbeiterklasse nach: wenn wir einheitlich und geschlossen handeln, dann steht der Erfolg auf unserer Seite, dann ist es unser Sieg. So wurde unsere Zeitung, die in den vergangenen Jahren kollektiver Propagandist und Agitator war, im vergangenen Jahr bei diesen Aktionen auch verstärkt zum kollektiven Organisator. Es ist uns gelungen, unserer Betriebszeitung die Bedeutung zu geben, die sie als Betriebszeitung, die an den Brennpunkten des Klassenkampfes erscheint, haben muß.

Leider ist es natürlich noch nicht so, daß diese Betriebszeitung von der ganzen Betriebsgruppe getragen wird. Es sind noch zu wenige Genossen, die die Zeitung schreiben. Wir haben uns bemüht, jede Zeitung im Kollektiv ausführlich zu diskutieren. Unsere Betriebszeitungen gehen als einzelne Exemplare bis durch 80 Hände.

Wir sind auch überzeugt, je größer die Fortschritte sind, die wir bei der politischen und ideologischen Festigung unserer Betriebsgruppe erzielen, umso leichter wird es auch sein, die gesamte Betriebsgruppe in die Aufgabenstellung der Zeitung einzubeziehen.

Genossinnen und Genossen! Die Zeit ist reif, die Möglichkeiten sind vorhanden. Jetzt liegt es ganz an uns, aus diesen Möglichkeiten zu machen, was notwendig ist. (Lebhafter Beifall)

Lehren aus einem Streik für den Kampf um demokratische und soziale Rechte

Genossinnen und Genossen! Im Abschnitt III der Programmatischen Erklärung heißt es u. a.:

„Wenn die Arbeiterklasse die im Kampf um die sozialen Tagesinteressen vielfach vorhandene Aktionsgemeinschaft auch in den großen politischen Lebensfragen herstellt, wird sie imstande sein, die Offensive für die Sache des Volkes zu ergreifen.“

Vor einiger Zeit ging der fünfzehntägige Streik der Belegschaft eines mittleren Metallbetriebes zu Ende, der von Anbeginn einen betont politischen Charakter hatte. Hier ging es nicht unmittelbar um soziale Forderungen, sondern einfach um die Wiedereinstellung von zwei entlassenen Betriebsräten, um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse. Es war dies der längste Kampf, der in dieser Form in unserem Lande nach 1945 geführt wurde. Gestattet mir darum, daß ich über einige wertvolle Erfahrungen und Erkenntnisse, die die Partei in diesem Kampf gewonnen hat, hier berichte.

Der Grund für die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters war ihre Teilnahme an der Vorbereitung der Urabstimmung außerhalb des Betriebes. Die Stellungnahme des Unternehmers lautete:

„Die Betriebsräte befinden sich in einem Irrtum, wenn sie glauben, außerhalb des Betriebes tun und lassen zu können, was ihnen beliebt!“

Wie in der Leibeigenschaft!

Dazu muß man folgendes wissen: Vor drei Jahren gab es in diesem Betrieb keinerlei gewerkschaftliche Organisation und keinen Betriebsrat. Wer als Mitglied der IG Metall bekannt wurde, wurde einfach hinausgeworfen. Aber heute ist die Belegschaft dieses Betriebes zu 80 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Es wurde die Streikgenehmigung vom Hauptvorstand in Frankfurt eingeholt, da der tariflose Zustand in Nordrhein-Westfalen vorhanden war.

Genossen! Gestattet mir, einige interessante Einzelheiten über die Methodik des Klassenfeindes hier aufzuzeigen.

Vom 1. Mai an, als die Streikfront stand, bot der Unternehmer jedem, der zum Streikbruch bereit war, ein Handgeld von 10 Mark und eine sofortige Stundenlohnerhöhung von 40 Pfennigen an. Die 8 Prozent, die von der IG Metall gefordert wurden, hätten im Durchschnitt nur 15 Pfennig ausgemacht. Dann führen die leitenden Angestellten mit ihren Mercedes 220 usw. los, um die Frauen der Streikenden zu bearbeiten, sehr massiv zu bearbeiten, zu beeinflussen mit Lockungen, Drohungen und dergleichen mehr. Dann kam der massive Versuch, durch den Antikommunismus die Einheit zu spalten. Darüber wird noch zu berichten sein.

Als das alles nichts fruchtete, gingen sie dazu über, in anderen nicht bestreikten Betrieben Kräfte von außerhalb als Streikbrecher zu werben, für Arbeiten nach Feierabend. Als das nichts half, versuchte man, Lohnaufträge in anderen Betrieben ausführen zu lassen. Auch dort wurde es abgelehnt.

Dann appellierte man an die Unternehmer, an ihre Solidarität, und zwar bat man, doch für die Dauer des Streiks je Betrieb ein bis zwei Fachkräfte leihweise abzustellen. Aber auch das half nichts.

Wie reagierten Gewerkschaft und Belegschaft darauf? Die Hauptsorge galt im ersten Stadium einer starken Streikleitung und einem straffen System von Streikposten und aktiven Helfern. So wurden Agitationsgruppen gebildet, Gegenbesuche bei Frauen durchgeführt. Dort, wo sich einer irreführen ließ und für einen halben Tag in den Betrieb ging, wurde er abends aufgesucht und für den Streik gewonnen. Täglich gab es schriftliche Streikinformationen, Streikversammlungen.

Im Vordergrund stand aber von Anbeginn die Entfaltung einer breiten Solidaritätsbewegung. Das war umso wichtiger, als durch die kurzfristige Organisation in diesem Betrieb der durchschnittliche Unterstützungssatz der Gewerkschaft etwa bei 52 Mark lag. Es war also eine brennende Notwendigkeit, so früh wie möglich mit der Solidarität zu beginnen. Ich betone das, weil es Auffassungen gab: Es ist zu früh, damit zu beginnen. — Man kann bei Kämpfen nicht früh genug mit der Solidarität beginnen.

Am nächsten Tag traten Kollegen des bestreikten Betriebes an ihre Streikleitung mit dem Vorschlag heran, einmal in das Betriebsratszimmer einer großen Schachtanlage zu gehen. Das wurde gemacht. Erfolg: Es fand am selben Abend eine gemeinsame Sitzung der gesamten Schachtgruppengewerkschaftsleitung von Vertre-

tern der IG Bergbau und Energie mit der Streikleitung des Betriebes, statt. Es herrschte eine hervorragende Kampf Stimmung. Die ganze Sitzung dauerte nur eine Stunde, und alles, obwohl bekannt war, daß der fristlos entlassende Betriebsratsvorsitzende ein Kommunist war und sich die Schachtgruppengewerkschaftsleitung vornehmlich aus Sozialdemokraten zusammensetzt. Es wurde beschlossen, 4000 Flugblätter zu drucken, einen Aufruf zur Sammlung, zur Solidarität.

Seht, Genossen, es ist natürlich wichtig, das Ergebnis zu wissen. Es wurden 2900 Mark gesammelt, und das drei Tage vor dem Lohtag. Aber ich meine, das noch Wichtigere darin zu sehen, daß es eine breite Auswirkung gab. Es fand eine Pressekonferenz statt, Presse, Rundfunk und Fernsehen kamen dorthin. Die öffentliche Meinung wurde auf die Seite der Streikenden gezogen. Das ging soweit, daß die Kinder in der Schule Aufsätze darüber schreiben mußten. (Heiterkeit)

Auch die Frage, daß es keinen Streikbruch von außen gab, beziehe ich darauf.

Ich kann Euch einen lustigen Fall erzählen. Nachmittags kam einer auf den Sportplatz. Da erschallten Sprechchöre: Streikbrecher! — Er mußte gehen. So wurde von seiten der Streikenden — nicht von der „Bild“-Zeitung — öffentliche Meinung gebildet.

Sach-, Lebensmittel- und Geldspenden wurden im Streiklokal abgeliefert. Das war das Wesentliche. Vom Konsum, aus den Schlächtereien wurden zunächst die familienreichen Kollegen beliefert.

Liebe Genossinnen und Genossen! 90 Prozent dieser Belegschaft sind Katholiken. Das muß man wissen. Die übrigen, das ist die Minderheit, waren Kommunisten und Sozialdemokraten. Vorhin wurde hier gesagt, man sollte sich viel mehr auf Parteilose orientieren, nein, Genossen, diese paar Sozialdemokraten und Kommunisten gingen voraus, und geschlossen standen die christlichen und parteilosen Arbeiter dann dahinter.

Ganz kurz noch zum Antikommunismus. In den ersten 4 bis 5 Tagen waren jede Menge „Bullen“ bei den Streikposten. Man kam mit solchen Dingen: „Ihr wißt doch, er ist ein Kommunist. Ihr streikt für einen Kommunisten.“ — Nun, Antworten gab es auch jede Menge, ich will nur die typischen herausuchen: „Was er ist, ist seine Privatsache. Er vertritt uns am besten, und das ist das, was wir anerkennen.“ Oder sie sagten: „Wieso Kommunist? Wer die Feinde hassen, den müssen wir lieben.“ — Sie kamen mit der Masche: „Na, Ihr wißt doch, er hat die Mauer befürwortet; es hat doch einen Auftritt gegeben bei der Gedenkminute zum 13. August.“ Die Arbeiter sagten: „Na und? Pfeif auf die Mauer“ — sie haben es anders gesagt, ich bin vornehmer — (Heiterkeit) „und wenn schon.“ „Wir haben einen“, so erzählten die beiden jungen Streikposten, „der hat Frau und drei Kinder sitzengelassen, der ist von der Volksarmee desertiert, und jetzt ist er bei uns desertiert, ist Streikbrecher. Erzählt dem Alten, er soll es sich überlegen, eines Tages könnte auch bei ihm auf dem Werk das Zeichen VEB stehen.“ (Heiterkeit)

Das sind nur einige prägnante Beispiele dafür, wie das Klassenbewußtsein sprunghaft wächst und die Dinge, über die man sich wer weiß wie oft rumgebalgt hat, mit einem Schlag klar sind.

Allerdings gab es eine Schwäche, die auch der Genosse Vorredner erwähnt hat. Der Streik endete zwar mit einem Kompromiß. Die Bezirksleitung der IG Metall vertrat den irrigen Standpunkt, daß nach Beendigung des tariflosen Zustandes dieser Streik, der keinesfalls zusammengebrochen ist, „illegal“ sei. Dabei berücksichtigte man nicht die Gewerkschaftssatzung, wo im Absatz 5 des § 11 diese Dinge etwas anders ausgelegt werden.

Obwohl angekündigt wurde: „Keine Unterstützung mehr für den illegalen Streik!“, sprachen sich bei einer dritten Urabstimmung, die notwendig wurde, 62 Prozent für die Weiterführung des Kampfes aus. Die Streikleitung erkannte aber diese Dinge richtig. So wie der Kampf begann, wurde er auch beendet. Aber selbstverständlich macht eine Schwalbe noch keinen Sommer.

Ich möchte noch einmal die wesentlichsten Punkte der Erfahrungen vermitteln:

1. Es ist möglich, über soziale Forderungen hinaus die Aktionseinheit im Kampf für Demokratie und Verteidigung der demokratischen Rechte zu schaffen.

2. Die Bedeutung der Losung „Mit dem Kommunistschreck nimmt man uns die Freiheit weg!“ beginnt immer stärker in das Bewußtsein der Arbeiter einzudringen, besonders wenn sie im Kampf für ihre Interessen stehen.

3. Der Klassenfeind hat die Jugend nicht für sich gewonnen. Gewiß ist die junge Generation noch nicht so weit, daß sie an alle Fragen des gesellschaftlichen Lebens klassenmäßig herangeht. Aber wehe, wenn diese Jugend für ihre Interessen in den Kampf geführt wird! Dann haben die Herrschaften nichts mehr zu lachen.

Es ist wahr: Die große Auseinandersetzung ist nur verschoben, sie ist keinesfalls aufgehoben. Die Sozialpartnerschaft hat einen tödlichen Schlag erlitten. Der Klassenkampf steht auf der Tagesordnung! (Beifall)

Genosse Felix:

Streikkampf — Schmiede der Aktionseinheit

Genossinnen und Genossen! Als Metallarbeiter aus Süddeutschland fühle ich mich verpflichtet, einiges zum Metallarbeiterstreik zu sagen. Im Entwurf der Programatischen Erklärung steht auf Seite zwei der bedeutsame Satz, einen neuen Abschnitt im Kampf der Arbeiterklasse hat der größte Streik der Metallarbeiter eingeleitet. Die eigenen Erfahrungen haben die Arbeiter den Zusammenhang zwischen sozialen Forderungen und der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Rüstungs- und Notstandskurs gelehrt.

Dieser neue Abschnitt hatte sich beim letzten Lohnabkommen im vorigen Jahr in Württemberg-Baden schon abgezeichnet. 1962 waren schon Großkundgebungen und Warnstreiks nötig, um die Unternehmer überhaupt an den Verhandlungstisch zu bringen. Nach dem Ergebnis, das noch ohne Streik zustande kam, hat Herr Paulsen, durch die Frage von Journalisten herausgefordert, warum die Unternehmer nun doch nachgegeben haben, unverfroren erklärt: Ohne Notstandsgesetze blieb uns keine andere Wahl. — Diesmal wollten die Unternehmer den Kampf mit dem Ziel führen, die größte Gewerkschaft in Westdeutschland zu zerschlagen. Statt Angebote hagelte es Provokationen am laufenden Band. Eine Provokation war die Forderung nach der Lohnpause, wir müssen die Lohnlokomotive anheizen. Dafür haben sie das Wort „Lohnlokomotive“ extra geprägt. — Die Arbeiter aber behielten klaren Kopf; denn sie spürten von dieser Lohnlokomotive überhaupt nichts, aber dafür spürten sie die Preislokomotive.

Weiter wurde verlangt, die Arbeitszeitverkürzung nach dem Bad Homburger Abkommen vom 1. April 1954 rückgängig zu machen. Unter dem Druck der Demonstrationen und der Kampfbereitschaft der Arbeiter kam dann ein Angebot, das für sich allein wieder eine Provokation der Metaller war. Was aber noch viel wichtiger ist: es wurde auch als eine Provokation empfunden.

Die Einschüchterungsversuche der Unternehmer durch ihre Briefe an die Metallarbeiter bewirkten genau das Gegenteil der Unternehmererwartungen. Diese Briefe steigerten das Klassenbewußtsein und damit die Kampfbereitschaft, und man darf schon sagen, in manchen Gegenden bis zum Siedepunkt.

Als für den Raum Mannheim der Streik auf Donnerstag, den 25. April, festgelegt und wieder zurückgepfiffen wurde, waren die Mannheimer Arbeiter nicht mehr zu halten. Empörung war in den Betrieben, und es gab einen regelrechten Sturm von Abordnungen auf die Mannheimer Ortsverwaltung. Von dort fuhr eine Gruppe mit Abgeordneten, teilweise im Arbeitsanzug, direkt zum Hauptvorstand nach Frankfurt, der nicht wenig überrascht war und der — was auch sehr wichtig ist — von dieser Kampfbereitschaft stark beeindruckt war.

Der Streik wurde dann für Montag, den 29. April, festgelegt und mit einer solchen Diszipliniertheit durchgeführt, daß mit Recht im Entwurf der Programatischen Erklärung auf den Seiten 14 und 15 festgestellt werden kann:

„Der Streik der Metallarbeiter Baden-Württembergs, die Kampfvorbereitungen und Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen haben der ganzen westdeutschen Arbeiterschaft ein leuchtendes Beispiel an Kampfbereitschaft, Geschlossenheit und Disziplin gegeben. Der Streik hat bewiesen, daß die Arbeiter dann — und nur dann — ihre gerechten Forderungen gegen das Monopolkapital und seine Führung durchsetzen können, wenn sie in geeinter Front kämpfen.“

So hat der Streik der Metallarbeiter Baden-Württembergs einen neuen Abschnitt des Kampfes der Werktätigen gegen die Profit- und Rüstungspolitik der Monopole und für die Verteidigung der demokratischen gewerkschaftlichen Rechte eingeleitet.

Wer diesen Kampf miterleben konnte, der kennt die Lösungen. Zum Beispiel:

„Wir lernen französisch!“

„Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein!“

„Gegen Notstandsgesetze!“

„Gegen Atomwaffen!“

Diese Losungen zeigen, wie weit sich dieser Streik politisch entwickelt hatte. Zum ersten Male nach 1945, 18 Jahre nach der faschistischen Niederlage, wurde der 1. Mai ein wirklicher Kampftag der westdeutschen Arbeiterklasse. Wer erlebt hat, wie italienische Gastarbeiter in einem Großbetrieb eine eigene Streikleitung bildeten und ihre deutschen Klassengenossen in ihrem Lohnkampf unterstützten, wer erlebt hat, wie auch die Gastarbeiter anderer Länder trotz ihrer großen Not sich mit den Metallern solidarisch erklärten, wer erlebt hat, wie eine afrikanische Abordnung im Feiertagskleid ihrer Stämme und Nationen zur Markkundgebung demonstrierte unter der Losung „Wir unterstützen unsere deutschen Kollegen im Kampf um Frieden und Sozialismus in der Welt!“, den kann keine Zaghaftigkeit mehr befallen.

Dieser Kampf der Metallarbeiter entzog dem Antikommunismus den Boden für die Dauer dieses Kampfes. Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose standen in einer Front und kämpften gegen den gemeinsamen Feind. Dort, wo kommunistische Betriebsgruppen gut gearbeitet haben, dort kommt auch die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen von ganz allein. Diese Zusammenarbeit ergab sich hier einfach aus dem Kampf, aus dem Streik, aus dem gemeinsamen Müssen. An einem Streiklokal wurde die rote Fahne nicht von kommunistischen Genossen, sondern von Sozialdemokraten, von sehr jungen Sozialdemokraten angebracht.

Die Sozialdemokraten haben gemeinsam mit Kommunisten mit eigenen Losungen eine Demonstration durch eine süddeutsche Stadt durchgeführt. Die Losungen haben allgemein die Zustimmung der Bevölkerung gefunden.

Sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Frauen haben als eine ausgesprochene Frauengruppe in Süddeutschland beim Maiaufmarsch demonstriert, und zwar unter einer dazu eigens angefertigten roten Fahne. Ihr Wißt, so etwas ist bei uns in der Bundesrepublik rar. Ihre Losung „Frauen, unterstützt den Streik unserer Männer“ war sehr wirkungsvoll. Das waren überwiegend sehr junge Ehefrauen.

Die Jugend Westdeutschlands hat in diesem Kampf an die alten Kampftraditionen angeknüpft, und sie hat in diesen zwei Wochen mehr gelernt als in den letzten achtzehn Jahren.

Das Auto, das Motorrad, das Moped, all das hat nicht das Wohlstandsbewußtsein erzeugt, sondern das waren die Mittel, die diese Jugendlichen freiwillig eingesetzt haben, um ständige schnelle motorisierte Streikposteneinheiten zu bilden.

Diese Streikposteneinheiten haben Tag für Tag Hundertschaften vor den schwächer organisierten Betrieben abgestellt. Die Besten dieser Jugendlichen sind dadurch für den Kampf der Arbeiterklasse gewonnen worden. Eine unserer Aufgaben ist es doch, diese Jugend für die Kommunistische Partei zu gewinnen.

In diesem Metallarbeiterstreik wurde praktisch die Aktionseinheit geschmiedet. Sie weiter zu entwickeln und mit den sozialdemokratischen Genossen die betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen auszubauen, das ist die große Aufgabe. Wenn uns das gelingt, dann wird die Arbeiterklasse damit unbesiegbar für die Zukunft! (Beifall)

Genosse Kurt:

Unsere Bündnispflichten unter der Bauernschaft erfüllen

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Max Reimann sprach in seinem Referat von der Notwendigkeit, das Bündnis mit der Bauernschaft herzustellen. Ich möchte deshalb von der Arbeit und den Erfahrungen einiger Genossen sprechen, die in den letzten Wochen und Monaten an der Herstellung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft arbeiteten. Es ist bekannt, daß seit Herbst vergangenen Jahres die Bauern ihren Protest gegen die Bonner Agrarpolitik in großen Protestkundgebungen und Treckerdemonstrationen zum Ausdruck brachten.

Für die Genossen, die mit der Aufgabe der Arbeit unter den Bauern betraut wurden, war es keine leichte Aufgabe.

Sie mußten sich selbst eine Einschätzung erarbeiten, verbunden mit der Analyse der Situation in ihrem eigenen Gebiet. Das war der Beginn. Es gab politische Diskussionen von Kommunisten über die Probleme der Bauern. Das waren heftige Diskussionen. Dabei tauchten solche Auffassungen auf wie: Die Bauern wollen nur Geld haben! Oder: In unserem Gebiet sind die Bauern nicht von den Brüsseler EWG-Beschlüssen betroffen! Wir haben Strukturveränderungen vorgenommen, die

es den Bauern ermöglichen, mehr oder weniger noch unter den Bedingungen von Brüssel zurechtzukommen! — Diese Meinungen konnten aber überwunden werden, weil unsere Genossen in die Dörfer gingen, dort mit den Bauern auf den Höfen diskutierten und einen Überblick bekamen über den realen Zustand der Situation auf dem Lande, im Dorf und auf dem Hof. Sie stellten nämlich fest, daß es gar nicht soweit her ist mit dem Wirtschaftswunder auf dem Lande, mit dem Mercedes, den der einzelne Bauer auf seinem Hof stehen hat. Sie stellten fest, daß es eine sehr hohe Verschuldung der Bauern gibt. Sie ließen sich diese hohe Verschuldung durch die Bauern-Bank bestätigen und erfuhren dort, daß die Bauern in diesem Gebiet durchweg mit 60 000,— DM verschuldet sind.

In diesem Gebiet gibt es auch eine Landwirtschaftsschule. Die Schüler besuchen oft einen Hof von ungefähr 80 Hektar. Das ist ein Musterbetrieb, ein Musterbetrieb auch im Grade der Verschuldung, denn dieser Hof hat eine Schuldenlast von 280 000,— DM. Aber das wird den Landwirtschaftsschülern nicht gesagt. Doch die Bauern wissen das.

Nachdem sich die Genossen mit diesen Kenntnissen ausgerüstet hatten, die sie von Woche zu Woche erweiterten, beschloß die dortige Kreisleitung, die Bauernarbeit als Schwerpunkt in Angriff zu nehmen. Aber von diesem Beschluß bis zu den ersten Ergebnissen der Arbeit war es ein weiter Weg. Wir dürfen es uns nicht so leicht vorstellen, daß man einfach auf den Hof geht und sagt: Guten Tag! Wie geht es? Ich will das Bündnis herstellen. — So geht es nicht. Wir haben uns doch jahrelang nicht sehen lassen. Die Bauern sind sehr aufmerksam. Sie werden heute von vielen Parteien und Organisationen um den Mund barbiert, und jeder will dort mit dieser Bauernbewegung anfangen. Man muß sich zunächst Vertrauen verschaffen. Das kann man nur, wenn man sich wirklich bemüht, umfassende Kenntnisse über die Situation auf dem Dorf zu erwerben.

Es ist so gewesen, daß viele Genossen berichteten, daß die vielen notwendigen Diskussionen dazu führten, daß sie nachts von Getreidepreisen träumten. Aber diese Diskussionen führten dazu, daß die Genossen sicherer wurden und die ersten Kontakte in den Dörfern herstellten. Als dann 10 000 Bauern demonstrierten, konnten unsere Genossen mit der ersten Delegation von zehn Bauern an dieser Demonstration teilnehmen, die unter der Losung stand:

„Millionen Bauern sollen ins Grab —
CDU, wir rechnen ab!“

Ähnlich wie auf dieser Kundgebung war es auch auf Kundgebungen der Notgemeinschaft. Von dieser Notgemeinschaft wurden vier Versammlungen durchgeführt. Einmal übernahm die Notgemeinschaft sogar eine sogenannte Gegenkundgebung der CDU. Es war bis jetzt die einzige Gegenkundgebung, bei der die CDU für die Bezahlung der Plakate und des Saals verantwortlich zeichnete. Der Bauern-Präsident Struwe aus Schleswig-Holstein kam mit seinem Referat nicht mehr zu Ende. Die dort anwesenden 500 Bauern erzwangen für den Sprecher der Notgemeinschaft eine verlängerte Redezeit. Er sprach dann eine Stunde lang. Präsident Struwe beschwerte sich am nächsten Tag telefonisch bei Rehwinkel und fragte: Was ist denn bloß mit ihren Bauern los? Rehwinkel gab ihm darauf zur Antwort: Dann haben Sie wohl nicht die richtigen Worte gefunden!

In einer anderen Bauernversammlung versuchte der dortige Vorsitzende des „Landvolk“ im Kreis, ein CDU-Abgeordneter, die Versammlung durch Hetze, Antikommunismus und persönliche Beleidigungen zu sprengen. Als ihm das nicht gelang, forderte er die Bauern auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Unter großem Beifall verließ er dann mit vierzehn Bauern den Saal. Über 200 Bauern führten darauf in der Hochburg der CDU ihre Arbeitstagung zu Ende.

In den Betrieben unseres Gebietes begann die Diskussion mit den Kollegen. In den Betriebszeitungen hat man sich in Artikeln zum ersten Male mit den Problemen der Bauern auseinandergesetzt begonnen.

Bei all diesen Erfolgen dürfen wir jedoch nicht die Schwächen übersehen. Es sind noch wenige Genossen dort tätig, und diese Genossen sind selbst keine Bauern. Dabei gibt es im Rahmen der Bezirksleitung wenig Landgebiete, und ich führe es deshalb an, weil ich der Meinung bin, daß andere Bezirksleitungen mit weitaus größerem Landgebiet mit vielleicht besser organisierten örtlichen Parteiorganisationen und mit den gleichen vorhandenen Bedingungen — die Situation der Bauern wird dort ähnlich sein — bessere Erfolge zu verzeichnen haben werden, wenn sie diese Arbeit beginnen.

Genossen! Der Genosse Max sprach in seinem Referat davon, daß sich das Dorf nicht mehr mißbrauchen läßt. Hier ist das Neue sichtbar. Die Bauern wollen sich nicht mehr mißbrauchen lassen. Sie sind in vielen Dingen noch unklar. Aber wenn die Bauern die Hauptverbündeten der Arbeiterklasse sind — das ist heute schon sehr oft gesagt worden —, dann muß mit platonischen Liebeserklärungen Schluß

gemacht werden; dann muß von hier aus begonnen werden, die Partei von der hohen Bedeutung des Kampfes der Bauern zu überzeugen; dann dürfen wir nicht zulassen, daß Bauernpolitik am Rande gemacht wird; dann muß der Arbeit der Genossen in den Dörfern die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet werden, damit es zur Bildung von arbeitsfähigen Parteiorganen auf dem Lande kommt.

Es wäre ein gutes Zeichen, wenn in den nächsten Wochen und Monaten nicht nur einigen Genossen, sondern Tausenden von Genossen die Getreidepreise durch den Kopf gehen würden. Dann sind wir ein gutes Stück weiter, um die Ziele zu erreichen, die der Genosse Max in seinem Referat anführte: Arbeiter und Bauern, zusammen! — Auf „zusammen“ liegt die Betonung. Dann werden sie die Herrschaft einer verschwindenden Minderheit zurückdrängen. Voraussetzung ist aber, daß die Arbeiter und Bauern gemeinsam handeln.

Genossinnen und Genossen! Beginnen wir mit der Arbeit! Unsere Bündnispartner befinden sich bereits an vielen Orten im Kampf. Diesen Kampf ausdehnen, diesen Kampf festigen, diesem Kampf Inhalt und Ziel geben, in der Aktion das Bündnis herstellen, das ist die Aufgabe, die der Partei gestellt ist. Erfüllen wir diese Aufgabe! Betrachten wir das als unsere Verpflichtung! (Lebhafter Beifall)

Bericht der Redaktionskommission

Genossinnen und Genossen!

Bis zur Eröffnung des Parteitages lagen dem Zentralkomitee 459 schriftliche Stellungnahmen mit 1298 Abänderungs- bzw. Ergänzungsvorschlägen zum Entwurf der Programmmatischen Erklärung und zum veränderten Parteistatut vor. Diese Stellungnahmen kamen von Betriebs- und Wohngebietsorganisationen, von Parteileitungen der Bezirke und Kreise, von Genossen aus den verschiedensten Tätigkeitsgebieten. Zum ersten Mal in der Illegalität haben wir auch zahlreiche Stellungnahmen von SPD- und Gewerkschaftsfunktionären, von parteilosen Arbeitern, von Persönlichkeiten des kulturellen Lebens erhalten.

Die große Zahl wertvoller Stellungnahmen und Vorschläge ist Ausdruck der breiten Diskussion in der Partei und der wachsenden Anteilnahme unserer Genossen an der Ausarbeitung der politischen Linie der Partei. Die seit mehreren Monaten mit zunehmender Aktivität geführte Aussprache über die Politik, Strategie und Taktik unserer Partei hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Delegierten ihre Verpflichtung erfüllen konnten, nicht mit leeren Händen zum Parteitag zu kommen, daß wir uns und der Partei hier bereits vielfältige neue Erfahrungen der Parteiarbeit auf einem höheren Niveau vermitteln konnten.

Die Stellungnahme von Menschen, die nicht unserer Partei angehören, zeugen davon, daß in der Vorbereitung des Parteitages Parteigruppen und Genossen ihre Verbindungen zu sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfunktionären gestärkt und Kontakte zu anderen Kreisen der werktätigen Bevölkerung gefunden haben.

Eine besonders große Zahl von Stellungnahmen und Vorschlägen gingen dem Zentralkomitee aus einigen Ländern zu. Das beweist, daß bei noch größeren Anstrengungen aller Genossen die Aussprachen über die Programmmatische Erklärung und damit über die Politik unserer Partei insgesamt noch breiter und umfassender hätten sein können. Für alle Stellungnahmen aus der Partei ist kennzeichnend, daß die im Entwurf der Programmmatischen Erklärung entwickelte Grundlinie unserer Politik in den Fragen des Kampfes um friedliche Koexistenz und für die Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte, für die Entwicklung der Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse und die enge Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen und Organisationen, für ein breites Bündnis der Volkskräfte allgemein unterstützt wurde. In vielen Stellungnahmen wird die Überzeugung geäußert, daß dieses Dokument den Einfluß der Partei stärken und unsere Verbindungen zu den Werktätigen festigen wird. Die Zustimmung in den grundsätzlichen Fragen der Politik war in den meisten Fällen verbunden mit kritischen Vorschlägen und Anregungen, die eine Verbesserung und Ergänzung des Entwurfs zum Ziele hatten.

Diese Vorschläge und Anregungen betrafen vor allem folgende Probleme:

Stärkere Betonung der Hauptaufgaben der Partei und der Arbeiterklasse im nächsten Kampfabschnitt; eine begründetere Darlegung des Zusammenhangs zwischen dem Kampf um Frieden und Demokratie. In vielen Vorschlägen wurde gewünscht, die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten, unsere Stellung zur Abrüstung und zur Frage der Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion überzeugender darzulegen. Die Genossen wünschten weiter

die Entwicklung und die Errungenschaften der DDR stärker in ihrer Wirkung auf die Bundesrepublik zu behandeln. In zahlreichen Stellungnahmen wurde die Konkrettheit der Aufgaben in den Abschnitten über die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Stärkung der Gewerkschaften als Klassenorganisation besonders begrüßt, zugleich aber eine differenziertere Einschätzung der Entwicklung innerhalb der SPD verlangt. Bezüglich unserer Bündnispolitik mit den Bauern, der Zusammenarbeit mit der Intelligenz usw. gingen die Vorschläge im wesentlichen dahin, die für diese Schichten erhobenen Forderungen zu konkretisieren und die Auffassungen unserer Partei zu den Fragen des Schulwesens darzulegen.

Das Zentralkomitee hatte zugleich mit dem Beschluß der Veröffentlichung des Entwurfs eine Redaktionskommission gewählt und beauftragt, ständig den Verlauf und die Ergebnisse der Diskussion zu verfolgen. Entsprechend dem Auftrag war sie bestrebt, die zahlreichen wertvollen Vorschläge und Anregungen sowie die neuen Kampferfahrungen, soweit irgend möglich, zu berücksichtigen. Das Ergebnis ihrer Arbeit war der veränderte Entwurf, den das Zentralkomitee dem Parteitag vorgelegt hat. Die dabei bereits vorgenommenen Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf betreffen folgende Hauptprobleme:

Die Einleitung wurde aktualisiert. In dem Abschnitt „Die Zeit, in der wir leben“ wurde versucht, besonders die Probleme der DDR überzeugender in ihrer Wirkung auf die Bundesrepublik darzulegen. Es war notwendig, die Beschlüsse des VI. Parteitags der SED und die bedeutsamen Vorschläge für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen den beiden deutschen Staaten einzuarbeiten, bringen sie doch in hervorragender Weise die Übereinstimmung der Politik der SED mit den Interessen der friedliebenden westdeutschen Bevölkerung zum Ausdruck. Gerade in unserem Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen wird sich die Gemeinsamkeit der Politik der KPD und der SED praktisch bewähren und entwickeln.

Die im ursprünglichen Entwurf am Ende des 1. Abschnitts behandelte Frage der sozialistischen Perspektive in der Bundesrepublik wurde, um den Entwicklungsprozeß besser auszudrücken, nach den Darlegungen über unser strategisches Ziel, der Errichtung einer friedlichen und demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik, eingefügt.

Um den Aufbau des Dokuments entsprechend zahlreichen Vorschlägen klarer zu gestalten und eine wirksame Zusammenfassung unserer konstruktiven Politik zu erreichen, wurde ein neuer zweiter Abschnitt geschaffen, in dem die Grundlinie einer friedlichen und demokratischen Alternative in der Gegenüberstellung zur gescheiterten „Politik der Stärke“ entwickelt wird. Dieser Abschnitt wird mit den Minimalforderungen für ein Bündnis der demokratischen Kräfte eingeleitet.

Der Abschnitt über die Einheit der Arbeiterklasse und die Stärkung der Gewerkschaften wurde durch die Hauptlehren aus dem Metallarbeiterstreik ergänzt. Ebenso waren wir bemüht, die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft ausführlicher zu behandeln. Die Einschätzung der Entwicklung der SPD wurde präzisiert, die Gemeinsamkeiten, die Kommunisten und Sozialdemokraten verbinden, grundsätzlicher formuliert. Einige einseitige und mißverständliche Formulierungen sind korrigiert worden. Im Abschnitt über das Zusammenwirken der friedliebenden Kräfte entfiel das lange Forderungsprogramm, nachdem die Minimalforderungen knapp und prägnant den zweiten Abschnitt einleiten.

In dem Teil über die Partei wurden kurz die wichtigsten Aufgaben jedes Kommunisten in der Bundesrepublik formuliert.

Es gab auch einige Vorschläge, die wir aus grundsätzlichen politischen Erwägungen nicht annehmen konnten. So waren z. B. einige Genossen der Meinung, die Darstellung unseres sozialistischen Endziels könnte unsere Bemühungen um die Entwicklung einer breiten demokratischen und Friedensbewegung hemmen. Das ist nicht richtig und würde bedeuten, daß unsere Partei im Rahmen der allgemeinen demokratischen Bewegung ihr eigenes Gesicht nicht zeigen dürfte. Genau das Gegenteil aber ist richtig und notwendig.

Viele Stellungnahmen betrafen die Ergänzung analytischer Darlegungen im Dokument. Diesen Vorschlägen Rechnung zu tragen, hätte eine bedeutende Verlängerung des Entwurfs zur Folge gehabt. Wir waren jedoch der Meinung, daß die Genossen recht haben, die im Interesse der Verständlichkeit und Massenwirksamkeit eine Kürzung des Entwurfs vorschlugen. Dem konnte insoweit entsprochen werden, daß der dem Parteitag vorgelegte Entwurf gegenüber dem ursprünglichen Text um ein Sechstel des Umfangs gekürzt ist.

Die in vielen Vorschlägen enthaltenen weiteren Anregungen für die Politik und für die Arbeitsweise der Partei wird die Redaktionskommission dem neuen Zentralkomitee als wertvolles Arbeitsmaterial übergeben.

Zum Entwurf des veränderten Parteistatuts sind dem Zentralkomitee ebenfalls zahlreiche Stellungnahmen mit 192 Abänderungs- und Ergänzungsvorschlägen zugegangen. In vielen Stellungnahmen wird es begrüßt, daß in dem Statuten-Entwurf die Verpflichtung aufgenommen wurde, konsequent für die Friedenspolitik und die sozialistischen Errungenschaften der DDR einzutreten, sie offensiv und kämpferisch zu vertreten. Die Genossen haben begrüßt, daß das Statut eine Aufgabenstellung für die Grundeinheiten enthält, daß nach entsprechenden Richtlinien des ZK Grundeinheiten, außer in Betrieben und Wohngebieten auch in anderen Wirkungsstätten gebildet werden können und daß die Arbeit der Partei in Massenorganisationen in einem besonderen Abschnitt behandelt wird.

Entsprechend den eingereichten Vorschlägen wurden zahlreiche textliche Verbesserungen vorgenommen und ein neuer Abschnitt, die Möglichkeit der Löschung von Parteistrafen, aufgenommen.

Darüber hinaus wurden eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die für unsere Parteiarbeit sehr wichtig sind und auch verwertet werden sollten. Sie betreffen die Bildung von Kommissionen, die Arbeit der Leitungen, die Qualifizierung von Kadern auf Parteischulen und anderen Fragen. Das sind wertvolle Anregungen, die aber nicht in das Statut aufgenommen werden konnten, da sie zu sehr ins Detail gingen und außerdem unter den Bedingungen der Illegalität auch andere Gründe dagegen sprechen.

Anträge, bei Neuaufnahmen auf Bürgen zu verzichten, konnten nicht berücksichtigt werden. Wir sind der Meinung, daß auch unter den gegenwärtigen illegalen Bedingungen zwei Bürgen notwendig sind.

Auf dem Parteitag selbst sind von den Delegierten 62 Anträge zur Abänderung oder Ergänzung des dem Parteitag vorliegenden Entwurfs eingegangen.

Nachfolgend informierte der Berichterstatter der Redaktionskommission über den Inhalt der eingegangenen Vorschläge und begründete die Stellungnahme der Redaktionskommission dazu.

Anmerkung der Redaktion:

Aus dem Leser verständlichen Gründen konnte bei Diskussionsreden der volle Wortlaut nicht veröffentlicht werden.

Alle Überschriften und Zwischenüberschriften von der Redaktion

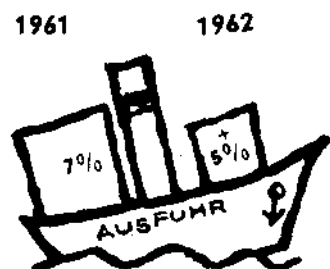
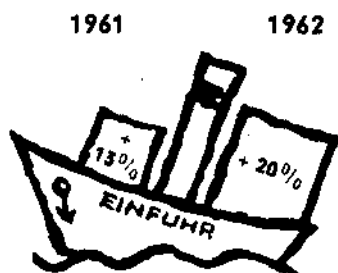
Inhaltsverzeichnis

	Seite
Festes Kampfbündnis SED/KPD	3
Ansprache des Genossen Hermann Matern	
Durch gemeinsamen Kampf verbunden	11
Grußschreiben des ZK der SED an den Parteitag	
Unsere Parteien sind durch wahrhaft brüderliche Beziehungen verbunden . .	16
Begrüßungsansprache des Genossen Otto Kuusinen	
Grußadresse der KPdSU an den Parteitag der KPD	23
Lenin-Kampfbanner der KPD übergeben	23
KPTsch und KPD verbunden durch alte Kampftraditionen und Solidarität . .	24
Begrüßungsansprache des Genossen Bohuslav Lastowicka	
Für feste Freundschaft zwischen dem polnischen Volk und den Werktätigen Westdeutschlands	25
Begrüßungsansprache des Genossen Roman Nowak	
KPF und KPD gemeinsam gegen das Kriegsbündnis — für deutsch-französische Freundschaft	28
Begrüßungsansprache des Genossen Georges Marchais	
Mit Euch die Sympathie der demokratischen Kräfte in Italien	32
Begrüßungsansprache des Genossen Abdon Alinori	
Genosse Erich Glückauf: Wichtigste Frage: Herstellung der Aktionseinheit!	35
Genosse Josef Ledwohn: Für ein Grundsatzprogramm des DGB, das den Erfahrungen und Aufgaben des Klassenkampfes entspricht	38
Genosse Max Schäfer: Die Partei ideologisch festigen	42
Genosse Jupp: Den Massen das Licht des Marxismus-Leninismus bringen	45
Genosse Erich: Für eine offensive Agitation	47
Genosse Paul: Betriebsrätewahlen im Zeichen des Kampfes für Einheit	48

Genosse Egon:	
Die Betriebsgruppe — Organisator der betrieblichen Kämpfe	50
Genosse Ewald:	
Lehren aus einem Streik für den Kampf um demokratische Rechte	52
Genosse Felix:	
Streikkampf — Schmiede der Aktionseinheit	54
Genosse Kurt:	
Unsere Bündnispflichten unter der Bauernschaft erfüllen	55
Bericht der Redaktionskommission	57



... wenn bei uns die Zuwachsraten der Ausfuhr an Fertigwaren abnehmen, die Einfuhr von Fertigwaren aus dem Ausland aber ständig zunimmt?



EXPORTIEREN ODER STERBEN!

Das ist der Wahlspruch der Engländer. Sie wissen, warum. Sie sind einer unserer schärfsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt.

Im Herzen Londons, hoch über dem Verkehrsgewühl, mahnen riesige Leuchtbuchstaben: „Geht es mit der Ausfuhr nicht bergauf, geht es mit England bergab“.

Diese Mahnung gilt auch für uns

Von der Ausfuhr hängt unser Wohlstand ab. Nur ein blühender Außenhandel garantiert sichere Arbeitsplätze. Direkt oder indirekt hängt **jeder** vom Außenhandel ab. Deshalb kann es **keinem** gleichgültig sein, wenn uns die ausländische Konkurrenz überflügelt.

Ist es schon so weit? Das sind die Tatsachen:

Immer rascher steigt der Absatz ausländischer Firmen auf dem deutschen Markt. Vor zwei Jahren erhöhte die ausländische Konkurrenz ihre Verkäufe bei uns um 13%, im letzten Jahr schon um 20%.

Dagegen steigt unsere Ausfuhr von Fertigwaren bei weitem nicht so schnell. Vor zwei Jahren hat sie um 7%, im letzten Jahr sogar nur noch um knapp 5% zugenommen.

Das sind Alarmsignale!

Steigende Kosten – sinkende Wettbewerbsfähigkeit. So dürfen wir nicht weitermachen. Wir **müssen** in Preis und Qualität wettbewerbsfähig bleiben, sonst droht Gefahr für Wohlstand und Arbeitsplatz.